STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19051207

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 286. 19. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu zwei Beilagen.

Die Kehrseite der Medaille.

Das wirtschaftliche Elend, das sich außer dem sozialen und politischen dem modernen Proletarier täglich fühlbar macht und das für ihn des Daseins Qualen oft bis zur Unerträglichkeit steigert, ist das ungeheure Mißverhältnis zwischen den Arbeitslöhnen und den Lebensmittelpreisen. Die Arbeitslöhne im allgemeinen sind nicht oder nur wenig gestiegen. Sie blieben nach dem Zeugnis der Fabrik-Inspektoren selbst in den sieben fetten Jahren der deutschen Industrie, während des großen Aufschwungs der neunziger Jahre, ziemlich stabil. Die Herren Unternehmer haben sich darauf eingerichtet, den Rahm allein abzuschöpfen. Die Löhne stiegen damals in wenigen Branchen um ein Geringes, in den meisten blieben sie stabil und in einzelnen fielen sie sogar. Jene Periode brachte für die Arbeiter den einzigen Vorteil, daß sie ausreichend Arbeitsgelegenheit bot. Die Unternehmer strichen märchenhafte Profite ein und gewannen auf dem Weltmarkte Terrain gegenüber der englischen und französischen Konkurrenz. Das Verdienst um diese Errungenschaften schrieben natürlich die Herren Kapitalisten ihrem eigenen „Fleiß“ und „Unternehmungsgeist“ zu; an die ungeheure Summe von Arbeit des Gedankens und der Hände, die von den Proletariern geleistet worden, dachten sie gar nicht.

Wenn aber die Arbeitslöhne, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen stabil geblieben oder gar gesunken sind, so waren die Lebensmittelpreise bisher in einem unaufhörlichen Steigen begriffen. Nachdem sie zu Anfang der neunziger Jahre eine bedenkliche Höhe erreicht, wurden sie wieder etwas herabgedrückt durch die Caprivischen Handelsverträge. Die agrarische Politik hat die neue Steigerung bewirkt und in wenigen Monaten werden die Handelsverträge mit den Hungerzöllen in Kraft treten. „Die Zeit der Ernte ist gekommen!“ hat ja der Reichskanzler gesagt.

Schon vor zwanzig Jahren wurde in zahlreichen Haushaltungsbudgets der Arbeiter, die teils von einzelnen Personen, teils von Arbeiterorganisationen, teils auch von wissenschaftlichen Korporationen veröffentlicht wurden, der positive und unanfechtbare Nachweis geliefert, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse eine Unterernährung für die Mehrzahl der Bevölkerung mit sich bringen müsse. Und doch waren die Lebensmittelpreise damals nicht so hoch und standen in keinem solchen Mißverhältnis zu den Arbeitslöhnen wie heute.

Aber das Elend war schon groß genug. Die Arbeiterbudgets aus dem vorletzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts weisen aus, wie schlimm damals eine Arbeiterfamilie von vier bis sechs Köpfen bei einem Jahreseinkommen von 1000 Mark oder etwas darüber daran war. Zwanzig Mark pro Woche — wie oft pflegt der wohlgenährte Philister zu sagen, daß dies ein „schöner Lohn“ sei! Ein frivoleres Geschwätz kann es gar nicht geben, und wenn man so etwas hört, kann man nur bedauern, daß eben diesen Philistern keine Gelegenheit gegeben werden kann, für 20 Mark wöchentlich einmal hart zu arbeiten und von einem solchen Verdienst sich und ihre Familien zu ernähren.

Nach den Aufstellungen aus den achtziger Jahren mußten jene Arbeiterfamilien 53 bis 55 Prozent des gesamten Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Dennoch hatten diese Nahrungsmittel keinen ausreichenden Nährwert. Es konnten mit denselben weder die bei der Arbeit verbrauchten Kräfte des Vaters ersetzt, noch die Kinder hinreichend kräftig ernährt werden.

Das war vor einem Vierteljahrhundert. Aber welche Steigerung haben inzwischen die Lebensmittelpreise erfahren und wie viele Einzelexistenzen und Familien gibt es, deren Einkommen noch lange keine 20 Mark pro Woche beträgt!

Wenn nun in drei Monaten das Mißverhältnis zwischen Arbeitslöhnen und Lebensmittelpreisen so schlimm wird, wie es noch nie gewesen, wenn die Teurung unsere Bevölkerung zu einer unerhört schlechten Ernährung zwingen und langsam einen Kräfteverfall bei dem Volkskörper herbeiführen wird — wenn dies alles, wie tausendmal vorausberechnet und von den agrarischen Schnapphähnen gierig erwartet, unvermeidlich eintreten muß, dann hätte man vielleicht erwarten können, daß die Regierung bei der Frage der Kostendeckung für die Flottenvermehrung die große Masse der Besitzlosen diesmal außer Betracht lassen werde. Die schöne humane Melodie von den „schwächeren Schultern“ ist vom Zentrum bis zum Ueberdruß abgeleiert worden; sogar Herr von Stengel hat einmal davon gesprochen, man müsse die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsteile schonen. Der Reichstag hat sich noch 1900 gegen die Erhöhung der den Massenverbrauch belastenden Abgaben zu Gunsten der Flottenvermehrung ausgesprochen. Aber die Regierung rechnet sicher darauf, daß inzwischen das Zentrum für die Vermehrung und Erhöhung der indirekten Abgaben reif geworden ist und seine Hand dazu bieten wird, der an Unterernährung leidenden Bevölkerung die Nahrungs- und Genußmittel noch mehr zu verteuern. Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung von Bier und Tabak als Ware und Genußmittel nochmals Betrachtungen anzustellen, halten wir für durchaus überflüssig. Die erhöhte Tabakbesteuerung schädigt die Konsumenten und die Industrie; mit dem Bier ist es im ganzen ebenso. In letzter Linie haben freilich wie immer die Konsumenten den Hauptschaden.

Ein englisches Blatt hat mit unverhülltem Hohn gesagt: „Die Flottenvermehrung ist in Deutschland ebenso populär, wie die Kosten für dieselbe unpopulär sind.“ — In der Tat hat die Flottenschwärmerei bei den oberen Zehntausend zugenommen. Duselt man sich denn immer mehr in den Weltmachtstraum hinein und hat man sich wirklich ganz und gar von der aufdringlichen Agitation des Flottenvereins mitreißen lassen? Aber das englische Blatt hat ganz recht; während der Flottendusel sogar die Linke im Reichstage mitreißt, wächst die Abneigung der herrschenden Klassen dagegen, auch entsprechende Opfer für diese nationale Institution zu bringen. Die Regierung hält es für weise, die stärkeren Schultern zu schonen. Sie spricht in der Begründung der Vorlage davon, man müsse auf allen Seiten Opfer bringen, sowohl „bei den besitzenden Klassen, wie bei der großen Masse des Volkes!“ — Man gesteht es wenigstens zu, daß die Masse belastet wird. Aber den oberen Zehntausend tut die Erbschaftssteuer ganz gewiß nicht so weh, wie den Proletariern der verteuerte Tabak, das verteuerte Bier und die verteuerte Fahrkarte vierter Klasse.

Kämpft aber der Arbeiter für Lohnerhöhung, so hat er bei Massenstreiks gleich die Staatsmacht gegen sich, während die Unternehmer mit Aussperrungen vorgehen.

Die „Patrioten“ haben ihre Freude an den mächtigen Schiffen und die Großkaufmannschaft hofft mit denselben einst den Engländern den Welthandel zu entreißen.

Aber die Flottenpolitik, diese stolze Reichsmedaille, hat ihre Kehrseite. Mögen die Flotten noch so großartig aussehen — eine solche Politik kann niemals zum Heil des Ganzen ausschlagen, wenn das Volk zu gleicher Zeit durch Steuern und Zölle auf seine notwendigsten Lebens- und Genußmittel zur Unterernährung verurteilt ist.

Vergebens wird man sich abmühen, diesem Volke eine Begeisterung einzuflößen, die dem begüterten Patrioten bei reichbesetzter Tafel sehr leicht aufsteigt, die aber bei einem knurrenden Magen vollkommen ausbleibt.

Eine Politik, die sich auf ein solches Mißverhältnis stützen muß, hat nach allen historischen Erfahrungen keine Zukunft und muß mit den bittersten Enttäuschungen, mit den traurigsten Erfahrungen enden. Denn noch nie hat eine Sache dauernde Größe erreichen können, bei welcher äußerlicher Glanz die Hauptsache war. Ein Volk ist nur dann stark, wenn sein Körper auch innerlich vollkommen gesund ist, und wenn er dies sein und bleiben soll, darf er nicht an Unterernährung leiden.

Die Revolution in Rußland.

Der Telegraphistenstreik dauert an und soll, so wird behauptet, auf mindestens zwanzig Tage ausgedehnt werden. Die Folge ist, daß telegraphische Nachrichten aus Rußland heute vollständig fehlen. Die offiziöse Russische Telegraphen-Agentur hat einige Depeschen durch Boten bis an die deutsche Grenze befördert; von Eidtkuhnen aus wurden sie weitertelegraphiert. Zunächst handelt es sich um eine Regierungs-Kundgebung:

Unter Hinweis darauf, daß die Regierung unbeugsam entschlossen ist, die am 30. Oktober beschlossenen Reformen durchzuführen, betont ein Regierungskommuniqué die Unmöglichkeit, die Bevölkerung und die Verwaltung mit einem Schlage an die durch das Manifest vom 30. Oktober geschaffenen neuen Verhältnisse zu gewöhnen. Bis die Reformen auf gesetzgeberischem Wege durchgeführt seien, müßten die alten Gesetze in Kraft bleiben, soweit sie nicht durch zeitweilige Bestimmungen ersetzt würden. Gegenwärtig sind Entwürfe temporärer Bestimmungen fertiggestellt über die Preßfreiheit und das Vereinsrecht. Die Beratungen über die Reform des Reichsrates und Erweiterung des Wahlrechts näherten sich ihrem Ende. Die Wahlen zur Reichsduma würden beschleunigt. Gleichzeitig seien Maßnahmen gegen die die öffentliche Sicherheit gefährdenden Ruhestörungen in Angriff genommen. — Der Chef der Oberpreßbehörde, Belgard, hat den erbetenen Abschied erhalten.

Den Blättern zufolge erhebt der Verband für Preßschutz Einspruch gegen die beabsichtigte Einführung von zeitweiligen Preßvorschriften, weil diese die durch das Manifest vom 30. Oktober gewährte Preßfreiheit entstellen und die Beibehaltung der bisherigen administrativen Willkür anstreben. Der Verband protestiert energisch gegen den Geist des ganzen Planes, der die Präventivzensur für die Zeitungen beibehalte und dem Minister des Innern und anderen Verwaltungsbeamten das Recht gebe, nach ihrem Ermessen Blätter zu unterdrücken, sowie die Presse des Rechtes freier Kritik der Regierungsangelegenheiten und Handlungen von Amtspersonen beraube. Der Verband beschloß, falls der Entwurf Gesetzeskraft erhalte, die Preßfreiheit auf den vom Verband bekanntgegebenen Grundlagen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der Pariser „Temps“ erhält über Eydtkuhnen folgendes Telegramm aus Petersburg: Die Situation kann noch einige Tage so andauern, aber eine friedliche Lösung ist unwahrscheinlich. Das Wort Diktatur ist von neuem in Umlauf. General Trepow soll bereit sein, zurückzukehren und durch Verhaftungen und Füsilladen die Ordnung wieder herzustellen. Der Minister des Innern, Durnowo, ist völlig einig mit ihm und sagt sich immer mehr von Witte los. Die Offiziere der Garde sind des Polizeidienstes überdrüssig, der sie den Schmähungen und bisweilen den Tätlichkeiten der Menge aussetzt. Sie erklären, sich auf ihre Leute verlassen zu können, und wünschen, vorgehen zu dürfen. — Dem „Echo de Paris“ wird über Eydtkuhnen aus Petersburg berichtet: Die letzte Ministerkonferenz in Zarskoje Selo, unter dem Vorsitze des Kaisers, verlief sehr bewegt. Der Minister des Innern, Durnowo, erklärte dem Zaren, man müsse die Anarchie schnellstens beenden, und machte sich anheischig, die Ordnung durch Verhaftung von zwei- oder dreitausend Intellektuellen und Ausweisung von zweihundert Arbeitern aus Petersburg und Moskau wieder herzustellen. Als Witte sah, daß der Zar diesem Vorschlage zuneigte, erklärte er, daß wenn Durnowos Ideen diejenigen des Kaisers waren, er bereit wäre, in diesem Sinne zu Repressivmaßregeln zu greifen. Er fügte aber hinzu, daß er sofort hinterher seine Demission geben würde, da er nicht glaube, unter solchen Umständen die Ordnung verbürgen zu können. Der Zar, der vor einer Trennung von Witte zurückschreckt, ließ darauf die Dinge in der Schwebe. Man hat bemerkt, daß während der Diskussion die Minister, die Witte am meisten ergeben sind, wie Chipow, Timirjatew und Kutler, vollstes Schweigen bewahrten. Der Korrespondent sagt weiter, daß die Situation Wittes sehr prekär geworden sei.

Auf dem in Moskau tagenden Gutsbesitzerkongreß richtete die Mehrzahl der Redner heftige Angriffe gegen den Grafen Witte. Dieser führe Rußland dem Untergange entgegen. Es wurde beantragt, zu den Kaiser die Bitte um Entlassung Wittes zu richten. Der Kongreß beschloß, den Kaiser durch eine Adresse um die Wiederherstellung der Ordnung und Ersetzung der gegenwärtigen Regierung durch eine andere zu bitten, weil die gegenwärtige außer stande sei, die Wirren zu unterdrücken. Betreffs der Agrarfrage wurde eine Resolution gefaßt, daß das Landbedürfnis der Bauern durch Krons- und Kommunal-Ländereien zu befriedigen sei.

Eine Meldung aus Kiew vom 4. Dezember besagt: Die beim 5. Pontonbataillon neu formierte Kompagnie weigerte sich am 30. November, die Wache zu beziehen, und verließ am 1. Dezember, der getroffenen Maßnahmen ungeachtet, die Kaserne. Bald schlossen sich der Kompagnie auch andere Teile der Sappeurbrigade an. Die Meuterer zogen in die Stadt, um die dort garnisonierenden Truppen zum Anschluß zu bewegen. Bei den ausständigen Arbeitern der Fabriken und Eisenbahnwerkstätten fanden sie Unterstützung. Gegen die Meuterer wurden Kosaken entsandt, die mit Gewehrfeuer empfangen wurden. Bei der Kaserne des Regiments „Asow“ gab das Regiment „Nowgorod“ eine Salve auf die Meuterer ab, von denen etwa 30 bis 40 fielen. Die Zahl der Verwundeten ist nicht ermittelt. Gegen 200 Meuterer wurden festgenommen. Die übrigen ergriffen die Flucht. — Die Zeitung „Ruß“ erfährt aus Kiew: Dort herrscht Panik. Die Bevölkerung flüchtet. Ein großer Teil der Truppen meutert. Im Polytechnikum fand eine Versammlung von 16000 Personen statt. Meuternde Soldaten schützen das Gebäude gegen die Polizei. Weiter meldet „Ruß“ nach durchaus zuverlässiger Quelle, Durnowo habe ohne Wissen des Kabinetts den Kriegszustand über Kiew verhängt. Nur Graf Witte habe darum gewußt.

Eine Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus Kiew, 2. Dezember, datiert, gibt folgende Darstellung:

Als vorgestern der Streik der Post- und Telegraphenbeamten ausbrach, wurden einige Kompagnien Feldtelegraphisten und Soldaten ins Telegraphenamt geschickt, um die streikenden Telegraphisten zu ersetzen. Jene weigerten sich aber energisch, dem Befehle zu folgen, erklärten vielmehr, auch aus dem Dienst treten zu wollen, falls irgendwelche Repressalien gegen die Streikenden ausgeübt werden sollten. Die Gärung unter den Truppen wuchs und als gestern die Nachrichten über die Meuterei in Sebastopol eintrafen, erklärten alle Sappeure und Artilleristen, den Dienst einstellen zu wollen. Am Abend vorher hatten Mitglieder des „Schwarzen Hundert“, von Polizisten geführt, einzelne Persönlichkeiten auf offener Straße überfallen, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre. Da beschlossen die Arbeiter, die friedlichen Bürger vor den Ausschreitungen und Greueln der Kontrerevolution schützen zu wollen und noch in derselben Nacht trieb die Arbeitermiliz das „Schwarze Hundert“ auseinander. Gestern Morgen zogen alle meuternden Truppen, gegen 8000 Mann (im ganzen befinden sich sonst in Kiew 25000 Soldaten, doch ist jetzt ein großer Teil nach den Provinzstädten geschickt worden, da auch dort Unruhen stattfinden), durch die Straßen. Alle Arbeiter der Stadt, 20000 bis 25000 Mann, stürzten aus den Fabriken und schlossen sich den revolutionären Truppen an mit den Jubelrufen: „Es lebe die freie Armee!“ Einige Redner traten auf, darunter Offiziere, welche die Aufständischen beredeten, friedlich zu streiken und kein Blut zu vergießen. Die Redner wurden bejubelt. Die Stimmung der Menge war eine friedliche. Kosaken wurden gegen die Demonstranten geschickt, flohen aber vor den Drohungen der Artilleristen. Am Nachmittag wuchs die Menge der Demonstranten; Schulkinder, Studierende gesellten sich zu ihnen. Militärmusik erschallte in den Straßen. Rote Fahnen waren nicht zu sehen, auch wurden keine revolutionären Lieder gesungen. Da, plötzlich und unerwartet geschah das Fürchterliche: ein Bataillon von Unteroffizieren hatte sich in einem Privathause am Galitsky-Basar versteckt und fing an, die Menge aus dem Hinterhalte während 20 Minuten zu beschießen. Schulkinder, Arbeiter, Soldaten fielen tot oder verwundet nieder. Die Sterbenden schrieen: „Es lebe die Freiheit!“ Sappeure geben einige Schüsse auf die Kosaken und die Unteroffiziere ab. Die Militärmusik hörte nicht auf zu spielen. Die Meuterer kehrten unbehelligt in die Kasernen zurück und befinden sich jetzt in den Festungswerken. Die Zahl der Gefallenen ist noch unbestimmt, man spricht von 150 Toten und 600 Verwundeten. Von den Offizieren des 7. Sappeurbataillons ist einer tot und ein anderer verwundet. Heute wird der Streik in allen Fabriken proklamiert. Die Eisenbahnbeamten haben sich dem allgemeinen politischen Streik angeschlossen. Der Generalgouverneur Suchomlinow hat den Befehl gegeben, daß alle Zeitungen unter strengster Militärzensur erscheinen müssen, worauf die liberalen Blätter erklärten, daß sie lieber gar nicht erscheinen wollten. Nur das antisemitische Blatt „Kiewljanien“ ist erschienen, aber es wird boykottiert, niemand kauft es auf der Straße, die Zeitungsträger, die es anbieten, werden vom Publikum vertrieben. Augenblicklich herrscht Ruhe. Alle Waffenläden werden von Kosaken bewacht.

Von der Schlacht um Sebastopol weiß man noch immer nichts Sicheres, trotzdem von dort aus eine rumänische oder türkische Grenzstation und damit das internationale Telegraphennetz inzwischen längst hätte erreicht werden können. Es scheint, als ob in dem Kriegshafen die Sache bei weitem nicht so günstig für sie stände, wie die russische Regierung glauben machen möchte. Sie läßt jetzt wieder über Eydtkuhnen folgende Darstellung verbreiten: Der Kommandeur des VII. Armeekorps, General Möller-Sakomelski, teilte mit, daß bei der Beschießung der Kasernen in Sebastopol vier Matrosen und drei Revolutionäre getötet worden sind. 2000 Mann haben sich ergeben, darunter sind 1600 Matrosen und 400 Mann, von denen der größte Teil Agitatoren in Zivil, der Rest Infanteristen sind. Obgleich diese letzteren 400 Mann ebenfalls über Waffen verfügten, so trat bei ihnen doch der größte Mangel an Organisation zu Tage. Die Stadt ist wieder ruhig. Eine große Menge Hafenarbeiter ist zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit und Straßenunruhen sind nicht zu erwarten. Die Meuterer verrieten trotz ihrer großen Zahl und ausgezeichneten Bewaffnung keine Energie und Ungewandtheit. Aus diesen Gründen sind auch die Menschenverluste geringer als irgendwo bei einem Zusammenstoße mit schlecht oder gar nicht bewaffneten Volksmassen. (Dem stehen neuere Meldungen gegenüber, nach denen **1800** Matrosen gefallen sein sollen.) Die Untersuchungskommission hat ihre Arbeit begonnen. An der Meuterei waren hauptsächlich Matrosen und Sappeure und von Privatpersonen meist Juden beteiligt. Vom Brestschen Regiment ist ein Soldat gefallen und zwei Mann verwundet. Von den Revolutionären sind drei Mann getötet und vier Matrosen verwundet, es geht jedoch das Gerücht, daß die Zahl der von den Einwohnern fortgeschafften Verwundeten erheblich größer sein soll.

Daß wahrscheinlich ein Teil der revolutionären Flotte die See beherscht, darauf läßt eine heute eingetroffene Depesche aus Konstantinopel schließen: Infolge der Ereignisse in Odessa und Sebastopol, und da, wie bei der „Potemkin“-Affäre, das Einlaufen revolutionärer Schiffe befürchtet wird, wurden für den Bosporus dieselben Maßregeln wie zur Zeit der „Potemkin“-Affäre angeordnet. Am Eingang zum Bosporus wurden einige Torpedoboote stationiert, woraus die Gerüchte entstanden, daß nach den Dardanellen Kriegsschiffe und Torpedoboote abgegangen sind oder abgehen werden. Diese Gerüchte sind durchaus unbegründet.

Aus Petersburg wird der „Köln. Ztg.“ gemeldet: Seit vier Tagen macht sich in der hiesigen 8., 16. und 18. Flottenequipage eine beunruhigende Stimmung bemerkbar. In den Kasernen werden die Forderungen der Matrosen berreitet. Auf einer Offiziersversammlung in Zarskoje Selo wurde beschlossen, im Falle der Verwendung des Militärs bei Kundgebungen auf die friedliche Menge nicht feuern zu lassen. — Der „Frankf. Ztg.“ schreibt ein Korrespondent: In unserer Garde gärt es bedenklich. „Wir werden auch Kanonen und Maschinengewehre haben“, prophezeite in den Oktobertagen ein Herr der roten Fahne. Jetzt sind seine Worte Wahrheit geworden. Die Regierung hat es nicht verstanden, vielleicht fehlte es ihr auch am guten Willen dazu, das alte Regime über Bord zu werfen.

Aus Czenstochau (Russisch-Polen) wird gemeldet: Die wegen Verdachts der Anfertigung von Gewehren verhafteten sechs Ingenieure der Hanileschen Fabrik wurden aus der Haft entlassen und die geschlossene Fabrik heute wieder in Betrieb gesetzt. — Die letzte Telegraphenleitung von Warschau nach dem Auslande wurde gestern Nachmittag unterbrochen.

Ein schneidiger Herr ist der Gouverneur von Tamboff, Lannitz. Die Arbeiter und Angestellten der Station Grjasi der Südostbahn bekundeten kürzlich ihren Willen, eine Versammlung zur Besprechung ihrer Lage einzuberufen. Aus Anlaß eines diesbezüglichen Gesuches der Leute telegraphierte der Herr Gouverneur an den Gendarmerie-Rittmeister des Ortes: „Längst Zeit gehabt, über ihre Lage nachzudenken. Verbiete kategorisch alle Versammlungen. Genug damit. Falls ungehorsam, Gewalt anwenden.“

Peter von Struve, der frühere Sozialist und jetzige Liberale, möchte der Revolution Halt gebieten. Die liberale Großbourgeoisie hat ja, was sie will, und das Proletariat mag zufrieden sein. Wenn nicht in denselben Worten, so doch in demselben Sinne wie die deutschen „Revolutionäre“ von 1848 sagt er: „Die Diktatur der Politik über die Kultur ist unhaltbar, weil die Revolution, ohne sich selbst aufzuheben, nicht wagen kann, antikulturell zu werden. Deshalb müssen wir, im Namen der Revolution, gegen die Methoden des Revolutionarismus protestieren, die die revolutionäre Bewegung untergraben und aktiv gegen sie ankämpfen. Die Kultur ist keine unwesentliche Kleinigkeit, auch nicht in den allerrevolutionärsten Momenten. Im russischen Leben liegt die Diktatur in der Luft. Die Diktatur sowohl derjenigen, die man das „schwarze Hundert“ nennt, als auch derjenigen, die sich das „revolutionäre Proletariat“ bezeichnen. Wir werden also sowohl den einen wie den anderen sagen, daß das Land keine Diktatur braucht, daß sie ihm widerlich ist, und daß es nur nach Recht, Freiheit und nach wirtschaftlicher Renaissance strebt.“

„Wirtschaftliche Renaissance“ heißt soviel wie: „Ruhe zum Genuß der Ausbeutungsfreiheit.“

Auch Priester Gapon taucht wieder auf und mahnt zur Ruhe: „Die Führer der radikalen Parteien, die ich sehr schätze, begehen einen groben taktischen Fehler, indem sie den sofortigen bewaffneten Aufstand, die Einführung der demokratischen Republik und die unverzügliche Einführung des Achtstundentages predigen.“

Glücklicherweise hat das revolutionäre russische Proletariat gezeigt, daß es keine Berater aus der honetten Gesellschaft der Liberalen braucht.

Von der Weltbühne.

Für eine kaiserliche Liebhaberei, die den Reichssteuerzahlern schon ℳ 700000 gekostet hat und den elsaß-lothringischen Steuerzahlern ebensoviel, sollen nochmals ℳ 850000 aufgewendet werden. Es handelt sich um die seinerzeit vielerörterte sogenannte Wiederherstellung der Hochkönigsburg im Elsaß. Die Burg wurde bekanntlich gelegentlich der Aufhebung des Diktaturparagraphen dem Kaiser geschenkt und es tauchte dann das Projekt auf, sie auszubauen zu lassen. Dafür waren ℳ 1400000 in Aussicht genommen und in fünf Jahren sollte der Bau vollendet werden. Die fünf Jahre sind demnächst um und das bewilligte Geld geht zu Ende, aber der Bau ist nicht fertig; es sollen vielmehr noch 3½ Jahre Bauzeit und ℳ 850000 erforderlich sein, die man abermals zu gleichen Teilen auf das Reich und Elsaß-Lothringen zu verteilen gedenkt. Dem Reichstag ist darüber eine Denkschrift vorgelegt worden, die sich aber nach der „Fr. D. Pr.“ darüber ausschweigt, woher es kommt, daß das Geld nicht langt und auch die Bauzeit nicht gereicht hat. Es wird nur gesagt, daß der spezielle Kostenanschlag und Erläuterungsbericht vorgelegt werden wird. Außerdem heißt es in der Denkschrift kurz und bündig, für die Uebernahme dieser Mehrkosten auf öffentliche Fonds bestünden die früher geltend gemachten Gründe fort. „Nachdem die Reichslande zu den bisher erwachsenen Kosten einen Beitrag in der Höhe der Hälfte der Forderungen geleistet haben, sollen sie auch an der Deckung der Mehrkosten beteiligt werden. Das hierzu Erforderliche ist in die Wege geleitet worden.“

Die früher geltend gemachten Gründe sind natürlich im Laufe der Jahre nicht stichhaltiger geworden. Und was 1901 dafür an „Gründen“ beigebracht wurde, war absolut nicht zureichend, um die Bewilligung der geforderten Summen zu rechtfertigen. Wenn sie trotzdem bewilligt wurden, so geschah das seitens der Mehrheitsparteien aus reiner Liebedienerei; man wagte nicht eine Forderung abzulehnen, von der man wußte, daß sie einen besonderen Wunsch des Kaisers erfüllen sollte. Und so entstand das Novum, daß das Reich und die Reichslande hohe Mittel aufwandten, um eine in den Privatbesitz des Kaisers übergegangene Ruine wiederherzustellen. Man hätte meinen sollen, daß bei solcher Sachlage wenigstens der Versuch gemacht worden wäre, mit der bewilligten hohen Bausumme auszukommen, um eine abermalige Aufrollung der für die Mehrheitsparteien so heiklen Frage zu vermeiden. Und reichte das bewilligte Geld absolut nicht, so hätte ja, wie das sonst bei Privatleuten üblich ist, der Besitzer der Burg den Rest zuzahlen können.

Unsere Regierung aber denkt anders über die Sache. Sie stellt sich auf den Standpunkt: Haben Reichstag und elsaß-lothringischer Landesausschuß A gesagt, dann müssen sie auch B sagen, obwohl seinerzeit Graf Posadowsky im Reichstage versichert hat, daß die Bewilligung unter der Voraussetzung erfolgen soll, daß mit der geforderten Summe die Leistungen des Reichs abgeschlossen seien. Trotzdem kommt sie jetzt mit der Nachforderung für den genannten Zweck, die sich gerade in jetziger Zeit eigenartig ausnimmt, wo man das Volk mit neuen, schwere Lebensnotdurft belastenden Steuern beglücken will, um das Dalles-Loch im Reichssäckel notdürftig zuzustopfen.

Die Automobilsteuer, die der Reichsschatzsekretär v Stengel seinem Steuerbouquet einverleibt hat, ist natürlich nicht nach dem Geschmack der Benzinfexe. Die „Zeitschrift des mitteleuropäischen Motorwagenvereins“ beklagt sich bitter über die neue Steuer. Sie erklärt:

„Der Plan hat in den Automobilkreisen überrascht, denn vorher war kein Wort über ihn in der Oeffentlichkeit verlautet, am wenigsten waren die automobilistischen Vertretungen zu irgendwelchen Vorberatungen des Gesetzentwurfes vom Reichsschatzamte hinzugezogen worden, um ihre Meinung über die Tragweite der geplanten Finanzmaßregel zum Ausdruck zu bringen ... Luxussteuern liegen unter den heutigen Verhältnissen, wo die systematische Aufwiegelung der besitzlosen Klassen gegen das besitzende Bürgertum an der Tagesordnung ist und wo der Reichstag eine so große Anzahl von sozialdemokratischen Volksvertretern umfaßt, gewissermaßen in der Luft. Man mag ihre Berechtigung, auch diejenige der Automobilsteuer, bis zu einem gewissen Grade anerkennen, aber man wird unwillkürlich fragen, weshalb man gerade die Luxuskraftwagen zuerst ins Auge faßt und die anderen Luxusfahrzeuge, deren Ersatz die Motorwagen bilden, außer Betracht läßt.“

Die Herren Automobilbesitzer, die die Welt auf ihren Stinkkarren durchrasen, oft genug unter ruchlosester Gefährdung von Menschenleben, zählen ja nicht zu den Proletariern, sondern zum besitzenden Bürgertum, gegen das die verhaßte „Aufwiegelung der besitzlosen Klassen“ gerichtet sein soll. Wenn aber das Organ der Automobilisten recht hätte, daß in der geplanten Steuer das Resultat einer Aufwiegelung zu sehen sei, wer wären denn dann die Aufgewiegelten? Das könnten doch nur die Herren Minister und Geheimräte sein, die das Steuerprojekt ausgeklügelt haben. Die gekränkten Automobilisten können sich aber trösten. Die Regierung will ihnen ja nur lumpige 3½ Millionen abknöpfen, während die übrigen 220 bis 230 Millionen in der Hauptsache von den ärmeren Kreisen der Bevölkerung aufgebracht werden sollen. Sie haben also wirklich keine Ursache, sich über die Aufwiegelung der besitzlosen Klassen zu beklagen, wenigstens nicht in dem Sinne, wie ihr Organ es meint. Im übrigen sind freilich die ganzen neuen Steuerpläne die schärfste Aufwiegelung der Massen, die man sich denken kann. Die Aufwiegler aber sind die Urheber der Steuerprojekte.

Gegen die geplante Tabaksteuererhöhung haben nach einem Referate des Reichstagsabgeordneten Genossen Geyer die Leipziger Tabakarbeiter die folgende Resolution angenommen: „Die am 3. Dezember tagende öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter Leipzigs protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die seitens der Regierung dem Reichstage vorgelegte Tabak- und Zigarettensteuervorlage, überhaupt gegen jede Mehrbelastung, welche die Ausbreitung der allgemein schädlichen Heimarbeit fördert, die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt, den Konsum der Tabakfabrikate einschränkt und darum Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Tabakarbeiter zur Folge haben muß. Die Versammlung fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aufzunehmen und zu führen.“

Das deutsch-englische Handelsprovisorium, das am 31. Dezember d. J. abläuft, soll um zwei weitere Jahre verlängert werden. Dem Reichstage ist ein dahingehender Gesetzentwurf zugegangen, durch den der Bundesrat zu der fraglichen Verlängerung ermächtigt wird.

An die „nationale Pflicht“ der Deutschen in den „Ostmarken“ appelliert die Thronrede, mit welcher der preußische Landtag eröffnet wurde, gar beweglich, um das gewaltige Fiasko, das die preußische Antipolenpolitik im Osten erlitten hat, nicht noch schlimmer werden zu lassen. Aber der Appell wird vergeblich sein. Der Konkurrenzkampf zwischen der Ansiedlungskommission und den polnischen Landbanken treibt die Grundstückspreise in den Ostmarken immer höher, und da den Deutschen im Osten wie anderswo das Geld kostbarer ist als der Patriotismus, so benutzen sie immer zahlreicher die gute Gelegenheit, ihre Güter für hohe Preise loszuwerden. Man kann ihnen das nicht einmal groß verargen, da das Leben der Deutschen in den polnischen Provinzen ja gerade infolge der angeblich zum Schutze der Deutschen eingeleiteten Antipolenpolitik nicht zu den besonderen Annehmlichkeiten gehören mag. Wie stark die „unpatriotische“ Flucht der Deutschen ist, darüber gibt eine Zusammenstellung, die der Berliner Sekretär des Ostmarkenvereins, Victor Schoultz, im neuesten Hefte der „Deutschen Erde“ veröffentlicht, Aufschluß. Verloren gingen dem Deutsch-

tum in den Provinzen Posen und Westpreußen im Jahre 1904 29 Güter mit einer Fläche von insgesamt über 5000 Hektar. Dazu kommen 18 Bauernwirtschaften, 36 Hausgrundstücke und Geschäfte, 1 Gastwirtschaft und 1 Apotheke. Außerdem sind jedoch auch in Schlesien 3 Güter von zusammen über 15 Hektar aus deutschen in polnische Hände übergegangen.

Diesen Verlusten steht auf deutscher Seite eine sehr kurze Liste von Gewinnen, die privater Initiative zu verdanken sind, gegenüber: nämlich ein Rittergut, eine bäuerliche Besitzung, zwei Hausgrundstücke und Geschäfte. Die deutschen Verluste werden nicht einmal durch die Ankäufe der Ansiedlungskommission wettgemacht, denn von ihrer Seite wurde im Jahre 1904 nur eine Fläche von 3477 Hektar (6 Güter und 21 Grundstücke) aus polnischen Händen erworben.

Ein hakatistisches Blatt knüpft an diese Angaben folgende Klage: „Diese Zahlen reden eine beredte Sprache. Sie führen uns auf den Unterschied deutschen und polnischen Arbeitens in der Ostmark hin. Bei den Polen eine in entschiedenem Nationalgefühl wurzelnde private Initiative, von einzelnen und Vereinen, die auf deutscher Seite in dem nötigen Maße fehlt und kaum durch den kräftigsten nationalen Willen der Regierung ausgeglichen werden kann. Dort kann man sich auf die Massen verlassen, hier nicht. Bei aller wirtschaftlichen Reformarbeit ist und bleibt es eine der wichtigsten Aufgaben der Ostmarkenpolitik, an das deutsche Pflichtgefühl zu appellieren, wie es Kaiser Wilhelm in seiner Gnesener Rede getan hat, und einen starken Heimatsinn zu bilden."

Der Appell wird vergeblich sein. Druck erzeugt immer Gegendruck, und das „entschiedene Nationalgefühl" ist den Polen erst durch die preußische Polenpolitik eingepaukt worden und wird es täglich noch mehr. Da können alle Klagen nicht helfen.

An Staatsleistungen für die Volksschule beabsichtigt die preußische Regierung nach der dem Volksschulunterhaltungsgesetz beigegebenen Begründung vom Inkrafttreten des Gesetzes an bereit zu stellen:

1. Zu widerruflichen Beihülfen an leistungsschwache Volksschulverbände mit 25 oder weniger Schulstellen die Hälfte der gemäß § 44 von den Schulverbänden anzusammelnden Beträge; diese Staatsleistung wird sich voraussichtlich zunächst auf etwa ℳ 1 300 000 belaufen und mit der wachsenden Anzahl der Schulstellen steigen;
2. zu dem gleichen Zweck 3 Millionen Mark jährlich, mit der Bestimmung, daß bei Verwendung dieser Mittel in erster Linie die Verschiebungen zu berücksichtigen sind, welche sich als Folge der durch das Gesetz eintretenden anderweitigen Regelung der Schulunterhaltungslast ergeben;
3. zu widerruflichen Staatsbeihülfen an leistungsschwache Volksschulverbände mit mehr als 25 Schulstellen ℳ 520 000 jährl[illegible], deren Verwendung gleichfalls [illegible] bei der unter Ziffer 2 gedacht[illegible] Verschiebungen berücksichtigt werden so[illegible] Art besonders
4. zur Erhöhung [illegible]en; jährlich [illegible]es gegenwärtig mit ℳ 1 050 000 [illegible] ausgestatteten Fonds zu Unter[illegible]ngen bei Elementarschulbauten 6 Millionen Mark, unter Wegfall der in den letzten Jahren im Extraordinarium erfolgten Bewilligungen von je 3 Millionen Mark.

Auch für die Lehrer will der Staat etwas tun, aber erst im nächsten Jahre. Offiziös wird diesbezüglich verkündet: „Das Haus der Abgeordneten hat in der letzten Tagung im Zusammenhange mit dem zweiten Teil des Schulkompromisses eine beträchtliche Erhöhung der Staatsmittel zur Aufbesserung der Lehrergehälter verlangt. Diesem Beschlusse soll in dem nächstjährigen Etat in einem Maße entsprochen werden, das nicht allzuweit hinter der von dem Abgeordnetenhause empfohlenen Summe von 5 Millionen Mark zurückbleibt. Endlich liegt es in der Absicht, die Volksschulen in den zweisprachigen Provinzen, die von der Geltung des Schulunterhaltungsgesetzes ausgeschlossen werden sollen, durch erhöhte Staatsaufwendungen zu fördern. Auch hier handelt es sich um einen Mehraufwand von mehreren Millionen Mark."

Die preußischen Volksschullehrer werden sich also vorläufig noch in Geduld fassen müssen.

Der Wahlrechtskampf in Sachsen wird auch in der Kammer sein Echo finden. Der einzige sozialdemokratische Abgeordnete, Genosse Goldstein, hat im Landtage folgende Interpellation eingebracht: „Am 18. und 19. November d. J. hat ein großer Teil des sächsischen Volkes in Versammlungen ein besseres Landtagswahlrecht gefordert. Die Arbeiter Leipzigs insbesondere haben dies durch friedliche Demonstrationen auf den Straßen in eindrucksvoller Weise zum Ausdruck gebracht. Gleichwohl haben bei Wiederholung dieser Meinungskundgebungen des Volkes die Polizeidirektionen in Dresden und Chemnitz am 3. Dezember d. J. ihre unteren Organe angewiesen, in schärfster Weise gegen Straßendemonstranten vorzugehen. Die Polizei hat in vereinzelten Fällen, namentlich in Dresden, mit der blanken Waffe eingehauen, eine große Zahl von Personen verletzt und hierdurch weite Bevölkerungskreise in maßlose Erbitterung versetzt. Angesichts dieser Vorgänge richtet der Unterzeichnete an die Regierung folgende Fragen: 1. Ist die Regierung gewillt, das von der Dresdener und Chemnitzer Polizei am 3. Dezember d. J. angewandte bedauerliche Verfahren gegen friedliche Volksmassen gutzuheißen, oder welche Maßregeln denkt die Regierung zu ergreifen, um der Wiederkehr solcher gewalttätigen Handlungen vorzubeugen? 2. Glaubt die Regierung, angesichts der großen Empörung, wie sie sich in den spontanen Kundgebungen vieler Tausender gezeigt hat, an ihrer in der Kammersitzung vom 27. November dargelegten Auffassung über die Wahlrechtsreform festhalten zu sollen?"

Natürlich werden die Vorgänge in Dresden von den berufsmäßigen Scharfmachern in ihrer Art ausgebeutet. So z. B. lechzt die „Deutsche Tageszeitung", das Organ der Zollwucherer und Volksaushungerer, förmlich nach Blut. Das Junkerblatt wütet: „Die Gedanken von Jena und die Pläne von Breslau sind also recht schnell in die Tat umgesetzt worden. Die Dresdener und die Chemnitzer Vorgänge sind aber um so bedeutsamer und bedrohlicher, als es sich dort nicht um eine spontane, sondern um eine bewußte und vorbereitete revolutionäre Demonstration handelte. . . Daß die Polizeibehörde unter solchen Umständen mit scharfer Energie und Entschiedenheit den Demonstranten entgegentrat und entgegentreten mußte, war selbstverständlich. Nichts ist verfehlter und gefährlicher, als wenn man solche Gesetzwidrigkeiten duldet oder glimpflich behandelt. Die Polizei wird sich zwar vor jeder Provokation hüten, aber ihre Aufgabe, die Ordnung zu wahren, mit der erforderlichen Schärfe (nämlich des Polizeisäbels! Red.) durchführen müssen. Die Sozialdemokratie wird vermutlich das, was in Dresden, Leipzig und Chemnitz probiert worden ist, auch anderwärts versuchen. Die Polizeibehörden werden gut tun, keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß sie, wie in Dresden, ein Hinaustragen der Demonstration auf die Straße nicht dulden werden. Es wäre das denkbar Unglücklichste, wenn man an einigen Orten das dulden wollte, was an anderen pflichtmäßig verhindert wurde. Das müßte den Eindruck der Zerfahrenheit machen und geradezu anreizend auf die revolutionäre Sozialdemokratie wirken. Je kraftvoller man den ersten Versuchen revolutionärer Kundgebungen entgegentritt, um so mehr und sicherer verhütet man schlimmere und gefährlichere Ausschreitungen."

Auch die „Köln. Ztg.", das Organ der Schlotjunker, spricht von „Drohungen mit Gewalttätigkeiten" — obwohl Drohungen wie Gewalttätigkeiten ganz auf seiten der „Ordnungs"-Meute sind — und schlägt einen väterlich ermahnenden Ton an: „Angesichts solcher Verhetzungen wäre es hohe Zeit, daß die deutschen Arbeiter in ihrem eigenen Interesse zu nüchterner Ueberlegung zurückkehren. Sie werden dann selbst sehen, daß die Verhältnisse in Deutschland und Rußland doch wesentlich verschieden sind, und daß es in Deutschland nicht klug wäre, sich in einem Rausch über die Erfolge russischer Revolutionäre in eine Stimmung hinein zu versetzen, der eine schlimme Ernüchterung sehr bald folgen müßte."

Demgegenüber muß doch einmal in aller Entschiedenheit betont werden, daß es der ernste Wille der deutschen Arbeiterklasse ist, endlich einmal ihre nächsten Forderungen den herrschenden Klassen in einer so energischen Weise zu Gehör zu bringen, daß sie sich nicht länger taub stellen können. In Versammlungen und, wo die Möglichkeit war, in parlamentarischen Körperschaften wurde seit Jahren umsonst die Stimme erhoben; man ließ die Vertreter der Arbeiter reden und kümmerte sich nicht weiter um sie. Jetzt finden die Kundgebungen auf der Straße statt, und wenn auch diese ihren Zweck nicht erreichen, so gibt es noch andere Mittel, dem Willen des arbeitenden Volkes Ausdruck und Nachdruck zu verschaffen, Mittel, die allerdings die „Staatserhaltenden" in ihrem Heiligsten, nämlich im Profit treffen würden. Weder Drohungen mit dem Polizeisäbel noch Ermahnungen werden die Arbeiterschaft von ihrem ernsten Willen abbringen. Sie hat wahrlich Geduld genug bewiesen, mehr als genug; und alles nimmt einmal ein Ende!

Gemeindewahlen. Die Stadtverordneten von Waltershausen in Sachsen Koburg-Gotha wählten mit 9 von 10 Stimmen unseren Genossen Rechtsanwalt Westphal in Danzig zum Bürgermeister. — In Oetzsch bei Leipzig siegte in der 4 Klasse unser Kandidat mit 114 gegen 17 gegnerische Stimmen. Auch in der 3. Klasse hatten wir einen, wenn auch schwachen Stimmenzuwachs, die Gegner aber einen verhältnismäßig starken Rückgang zu verzeichnen. — In Borsdorf bei Leipzig gelang es zum ersten Male, in der dritten Klasse unsere Kandidaten zum Siege zu führen.

r. **Aus der Schweiz.** In der Stadt Zürich fand am Sonntag eine Volksabstimmung statt über die Erwerbung der Zürichbergbahn durch die Stadt und über den Bau einer neuen Straßenbahnlinie. Erstere wurde mit 14 044 gegen 4384, die andere mit 9145 gegen 8970 Stimmen angenommen.

Die sogenannte demokratische Partei tritt mit einem Initiativbegehren, betreffend die verfassungsmäßige Regelung der Wasserrechtsverhältnisse, auf. Darnach soll die Bundesverfassung folgenden neuen Artikel erhalten: „Artikel 23 bis. Die Gesetzgebung über Ausnutzung der Wasserkräfte und die Abgabe elektrischer Energie ist Bundessache. Soweit der Bund die Wasserkräfte nicht selbst ausnutzt, haben die Kantone und nach ihnen die Gemeinden das erste Anrecht darauf. Im übrigen genießen Wasserkraftanlagen der Kantone und Gemeinden dieselben Rechte wie diejenigen des Bundes. Wasserrechtsgebühren sind an die Kantone nach Maßgabe des Gefälles der betreffenden natürlichen Flußläufe ihres Gebi[illegible] abzuführen. Bei der Verwendung noch un[illegible]genutzter Wasserkräfte eines Kantons ist in er[illegible] Linie der Kraftbedarf seines Gebietes zu ber[illegible]richtigen. Vom Zeitpunkte der Annahme dieses Verfassungsartikels an ist in allen neuen Wasserrechtskonzessionen die Anwendung der Bundesgesetzgebung vorzubehalten und ist die Ausfuhr der durch Wasserkraft erzeugten Energie ins Ausland in jedem Falle von einer Bewilligung des Bundesrates abhängig zu machen. Es handelt sich also nicht um die von unserer Partei angestrebte Verstaatlichung der Wasserkräfte, aber sie wird das Initiativbegehren wahrscheinlich doch unterstützen, da es einen ersten Schritt in dieser Richtung bedeutet. Die Schweiz hat bekanntlich einen großen Wasserreichtum. Der Züricher Universitätsprofessor Schur schätzt die nutzbaren Wasserkräfte auf rund eine Million Pferdekräfte, wovon erst za. 145 000 durch 296 Elektrizitätswerke verwertet werden.

Bei den Gemeindewahlen in Lausanne wurden im zweiten Wahlgang 16 Sozialdemokraten ohne Gegenkandidaten gewählt, da die Bürgerlichen unserer Partei so viele Sitze überlassen hatten.

Der schweizerische Bundesrat hat ein Plakat mit Instruktionen zur Verhütung der Schwindsucht herstellen lassen, das in den Oberklassen der Volksschule und in den Mittelschulen aufgehängt werden soll. Es werden 11 000 Exemplare benötigt, die 600 Frks. kosten. Die Heranziehung der Schule für den Kampf gegen die Tuberkulose ist ein guter Gedanke.

Ueber die Genfer Bombenaffäre werden allerlei mehr oder minder phantastische Berichte verbreitet. So soll die von den Behörden des Kantons Genf eingeleitete Untersuchung bisher folgendes ergeben haben: In der Wohnung, wo die Explosion stattfand, wurden sechs fertige Bomben in Form eines Apfels gefunden, weiter zahlreiche unbekannte chemische Produkte in Flaschen und Tüten. Die explodierte Bombe hatte die Form eines Zylinders und war zehn Zentimeter lang. Der verhaftete Nihilist Bilitte hatte dort eine Art Schule für Kenntnis der Sprengstoffe und Füllung von Bomben eingerichtet. Es fanden täglich Vorträge statt, an denen zehn bis zwölf russische Studenten teilnahmen. Nach den Aussagen des Sachverständigen waren in der Wohnung der Rue Blanche genug Sprengstoffe vorhanden, um das ganze Stadtviertel in die Luft zu sprengen.

Daß ein „Nihilist" am Werke war, ist jedenfalls sehr merkwürdig; Terroristen gibt es zwar unter den russischen Revolutionären, aber von Nihilisten kann schon lange nicht mehr die Rede sein. Auch die Geschichte von der „Schule" klingt mehr als romantisch. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich einfach um unvorsichtiges Umgehen mit gefährlichen Chemikalien. Daß Bomben, die man in Rußland gebrauchen will, in Genf fertiggestellt und mit voller Ladung den weiten Weg transportiert werden sollten, erscheint als Unsinn. Da ist die Fabrikation in Rußland selbst doch weitaus bequemer und sicherer.

Der oberste Staatsanwalt von Genf, Navazza, begab sich nach Bern, um mit dem Bundesanwalt der schweizerischen Eidgenossenschaft wegen der Bombenaffäre zu verhandeln. Es wurde beschlossen, eine eidgenössische Untersuchung einzuleiten auf Grund des Gesetzes von 1894 über die Anarchisten und die Handhabung von Sprengstoffen. Der Untersuchungsrichter der schweizerischen Eidgenossenschaft wurde dann beauftragt, sofort nach Genf zu gehen und dort die Untersuchung weiterzuführen.

Die Unhaltbarkeit der Zustände in Oesterreich, die die Wahlreform zu einer unabweisbaren Notwendigkeit macht, kommt immer mehr auch den Kreisen zum Bewußtsein, die selbst zu den Privilegierten gehören, wenn sie sich auch natürlich nicht sofort bereit finden, alle ihre Vorrechte zu opfern, sondern wenigstens einen Teil davon retten möchten. So fand dieser Tage in Graz ein Verbandstag der Industriellen Oesterreichs statt. Der Abgeordnete Otto Günther referierte dort über „industrielle und handelspolitische Fragen". Dabei kam er auch auf die Wahlreform zu sprechen und erklärte, daß der Klasse der industriellen Arbeiterschaft auf die Leitung und Verwaltung unseres Staatswesens ein gesetzgeberischer Einfluß gebühre. Auch seien die privilegierten Mandate, welche der Industrie durch das Wahlrecht der Handelskammern scheinbar eingeräumt seien, schon längst nicht mehr als Interessenvertretung der Industrie anzusehen und ist auch die Interessenvertretung des Großgrundbesitzes im Verhältnis zu jener der Industrie eine so ungeheure und unverhältnismäßige, daß die Beseitigung der privilegierten Mandate lebhaft gewünscht werden müsse. Er trat dann für die Berücksichtigung der Steuerleistung, den Schutz der nationalen Minoritäten und den Ausschluß der Analphabeten vom Wahlrecht ein.

Der Industriellentag nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Eine Reform der Reichsratswahlordnung ist geplant, welche, auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aufgebaut, die Interessenvertretung aus dem Volkshause vollständig beseitigen soll. Angesichts dieser Tatsache erwartet der Verbandstag, daß die Frage der Vertretung der industriellen Interessen in der Gesetzgebung in einer Weise gelöst werden wird, welche der Industrie eine ihrer Bedeutung für das gesamte Staats- und Wirtschaftsleben volle entsprechende Vertretung gewährleistet."

Die Herren scheinen noch etwas naiv zu sein und nicht einzusehen, daß man das eine Privileg nicht beseitigen und ein anderes dafür aufrichten kann. Sie werden sich schon mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß alle Privilegien fallen.

Die ungarischen Gewalthaber, die für ihre eigenen Interessen gegen die Regierung frondieren, jedoch durch allerlei Winkelzüge und durch brutalen Druck das Volk in politischer Rechtlosigkeit erhalten möchten, sind durch den plötzlich von den Arbeitern der Zeitungsdruckereien, in erster Linie den Setzern, gegen sie geführten Schlag ganz toll geworden. Der Boykott der Koalitionspresse ist offenbar von den Buchdruckern nicht nur vortrefflich organisiert, sondern der Plan ist auch bis zum gegebenen Moment geheim gehalten worden, so daß die Weigerung der Setzer, fernerhin Schmähungen gegen die Sozialdemokratie und gegen das allgemeine Wahlrecht verbreiten zu helfen, die Presse ganz unvorbereitet traf. Am Sonntag Nachmittag vereinigten sich die Setzer resp. deren Vertrauensmänner zu einer Konferenz, in welcher der endgültige Beschluß gefaßt wurde, bei den Blättern der Koalition, die die sozialdemokratische Partei in der unflätigsten Weise beschimpfen und verleumden, die Arbeit einzustellen. Man muß sich vergegenwärtigen, was diese Bande in diesem Kampfe gegen die Arbeiter alles geleistet hat. Da wurde nicht nur ständig von Vaterlandslosen und Vaterlandsverrätern gesprochen, da wurden nicht nur die Vertrauensmänner der Arbeiter als Regierungslakaien hingestellt, sondern es wurden auch die infamsten Verleumdungen, denen jeder Untergrund fehlte, gegen sie in die Welt gesetzt. Man verbreitete, die Sozialdemokraten seien von der Regierung bestochen, ja, man erzählte einfach, der und jener Sozialdemokrat habe von der Regierung soundsoviele Millionen bekommen. Endlich wurde dieses freche Gebaren den Setzern doch zu arg, und sie beschlossen, diese Gemeinheiten nicht mehr zu setzen. Gemäß dem am Sonntag gefaßten Beschluß sind am Montag früh die Koalitionsblätter, mit Ausnahme von zwei Blättern nicht erschienen; darunter sind die Hauptblätter der Koalition: „Pesti Naplo", „Független Magyarorszag" und „Polgar". Die Setzer erschienen um 5 Uhr früh in der Druckerei und erklärten, an solchen Blättern, die die Arbeiter fortwährend Strolche und Vaterlandsverräter schimpfen, nicht mehr mitarbeiten zu wollen. In der Druckerei „Globus", wo der „Magyar Orszag" gedruckt wird, wollte man wenigstens ein Flugblatt dieses Blattes drucken, aber auch das verhinder[illegible] Mit ihren [illegible] Verlagsdr[illegible] erklärten sich alle Arbeiter dieser [illegible]erei solidarisch und verließen die Setz[illegible]ren. Infolgedessen konnten auch die hier gedruckten Zeitungen „Magyar Szo", „Magyar Allam", „Haladas", „Neues politisches Volksblatt" und „Neues Budapester Abendblatt", die der Koalition nicht angehören, nicht erscheinen. Dieselbe Taktik befolgten die Setzer auch Montag Vormittags bei den Abendblättern der Koalition. Mit Ausnahme des „Pesti Ujsag" ist nicht ein einziges Abendblatt der Koalition erschienen. Die sechzehn Koalitionsblätter der Hauptstadt sind völlig lahmgelegt. In Budapest wird nichts mehr gesetzt und gedruckt, was sich gegen das allgemeine Wahlrecht richtet.

Die Schriftsetzer sind entschlossen, den Boykott nur dann aufzuheben, wenn sämtliche Chefredakteure die Erklärung abgeben, daß in ihren Blättern keine tendenziösen Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei gerichtet werden sollen.

Der am Montag Abend erfolgte Angriff des Volkes auf die Druckerei des Koalitionsblattes „Budapesti Hirlap" hatte seine Ursache darin, daß von der Geschäftsleitung die Setzer eingesperrt worden waren, so daß die Vertrauensleute nicht zu ihnen kommen und sie zum Boykott aufrufen konnten. Verbreitet konnte aber das Blatt doch nicht werden; als es ausgetragen werden sollte, überfielen Arbeiter einen Expeditionswagen und vernichteten 20 000 Exemplare.

Der Koalitionsklüngel greift zu grotesken Mitteln. „Nationalgesinnte" Bürger beschlossen, zum Schutz der „bedrohten" Redaktionen eine Bürgerwehr zu bilden, die mit Revolvern vor den Redaktionen Aufstellung nehmen wird. Diese Bürgerwehr zählt schon 260 Mitglieder.

Der leitende Ausschuß der Koalition beschloß ein Manifest an die Nation, worin er die Regierung beschuldigt, die Setzer der oppositionellen Blätter durch ihre Agenten zum Streik bewogen zu haben, um die regierungsfeindliche Presse dadurch zu terrorisieren, daß sie der Anarchie Vorschub leiste. Der leitende Ausschuß erklärte sich mit der angegriffenen Presse solidarisch und fordert die Nation auf, an der nationalen Presse festzuhalten und den Regierungsblättern jede Unterstützung zu entziehen. Ferner wurde beschlossen, die ausländische Presse in diesem Sinne zu verständigen.

Die blödsinnige Behauptung, der Setzerstreik sei von der Regierung veranlaßt, ist von dieser bereits dementiert. Die Setzer haben es gar nicht nötig, sich gegen die kindische Beschuldigung zu wehren; sie haben einfach getan, was dem Koalitionsgesindel gegenüber ihre Ehre als Arbeiter und Sozialdemokraten gebot.

Der französische Senat hat in seiner Sitzung am Dienstag sämtliche noch unerledigten Artikel der Vorlage, betreffend die Trennung von Kirche und Staat, die in der Kammer bereits zur Annahme gelangten, angenommen. — Im Laufe der Verhandlung erhob Legrand im Namen der liberalen Republikaner Einspruch gegen das Gesetz und erklärte es für unpolitisch, ungeeignet, unanwendbar und gefährlich. Chamaillard protestierte heftig gegen die Kündigung des Konkordats ohne vorhergehende Verhandlungen mit dem Vatikan. Die Abstimmung über die Vorlage im ganzen muß noch erfolgen.

Die übliche Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Kongreß ist ergangen. Roosevelt behandelt darin zunächst die Frage der wirtschaftlichen Korporationen und sagt, er sei diesen in keiner Weise feindlich gesinnt. Jede sollte begünstigt werden, solange sie Gutes wirkt, aber scharf angefaßt werden, sobald sie gegen Gesetz und Gerechtigkeit handelt. Die die Korporationen betreffende Gesetzgebung dürfe nicht von den einzelnen Staaten, sondern müsse von der nationalen Regierung ausgehen. Er — der Präsident — glaube, daß eine Regelung ihrer Verhältnisse und die Aufsicht über diese durch einen Gesetzgebungsakt des Kongresses erreicht werden könne. Wenn das sich aber als unmöglich erweisen sollte, so würde es nötig sein, daß der nationalen Regierung weitestgehende Vollmacht durch eine entsprechende Aenderung der Verfassung erteilt werde. Von den Mißbräuchen, die bei den Korporationen vorkämen, sei vielleicht der hauptsächlichste, wenn auch sicherlich nicht der einzige, die Ueberkapitalisierung, die gewöhnlich das Resultat unredlichen Vorgehens ist. Das erste, was geschehen müsse, sei eine gesetzliche Regelung einer wirksamen Aufsicht der Zentralregierung über die Transportgesellschaften, die ihren Betrieb über mehrere Einzelstaaten erstrecken. Ferner sei eine Beaufsichtigung der Rechnungsführung der Eisenbahnen ins Leben zu rufen. Nach einigen Andeutungen über wünschenswerte soziale Maßregeln zum Schutze von Arbeitern sowie Frauen und Kindern in der Industrie geht die Botschaft auf das Versicherungswesen über. Hier hätten die neuesten Ereignisse gezeigt, daß unter manchen führenden Personen sehr fragwürdige Ehrbegriffe herrschten und daß gegen deren Gebaren das Publikum durch eine angemessene Aufsicht seitens der Nationalregierung in Schutz zu nehmen sei.

Uebergehend auf die Finanzlage des Landes sagt der Präsident: Wenn unsere Ausgaben nicht innerhalb der Grenzen unserer Einnahmen gehalten werden können, müssen die Gesetze, die die Einnahmen festsetzen, geändert werden. Doch ist diese Angelegenheit noch nicht spruchreif. Es sollte in Erwägung gezogen werden, ob es nicht wünschenswert wäre, daß die Zollgesetzgebung die Anwendung von Maximal- und Minimaltarifen gegen oder zu Gunsten von anderen Nationen gestattet, um eine gewisse Gegenseitigkeit der Behandlung zwischen anderen Nationen und uns zu ermöglichen. In Hinsicht auf weitere als rein wirtschaftliche Rücksichten würde es wünschenswert sein, engere Handelsbeziehungen mit den anderen Völkern dieses Kontinents herbeizuführen. Eine Politik der Sparsamkeit sei ernstlich zu empfehlen, doch nicht am falschen Platze. An der Marine Abstriche zu machen, wäre ein Verbrechen gegen die Nation, oder nicht alle Arbeiten am Panamakanal zu fördern, eine große Torheit.

In bezug auf die neue Haager Konferenz hofft die Botschaft, sie sei jetzt gesichert, und wünscht ihr besten Erfolg. Indessen sei, wie die Dinge heute liegen, nur die Nation für den Frieden gerüstet, die zu kämpfen verstehe, wenn die Lage sich so gestalte, daß der Krieg eine Forderung der höchsten Moral werde. Doch sei zu hoffen, daß mit Hülfe internationaler Konferenzen die Schiedsgerichte zum regelmäßigen Weg der Schlichtung internationaler Streitigkeiten würden.

In betreff der Monroe-Doktrin erklärt die Botschaft, die Vereinigten Staaten hätten keine Annexionsgelüste gegenüber den südlichen Republiken, sondern hätten nur die Wohlfahrt aller im Auge. Mit Santo Domingo habe die Regierung, um ein gewaltsames Vorgehen europäischer Regierungen zu vermeiden, ein Abkommen in die Wege geleitet, das Santo Domingo in den Stand setzen solle, den gerechten Forderungen der Schuldner zu genügen. Dieses Abkommen liege dem Senate vor.

In der Einwandererfrage — die Zahl der Einwanderer hatte vom 30. Juni 1904 bis 30. Juni 1905 die enorme Höhe von 1 028 000 Personen — wünscht die Botschaft verschärfte Gesetze und regt eine internationale Konferenz zur Regelung dieser Frage von mehr als nationaler Bedeutung an. Weiter wird der befriedigende Zustand der Philippinen hervorgehoben und die Befestigung von Hawaii energisch befürwortet. Schließlich empfiehlt der Präsident dem Kongreß aufs entschiedenste, ohne Verzug eine genügende Summe zu bewilligen, um die laufenden Ausgaben für den Panamakanal zu decken.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 6. Dezember.

Hamburg.

Zum Baueinsturz in der Beneckestraße wird uns von der Bauarbeiterschutzkommission geschrieben: Der Bau wird von einem Bauunternehmer A. Brümmer ausgeführt und ist bereits putzfertig. An der Hinterfront befindet sich, um besser Licht und Luft für den Keller zu schaffen, eine Kasematte, die eine Breite von 2 Meter und eine Länge von zirka 10 Meter hat. Die Mauer dieser Kasematte ist schon im August dieses Jahres einen Stein stark mit gutem Zement gemauert worden. Um nun die Hinterfront bis auf Fußbodenhöhe herunterputzen zu können, waren einige Arbeiter damit beschäftigt, den in der Kasematte befindlichen Sand herauszutragen. Diesen Sand schütteten die Arbeiter direkt hinter der langen Kasemattenmauer auf den Hof, dessen Terrain höher war, als die Oberkante der Mauer. Hierbei wurde nicht darauf geachtet, daß der Sand zwischen Mauer und Erdreich rutschte und wurde dadurch die Mauer nach innen geschoben. Dies war um so leichter möglich, da der Sand gerade in die Mitte der Mauer geworfen wurde, wo diese am wenigsten Widerstandsfähigkeit hatte. Zu bewundern ist allerdings, daß die Mauer so plötzlich umgefallen ist, ohne daß einer von den in der Kasematte arbeitenden Arbeitern etwas gemerkt hatte. Ueber das verwendete Material läßt sich nichts sagen. Der Unfall hätte dadurch vermieden werden können, daß die Mauer in der Mitte mit einer Steife nach der Hinterfront versehen worden wäre. Der Maurergeselle Trost sprang von dem Hofraum in die 1,80 Meter tiefe Kasematte, um den verunglückten Kollegen zu helfen, und brach sich hierbei ein Bein.

Der Maurerlehrling, der am schlimmsten betroffen wurde — ihm sind beide Beine gebrochen — heißt H. Ohrt und wohnt Lindenallee 55, Keller. Der verletzte Maurerarbeitsmann heißt Siegmann, nicht Sievers.

Kaufmanns- und Gewerbegericht. Vom 28. Dezember d. J. ab befinden sich die Bureaulokalitäten des Kaufmanns- und Gewerbegerichts im neuen Ziviljustizgebäude vor dem Holstentor. Klagen und sonstige Anträge werden von diesem Tage ab in der Gerichtsschreiberei, 1. Obergeschoß, Zimmer 264, entgegengenommen.

w. **Vom Hafen und von der Schiffahrt.** Der englische Dampfer „Mabel", Kapitän Philipps, der gestern Abend von Borneß mit einer Ladung Kohlen nach hier kam, geriet auf der Elbe, dem Kleinen Grasbrook gegenüber, mit dem von hier seewärts bestimmten englischen Dampfer „Saint Quentin", Kapitän Parsele, in Kollision. Beide Schiffe wurden so schwer getroffen, daß sie repariert werden müssen. Der Dampfer „Mabel" hat Schaden am Vorderschiff, er wurde bei der Gasanstalt festgelegt, woselbst er seine Ladung löscht. Der Dampfer „Saint Quentin" mußte die Ausreise aufgeben und ist an der Werft von Blohm u. Voß festgelegt, er hat Schaden am Vordersteven und Platten am Vorderschiff eingedrückt. — Der Ewer „Erndte", der von hier mit einer Ladung Getreide nach der Oste bestimmt ist, geriet auf der Unterelbe mit dem Hamburger Dampfer „Emma" in Kollision. Der Ewer wurde so schwer getroffen, daß er leck wurde und bei Neuhaus an der Oste auf Strand gesetzt werden mußte. Der Dampfer scheint keinen Schaden erlitten zu haben, da er seine Reise fortsetzen konnte. — Die Barkasse „Marine-Verwaltung IX", die, wie mitgeteilt, von dem Passagierdampfer „Phönix" angerannt und zum Sinken gebracht wurde, ist durch den Taucher Flint gehoben und an Steinwärder bei der Werft von H. C. Stülcken Sohn auf Strand gesetzt worden. Heute wurde das Wasser aus dem Fahrzeuge ausgepumpt und letzteres dann bei H. Brandenburg zur Reparatur gebracht. — Die englische Bark „Wyndsford", die von Tocopilla mit einer Ladung Salpeter hier eintraf, geriet in der Einfahrt zum Segelschiffhafen auf Grund fest und blieb sitzen. Den Schleppdampfern „Louise" und „Castor" gelang es, das Schiff wieder abzubekommen, worauf es an seinen Löschplatz gebracht wurde. — Der englische Dampfer „Olive", der von Bahia Blanca hier eintraf, mußte auf der Unterelbe bei Brockdorf zu Anker gehen. Als man den Anker wieder einhieven wollte, war er derartig festgehakt, daß man ihn nicht losbekommen konnte und deswegen die Kette slippen lassen mußte. Der Besatzung des Schleppdampfers „Fairplay IV" gelang es, den Anker nebst Kette zu bergen, worauf man die Gegenstände dem Schiffe wieder übergab. — Der Hamburger Dampfer „Pyrgos", der mit Seeschäden hier eintraf, ist repariert und bereits mit Ladung von hier nach der Levante abgegangen. — Der Hamburger Dampfer „Itzehoe", der aufkommend auf der Unterelbe auf Grund fest war, ist nach der Werft von H. C. Stülcken Sohn zur Besichtigung gebracht worden. — Das englische Vollschiff „Montbarns", welches gestern Abend von Antafagasta hier eintraf, hat einen Kollisionsschaden an der Backbordseite. Das Schiff wird hier gelöscht und soll nach der Entlöschung besichtigt werden. — Der Hamburger Dampfer „Vera" ist beim Verholen beim Amerikakai mit einem Oberländer Kahn in Kollision gewesen. Der Kahn hat bedeutenden Schaden erlitten. Der Dampfer blieb jedoch unbeschädigt. — Der Hamburger Dampfer „Hermia", der von Middlesbro hier eintraf, geriet beim Einholen in den Hansahafen gegen eine Pfahlgruppe und brach einen Pfahl ab. Der Dampfer selbst hat am Vorderschiff Schaden erlitten.

w. **Eine Unfalluntersuchungskommission,** bestehend aus dem Rat Dr. Dröge, Rat Dr. Nagel, Beamter Cluth der Kellerei- und Lagerei-Berufsgenossenschaft, Kaufmann Warpitzky, Stauer Frank Munte und dem Vertreter der Schauerleute Max Stürze, machten heute Morgen auf der Barkasse „Frank Munte" eine Fahrt durch den Hafen, um sich die Lösch- und Ladearbeiten auf den Schiffen anzusehen. Die Kommission war auf dem Dampfer „Kingsland", dem Segelschiffe „Terpsichore" und anderen Schiffen in den oberen Häfen und den Kuhwärderhäfen. Die Herren, welche die wilde Hafenarbeit nicht kennen wollten, wollten sich an Ort und Stelle informieren, wie die Unfälle in so großer Zahl im Hafen auf den Schiffen entstehen könnten. Ob die Herren durch diese einmalige Rundfahrt und Besichtigung nun ein klares Bild von der ganzen Weise der Arbeit im Hafen gewonnen haben? Man wird's abzuwarten haben.

w. **Die Ausreise verzögert.** Als der Dampfer „Cap Blanca" der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft von hier nach Südamerika abgehen sollte, verspürte man brenzlichen Geruch aus den Kohlenbunkern. Der Dampfer wurde gestoppt und im Jonashafen an den Pfählen festgelegt. Man alarmierte die Feuerwehr, die sofort an Bord kam. Aus den Bunkern wurde eine Partie Kohlen herausgenommen, doch konnte man kein Feuer finden. Nachdem man dann die Kohlen wieder in die Bunker gebracht hatte, ist der Dampfer heute Abend von hier abgegangen.

w. **Unglücksfälle.** Auf dem im Hansahafen liegenden englischen Dampfer „Gipsy" ist der Arbeiter J. J. Friem von Deck abgeglitten und in den Unterraum gestürzt. Der Verunglückte hat bedeutende innere Verletzungen erlitten. Der Verletzte wurde auf dem Schleppdampfer „Carla" nach dem Hafentor und von dort ins Hafenkrankenhaus gebracht. — Der Matrose C. C. Teetz, welcher auf dem Leichter „Havel" bedienstet ist, erlitt eine schwere Verletzung, als er einen Haken in das Want aufhängen wollte. Der Haken fiel zurück und dem T. ins rechte Auge. Der Mann wurde nach dem Hafenkrankenhause gebracht. Man nimmt an, daß die Sehkraft des Auges erhalten bleibt. — Auf dem im Segelschiffhafen liegenden Hamburger Dampfer „Pylos" ist der Kornarbeiter G. H. Schwenke beim Löschen von Getreide verunglückt. Ein Getreidekorb hakte unter der Laufplanke fest, wodurch der Mann von der Planke in den Raum stürzte, im Zwischendeck auf einen Scherstock aufschlug und dann in den Unterraum fiel. Sch. hat einen Kreuzbeinbruch erlitten. Der Schwerverletzte ist auf einem Rundfährdampfer nach dem Hafentor und dann nach dem Hafenkrankenhause gekommen.

w. **Durch Kohlengase erstickt.** Auf dem im Zollkanal liegenden Schleppdampfer „Windsfall" ist der Decksmann Carl Grevesmühlen heute Morgen in seinem Logis erstickt aufgefunden. Der Genannte hat dem Anschein nach die Klappe zum Logis geschlossen, so daß die Kohlengase des Ofens nicht abziehen konnten. Die Leiche des Erstickten ist nach der Leichenhalle des Hafenkrankenhauses gebracht worden.

w. **Auf hoher See gestorben** ist der Matrose L. Lagada, der auf der englischen Bark „Huwth" bedienstet war. Der Mann starb am 1. Dezember. Da das Schiff sich nahe bei Land befand, wollte der Kapitän den Verstorbenen nicht ins Meer bestatten. Als das Schiff hier im Segelschiffhafen festgelegt war, wurde die Leiche durch die Sanitätskolonne nach der Leichenhalle des Hafenkrankenhauses gebracht.

w. **Vermißt** wird seit 2. d. der Schiffszimmermann Adolph Gentz, welcher auf dem Dampfer „Portia" bedienstet ist. Man mutmaßt, daß der Mann verunglückt ist. Der Vermißte ist eine große, kräftige Figur mit dunklem Haar und starkem Schnurbart. — Vermißt wird seit 3. d. der Matrose S. H. C. Tegtmeyer, der auf dem Hamburger Dampfer „Talti" bedienstet ist. Auch hier vermutet man, daß ein Unglücksfall vorliegt.

r. **Einen Bruch des linken Armes** zog sich heute Morgen der auf dem Kleinen Grasbrook beschäftigte Arbeiter Nagorsky zu, als er infolge eines Fehltritts beim Beladen eines Güterwagens aus dem Wagen fiel.

Bei der Beraubung eines Wagens, der, mit Spirituosen in Fässern und Demijohns beladen, in der Düsternstraße stand, wurden zwei Personen abgefaßt, als sie sich mit einem Demijohn Kümmel entfernen wollten. Nachher wurde noch ein dritter Kumpan, der Schmiere stand, festgenommen.

Ein Brand brach heute Abend 6¼ Uhr im Lagerkeller der Kaufleute Pein u. Aron in der Markusstraße 1 aus. Der Schaden an dem Warenbestand (Galanteriewaren, Gummibälle, Gummikämme ꝛc.) ist nicht groß.

Parteinachrichten

Nieder mit dem Dreiklassenparlament! Zur Eröffnung des preußischen Geldsackparlaments, genannt Landtag, bringt unsere Parteipresse, soweit sie in Preußen gelesen wird, geharnischte Aufrufe zum Kampf gegen das elendeste aller Wahlsysteme und für das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht. Noch einmal werden die volksfeindlichen Taten des Junkerparlaments aufgezählt und gebrandmarkt, wird die Unverschämtheit der preußischen Klassen- und Geldsackspolitik gekennzeichnet. Das preußische Proletariat ist nicht gewillt, seine politische Entrechtung noch länger geduldig hinzunehmen. Darüber läßt sein Sprachrohr, die Arbeiterpresse, keinen Zweifel aufkommen. Das preußische Proletariat wird den Kampf aufnehmen und ihn zum guten Ende führen, deß sind wir gewiß!

Als gute Vorbedeutung zum preußischen Wahlrechtskampfe ist die Meldung aufzufassen, daß der Breslauer Staatsanwalt die Nr. 283 der „Volkswacht" mit dem Wahlrechtsaufruf konfisziert hat.

Der Wahlrechtskampf unserer sächsischen Parteigenossen bringt frisches Leben in die Reihen der Arbeiterschaft. Das zeigt sich auch in der Nachfrage nach der Parteipresse. In Dresden wurden am Montag 3000 Exemplare der „Arbeiterzeitung" mehr abgesetzt als sonst.

Für die Opfer der russischen Revolution bewilligte der Parteivorstand aus der Zentralkasse abermals ℳ 25 000. Die Gesamtsumme der bisher eingegangenen Gelder beträgt ℳ 161 619,02.

Ein alter Parteiveteran und Barrikadenkämpfer, der Genosse Hasenstein in Bockenheim, ist zur großen Armee übergegangen. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 80 Jahren. Er wurde in Schlüchtern geboren und kam im tollen Jahr 1848 als 22jähriger Schneidergehülfe nach Frankfurt. Hier war er an dem Bau der Barrikaden mit demselben Mut beteiligt, wie an dem Aufstand in Baden.

Hamburgische Staats- und Gemeinde-Angelegenheiten.

39. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft.

Mittwoch, 6. Dezember, 7½ Uhr Abends.

Vorsitzender: Präsident Engel.

1. Wahlen:

a) von Mitgliedern von Verwaltungsbehörden.

Gewählt werden: Georg Friedrich Carl Ulrbach, Dr. Hans Georg Knauer, Dr. Ernst Friedrich Goverts, Johann Carl August Jauch.

b) eines Mitgliedes der Behörde für das Schankkonzessionswesen.

Gewählt wird Wilhelm Johann Carl Prüssing.

c) von Steuerschätzungsbürgern.

Gewählt werden die Vorgeschlagenen.

d) von sechs nichtrechtsgelehrten Mitgliedern der Schätzungskommission für Expropriationssachen.

Gewählt werden: Eduard Falckenberg, Hermann Wilhelm Rudolf Eggers, August Carl Alexander Witte, Charles Arthur Hunwald, Julius Eduard Findeisen, Heinrich Adolph Emil Langenbeck.

e) eines Ausschusses von zehn Personen zur Prüfung der Frage, ob bei Fertigstellung der Vorortsbahnvorlage, insbesondere bezüglich der Durchbruchstraße, Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Gewählt werden: Dr. Brabrand, Fahr, Dr. Koyemann, Mathies, Paeplow, Peters, Prahl, Dr. Stemann, Wessely, Dr. Wex.

f) eines Ausschusses von zehn Personen zur Prüfung des Antrages des Senats, betreffend Neuregelung des Revierlotswesens auf der Unterelbe.

Gewählt werden: Dr. Dränert, Garrels, Heidmann, Kümpel, Lütgens, Marquard, Dr. Mönckeberg, Dr. Fritz Müller, Schaumburg, Julius Sievers.

2. Antrag des Senats, betreffend Ausdehnung der Schwesternpflege.

Der Senat beantragt Ausdehnung der Schwesternpflege auf das Hafenkrankenhaus.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

3. Antrag des Senats, betreffend Nachbewilligung von ℳ 10 000 auf Art. 122 Rubr. 15 des diesjährigen Staatsbudgets.

Der Senat ersucht um Zustimmung der Bürgerschaft.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

4. Antrag des Senats, betreffend Nachbewilligung von ferneren ℳ 300 000 auf Art. 146 des Staatsbudgets für 1905, „Unvorhergesehene Ausgaben".

Der Senat ersucht um Zustimmung der Bürgerschaft.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

4a. Antrag, betreffend Nachbewilligung auf das Budget der Gewerbeschule.

Der Senat beantragt Nachbewilligung von insgesamt M. 48 000.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

5. Antrag des Senats, betreffend Vertrag mit J. H. F. Zollischeck Testament über die Verlängerung der Heilwigstraße.

Der Senat beantragt Mitgenehmigung des Vertrages.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

6. Antrag des Senats, betreffend Vertrag mit C. H. J. Stoldt über Verkauf einer Fläche Staatsgrund an der Stückenstraße.

Der Senat beantragt Mitgenehmigung des Verkaufsvertrages.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

7. Bericht des Ausschusses zur Prüfung des Senatsantrages, betreffend Vorschreibung einer Straßenlinie für die Grundstücke Bleichenbrücke 10—18.

Der Ausschuß beantragt Mitgenehmigung des Senatsantrages.

Der Antrag wird debattelos endgültig angenommen.

8. Bericht des Ausschusses zur Prüfung des Antrages des Senats, betreffend Revision des Wohnungspflegegesetzes (Fortsetzung der Beratung).

Als Senatskommissare erscheinen Senator Dr. Schröder, Physici Dr. Sieveking und Dr. Pfeiffer, Inspektor Grunker.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

Stolten (SD.) und Genossen beantragen: 1. Im § 1 al. b sind die Worte „und deren Benutzung von ungünstigem Einfluß auf die Wohnräume ist" zu streichen. 2. Im § 4 Abs. 1 sind die Worte „höchstens 18" zu streichen. Im Abs. 3 wird vor den Worten „ein Wohnungspfleger" das Wort „mindestens" eingefügt. 3. Der Schlußsatz des § 6 Abs. 7: „Die gleiche Befugnis hat der Kreisvorsteher wird gestrichen. 4. Im § 5 Abs. 1 al. a ist das Wort „sanitätspolizeilichen" zu streichen. Im al. d werden die Worte „andauernde" und „in Wohn- und Schlafräumen" gestrichen. Zu § 5 Abs. 2 Wiederherstellung der Senatsvorlage. 5. Der Schlußsatz des § 8 Abs. 2 von „Solche Genehmigung" bis „zu ermöglichen sein würde" ist zu streichen. 6. Die Frist im § 10 Abs. 2 wird auf sechs Monate bemessen. Wiedereinfügung des Abs. 3 von § 9 der Senatsvorlage. 7. Zu § 12 Abs. 1 Wiederherstellung der Senatsvorlage. Der in Abs. 4 vorgeschriebene Luftraum ist auf 9 cbm bezw. 18 cbm zu bemessen. Zum Abs. 5 Wiederherstellung der Fassung der Senatsvorlage mit der Aenderung, daß der vorgeschriebene Luftraum auf 6 cbm bezw. 12 cbm bemessen wird. Im Abs. 6 sind die Worte „oder besondere Billigkeitsgründe vorliegen" zu streichen. Die Abs. 8, 9 und 10 sind in der Fassung der Senatsvorlage wiederherzustellen. 8. § 13 ist zu streichen. 9. Zu § 14 Wiederherstellung der Senatsvorlage. 10. § 17 ist nach der Fassung der Senatsvorlage wiederherzustellen.

Heubel (Z.) beantragt: § 10. Streichung des Abs. 2. Eventualantrag: Im Falle Ablehnung vorstehenden Antrages: Annahme des Abs. 2 der Beschlüsse erster Lesung an Stelle des Abs. 2 zweiter Lesung. § 11 Abs. 1: Einfügung des Wortes „Heizungsanlagen" hinter „Entwässerungsanlagen". Abs. 3: Streichung der Buchstaben „en" hinter „kräftig". § 12. Streichung der Abs. 2 und 3. Abs. 8 wie folgt: Der Grundeigentümer hat dafür zu sorgen, daß den Bewohnern der Mietwohnungen eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende genügende Anzahl gesetzlich eingerichteter Aborte zur Verfügung steht. Die Aborte sollen, sofern sie nicht in der Wohnung selbst anzulegen sind, in tunlichster Nähe derselben liegen. Abs. 9 letzter Satz wie folgt: „daß auf jede Zapfstelle im Höchstfalle 10 Haushaltungen entfallen." Abs. 11. Die Abänderungen, welche zur Erfüllung der in dem vorhergehenden Absatze enthaltenen Vorschriften an vorhandenen Wasserbehältern erforderlich werden, haben innerhalb zweier Jahre, vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an gerechnet, zu erfolgen. Die Kreisversammlung ist befugt, in dringenden Fällen zu bestimmen, daß die Aenderungen in kürzerer Frist vorgenommen werden.

Dr. Mittelstein (N.) und Genossen beantragen: I. § 1 Nr. 1b erhält folgende Fassung: b) solcher Läden, Werkstätten und Arbeitsräume nebst Zubehör, welche mit der Wohnung in enger Verbindung stehen. — II. § 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung: Auf Kontorräume, in denen Angestellte ständig beschäftigt werden, finden die Vorschriften dieses Gesetzes mit der Maßgabe Anwendung, daß an solche Räume nur die im § 12 Nr. 1, Nr. 8 Satz 1 und Nr. 10 bezeichneten Anforderungen gestellt werden dürfen. — III. § 6 Nr. 3 wird gestrichen und § 6 Nr. 2 wie folgt gefaßt: 3. Der Kreisvorsteher hat über die Behandlung der ihm zur Kenntnis gebrachten Angelegenheiten zu befinden. Ist der betreffende Fall noch nicht durch einen Wohnungspfleger untersucht worden, so wird der Kreisvorsteher denselben in der Regel dem zuständigen Pfleger überweisen. Nach Eingang des Berichtes des Wohnungspflegers hat der Kreisvorsteher über die weitere Behandlung der Sache, erforderlichenfalls nach Einziehung technischer und amtsärztlicher Berichte, zu entscheiden. Er ist berechtigt, den Beteiligten Auflagen zu machen und falls denselben nicht nachgekommen wird, die Sache an die Kreisversammlung oder an die Behörde für Wohnungspflege abzugeben. Handelt es sich um größere bauliche Veränderungen oder um die Unbewohnbarkeit von Räumen für Wohn- oder Schlafzwecke, so soll der Kreisvorsteher, sofern nicht besondere Eile geboten ist, die Sache an die Kreisversammlung abgeben. Für den Fall der Ablehnung wird beantragt, in § 6 Nr. 3 zu streichen die Worte: „den Pfleger und". — IV. Der § 6 Nr. 5 erhält in Verbindung mit § 18 folgende Fassung: Von der Ueberweisung einer Sache an die Kreisversammlung bezw. der direkten Ueberweisung an die Behörde für Wohnungspflege ist den Beteiligten Mitteilung zu machen mit dem Hinweis, daß sie verlangen können, im ersteren Fall von der Kreisversammlung, im zweiten Falle von der Behörde für Wohnungspflege persönlich oder durch einen Vertreter gehört zu werden. Solches Verlangen ist im ersteren Fall innerhalb einer Woche nach Eingang der Mitteilung, im zweiten Fall umgehend im Bureau der Behörde für Wohnungspflege zu stellen. — V. In § 5 Nr. 1d wird das Wort „andauernde" gestrichen. — VI. Wiederherstellung des § 9 Abs. 3 der Senatsvorlage als § 10 Nr. 3. — VII. In § 11 Nr. 3 wird das Wort „Etagenhäusern" ersetzt durch die Worte: „Häusern mit mehreren übereinander liegenden Wohnungen". — VIII. § 12 Nr. 1 erhält den Zusatz: . . . .; „sie dürfen nicht gesundheitsschädlich feucht und nicht baulich verwahrlost sein." — IX. In § 12 Nr. 6 wird 1. im Satz vor „Ermäßigungen" eingeschaltet „von der Kreisversammlung". 2. der Satz 2 erhält den Zusatz: „Bis zu diesem Termin gilt die Vorschrift des § 11 Abs. 2 des bisherigen Wohnungspflegegesetzes". — X. § 12 Nr. 9 wird in der Fassung des Senats wiederhergestellt („10" statt „12" Haushaltungen.) — XI. § 12 Nr. 10 wird in der Fassung des Senats wiederhergestellt, jedoch das Wort „sonstigen" vor „Bestimmung" gestrichen. — XII. § 13 wird gestrichen. — XIII. § 14c und e werden ersetzt durch § 12c der Senatsvorlage. — XIV. § 17 Satz 2 erhält folgende Fassung: „Ein Verwalter kann wegen Nichterfüllung dieser Pflichten nicht persönlich verantwortlich gemacht werden, wenn er glaubhaft macht, daß ihm in seiner Eigenschaft als Verwalter die Mittel für die geforderten Aufwendungen nicht zur Verfügung stehen". — XV. § 18 wird gestrichen (ersetzt durch die Ziffer 5 des § 6).

Dr. Cohen (L.) beantragt: 1. in § 6 die Ziffern 3 und 4 der Ausschußvorlage zu tauschen, 2. der Ziffer 5 des § 6 — und zwar sowohl für den Fall, daß die Ausschußvorlage, als auch daß der Antrag von Dr. Mittelstein und Konsorten angenommen wird — folgenden Zusatz hinzuzufügen: „Als Beteiligter gilt in solchen Fällen, in welchen bauliche Veränderungen oder das Verbot der Benutzung von Räumen zu Wohnungen in Frage steht, stets auch der Grundeigentümer,", 3. in Ziffer 3 des § 11 die Worte: „sofern sie nicht zum Oeffnen nach dem Freien eingerichtete Fenster haben" abzuändern wie folgt: „sofern sie nicht zum Oeffnen nach dem Freien eingerichtete Fenster haben und Aborte an ihnen liegen".

Senator Dr. Schröder: Die ehemalige festungsmäßige Umwallung Hamburgs hatte eine starke bauliche Ausnutzung zur Folge. Erst nach dem großen Brande wurde begonnen, Abhülfe zu schaffen. Die baupolizeilichen Maßnahmen, welche im Laufe der Jahre getroffen wurden, erwiesen sich nicht als ausreichend. Man mußte sich einer systematischen Wohnungspflege zuwenden. Zunächst ging man nur tastend vor; es handelte sich um Versuche. Bald machte sich die jetzt erfolgte Revision des Wohnungspflegegesetzes notwendig. Diese ist manchen zu weit, manchen nicht weit genug gegangen. Daraus darf man wohl schließen, daß der Senat im wesentlichen das Richtige getroffen hat. Wir haben die Sache in die Hände unserer Mitbürger gelegt; das wird genügen, Härten zu verhindern. Die bestehenden Vorschriften haben sich als absolut unzureichend erwiesen. Wir können z. B. nicht die dauernde Reinhaltung der Wasserkästen erzwingen; nicht einmal eine einfache Bedeckung können wir gesetzlich fordern. Ein Wohnungspflegegesetz muß an solchen Zuständen rütteln können. Rückwirkende Kraft ist notwendig; soweit offenkundige Schäden in Frage kommen. Das hat auch der verstorbene Bürgermeister Dr. Hachmann gewollt. Das Gesetz darf und soll sich nicht nur auf Neubauten beschränken. Bestehende Zustände dürfen nur respektiert werden, soweit wir es verantworten können. Licht und Luft, wertvollste Güter namentlich für die arbeitende Klasse, wollen wir erhalten. (Bravo!)

Dr. Roth (L.): Die Wasserkastenreinigung wäre durch Schaffung direkten Wasseranschlusses schon zu erreichen gewesen. Das wäre der richtige Weg, der bestehenden Kalamität abzuhelfen. Die Behörden hätten schon früher energischer den Grundeigentümern gegenübertreten sollen. Nicht nur die alten, auch neue Bauten entsprechen in keiner Weise modernen Anforderungen. Ich verweise nur auf die linke Seite des Steindamms. Wir kommen 25 Jahre zu spät mit unseren Maßnahmen. Der „Raubbau", über den man klagt, war doch nur möglich mit behördlicher Konzession.

Heßlein (L.): Ein Wohnungspflegegesetz müssen wir haben. Ich urteile da als Grundeigentümer ganz objektiv, aber ich berufe mich auch auf meine praktische Erfahrung. Der furchtbare Fehler der Behörde ist, daß die Wohnungspfleger nicht instruiert sind, ihr Amt im Interesse der Gesamtheit zu verwalten. Sie haben sogar Spionage getrieben. (Oho! Lärm.) Die Herren waren z. T. beauftragt, das betreffende Haus vom Keller bis zum First zu untersuchen. (Sehr richtig!) Nein, sehr verkehrt! Die besseren Wohnungspfleger haben das auch nicht getan. (Lachen und Unruhe.) Es ist nicht wahr, daß im Ausschusse nur das Interesse der Grundeigentümer gewahrt sei. (Stolten: Na!) Nein, ebenso sehr ist für die Mieter gesorgt worden. Es ist vorgekommen, daß bei einem mutmaßlichen Schimmel (Stürmische Heiterkeit) zwei Physici die Wohnung untersucht haben. Die Herren haben absolut nichts von der Sache verstanden. (Oho! Heiterkeit!) Solche Kleinigkeiten sollte man nicht bis zur störenden Belästigung aufbauschen. Aus Eigensinn hat man um eine lumpige Sieltrommel langwierige Prozesse geführt. Machen wir die Waffen nicht zu scharf! Lehnen Sie die Anträge des Ausschusses nicht ab! Sie würden es bereuen! Die Auflage der Polizei in solchen Dingen wirkt, als wenn die Pistole auf die Brust gesetzt wird. (Lachen und Zurufe!) Ich hoffe, daß das Gesetz mit größter Milde gehandhabt werde!

Senator Dr. Schröder: Die vom Vorredner der Behörde gemachten Vorwürfe sind völlig ungerecht. (Zustimmung.) Wir haben nur das Allergröbste beseitigt und sind oft allzu großer Milde geziehen worden. Ich bin den Herren Wohnungspflegern dankbar für ihren Eifer und ihre Pflichttreue. Ihr Amt ist ein polizeiliches und kein angenehmes. Die meisten sind bereit, ihr Amt weiterzuführen. Das Wort von der Spionage hätte Herr Heßlein sich ersparen können, wenn er sich überzeugt hätte, welche Pflichten das Gesetz den Wohnungspflegern auferlegt. Sie hätten noch weit mehr und gründlicher geprüft, wenn sie nicht mit Arbeiten überlastet gewesen wären. Die meisten Verhandlungen auf Grund erstatteter Anzeigen haben sich in aller Güte abgespielt. Den Renitenten hat man allerdings, und zwar mit Recht, auf die Finger geklopft. Die Physici sind stets mit Fug und Recht hinzugezogen, wo Gesundheit und Leben der Bewohner in Gefahr waren. Wo dies der Fall war, sind wir allerdings pflichtgemäß energisch vorgegangen. Ueber die Handhabung des Gesetzes haben sich die Grundeigentümer im allgemeinen nicht beklagt. (Bravo!)

Stolten (SD.): Als seinerzeit beschlossen wurde, das Gesetz nach fünf Jahren zu revidieren, geschah es aus zwei entgegengesetzten Gründen. Die Freunde hofften, es verschärfen, die Gegner, es abschwächen zu können. Das Gesetz verbessern, heißt es verschärfen. Es ist in der bisherigen Form allerdings nur ein Messer ohne Heft, an dem die Klinge fehlt. Das ist erklärlich aus der Zusammensetzung der Bürgerschaft, in der die Grundeigentümer dominieren. Daß die von dem Gesetz Betroffenen nicht angenehm berührt sind, ist zu verstehen. Aber — wem der Schuh paßt, sage ruhig: Ich bin dagegen! Leider hat der Ausschuß das Gesetz sehr abgeschwächt. Dankbar bin ich ihm für die Mitteilung der Beschlüsse seiner ersten Lesung. Ein Vergleich mit denen zweiter Lesung ermöglicht einen tiefen Einblick in die Psychologie des Ausschusses. Herr Heßlein redet freilich von Verschärfung; er muß an sehr stumpfe Messer gewöhnt sein. (Heiterkeit.) Er redete auch von dem Interesse der Mieter, deren angebliche Belästigung für die Grundeigentümer ins Feld geführt werden. Besondere Rücksicht hat der Ausschuß auf ältere Gebäude genommen und fordert sie auch von uns. Bisher ist aber schon viel zu viel und viel zu lange Rücksicht genommen. Allein sind aber die Behörden nicht daran schuld; die Bürgerschaft trägt eine weit größere Verantwortung. Vor der Choleraepidemie hätte man dem Senat die Vorlage einfach zerrissen vor die Füße geworfen. Der Ausschuß redet hier von Anschauungswechsel, berücksichtigt aber nicht den Wechsel der Zustände. Die engen Gänge, in die heute kein Mensch hineinziehen will, waren früher ganz wohnlich, weil sie nicht von hohen Mietskasernen umringt und um Luft und Licht gebracht wurden. (Zustimmung.) Ferner ist durch den Mangel an billigen Wohnungen eine Zusammenpferchung der Menschen auf geringem Raum verursacht worden, die man früher nicht kannte und die beim rapiden Wachsen der Bevölkerung immer ärger wird. Die Behörden haben daran insofern schuld, als sie nicht rechtzeitig für genügende Wohngelegenheiten sorgten; es ist daher erfreulich, daß am Montag unser diesbezüglicher Antrag angenommen wurde. Heute sind die Mieten zum Teil zu hoch, zum Teil die billigen Wohnungen zu knapp. Die erste Vorbedingung einer vernünftigen Wohnungspflege ist die Schaffung einer genügend großen Anzahl gesunder Wohnungen. Die Vorwürfe, die Wohnungspfleger seien zu rigoros vorgegangen, sind gänzlich unberechtigt. Sie hätten zahllose Wohnungen für unbewohnbar erklären dürfen zum Vorteil des Staates, der z. B. in der Neustadt unter diesen Umständen weit billiger hätte kaufen können. Wir würden gern in die Vorlage noch weit schärfere Bestimmungen bringen, verzichten aber darauf, weil wir glauben, daß die Senatsvorlage das augenblicklich Erreichbare darstellt. Unsere Anträge bedeuten daher im wesentlichen die Wiederherstellung der Senatsvorlage. Herr Heßlein schlägt freilich die Hände zusammen über dem frivolen Beginnen, die „schöne" Ausschußvorlage durch „Zufall" ändern zu wollen. Er mag sich beruhigen. Der Senat hat sicher sorgfältig abgewogen, wie sich sozialpolitischer Fortschritt und grundeigentümerlicher Einfluß vereinigen lassen. (Heiterkeit.) Ich bitte daher, unseren Anträgen zuzustimmen. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Eddelbüttel (Z.): Ich möchte im Interesse des Grundeigentums betonen, daß dieses sich mit den Ausführungen und besonders den Vorwürfen des Herrn Heßlein nicht identifizieren kann. Wohnungspfleger und Physici haben objektiv ihres Amtes gewaltet. Diese Anerkennung sind wir ihnen schuldig. — Es handelt sich bei der Revision des Gesetzes nicht um Verschärfung oder Milderung, sondern um Aenderung des wirklich Reformbedürftigen. Insofern ist Herr Stolten nicht unbefangen genug an das Gesetz herangetreten. In manchen Punkten ist tatsächlich eine Milderung angebracht. Es handelt sich nicht um Grundeigentümer-, sondern um allgemeine Interessen. Es ist leicht, das Höchstmaß des Erfüllbaren zu verlangen. Heute kann man für dieselbe Miete doch nicht dasselbe verlangen, wie vor 25 Jahren! Die Anträge Stolten werden in ihren Wirkungen auch den Mieter belasten. Das führt schließlich zur Abschaffung des Privateigentums. Das wollen wir nicht! Auf dem Boden der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse lassen sich so tiefeinschneidende Maßnahmen nicht durchführen. Wir wollen gern verbessern, aber Herrn Stolten können wir nicht folgen. (Bravo!)

Jul. Sievers (L.): Die Wohnungspfleger sind tatsächlich in manchen Fällen viel zu schroff vorgegangen. Die Grundeigentümer sind Verbesserungen im Interesse der Mieter nicht abgeneigt; man soll aber nicht Unbilliges verlangen. Den Sozialdemokraten kann nichts zu scharf werden, was zum Ruin der Grundeigentümer führt. (Heiterkeit.) Die Mieter verschmutzen oft in einem Jahre die Wohnungen bis zur Unbewohnbarkeit. Damit rechnen jene Herren nicht. Die Mieten sind heute noch nicht wieder da, wo sie vor 1892 standen. (Lebhafter Widerspruch.) Wohnungsnot existiert auch nicht. 9000 Wohnungen stehen leer. (Zuruf: Welcher Art?) Die Zusammenpferchung der Leute beruht auf dem Aftermieter- und Einlogiererunwesen, dem die Wohnungspfleger lieber ihr Augenmerk zuwenden sollten.

Prahl (L.): Die Anforderungen hinsichtlich des Geschmacks usw., die an die Wohnungen gestellt werden, sind heute weit größer als früher. Die Leute sind zur Zeit sehr verwöhnt. Die Baupolizei ist viel zu liberal, sie achtet nicht auf die verwerflichen Praktiken der Baulöwen, die mit dem schlechtesten Material und mit der größten Sorglosigkeit die Häuser zurechtbauen. Nachher haben wir die ungesunden Wohnungen. Der berühmte „Schimmel" ist an sich nichts Gefährliches; bei genügendem Lüften läßt er sich beseitigen. Wohnungspflege ist notwendig, weil viele unordentliche Menschen, namentlich Mieter, zur Ordnung erzogen werden müssen. Die Pfleger kümmern sich vielfach um Kleinigkeiten, die sie m. E. nichts angehen. Wenn man keinen anderen Sündenbock finden kann, geht man auf die Grundeigentümer los! Das ist ungerecht. Wir sind jederzeit bereit, Hand in Hand mit den Behörden verständige Maßregeln zu treffen. (Bravo!)

Schmidt (L.): Hamburg ist eine der ersten Städte, die ein Wohnungspflegegesetz schufen, wie ich gegenüber Herrn Stolten bemerken will. Die Wohnungsnot ist wesentlich durch die Bestimmungen über die Wohnhöfe mit verursacht worden, die später wieder abgeändert wurden. Von einem Wohnen in den Küchen kann bei den räumlichen Abmessungen nicht die Rede sein. — Redner geht noch auf zahlreiche Einzelheiten ein, die auf der Tribüne unverständlich bleiben.

Dr. v. Reiche (Z.): Die Angaben des Herrn Sievers über unbewohnbare Wohnungen treffen nicht zu. Die Behörde verfährt in solchen Fällen sehr gründlich und umständlich. Heßlein hat durch den Vorwurf der Spionage die Pfleger schwer beleidigt. Das sollte er nicht getan haben. (Sehr richtig!)

Schweimler (L.): Ich bedaure lebhaft, daß der Ausschuß manches beseitigt hat, was der Senat geschaffen; ich hoffe, daß das Plenum die Senatsvorlage wieder herstellen wird. So hat man leider die 6 Monate Austrocknungsfrist für Neubauten auf 3 herabgesetzt, auch die Bestimmungen über das Einlogiererwesen verschlechtert usw. Als abgedankter Wohnungspfleger konstatiere ich, daß der Vorwurf Heßleins von der Spionage in keiner Weise zutrifft. Die Pfleger sind einfach durch das Gesetz verpflichtet, das zu tun, worüber sich Herr Heßlein beschwerte. Ich bedauere lebhaft, daß solche Vorwürfe erhoben werden, statt daß man den Leuten für die Erfüllung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit Dank abstattet. (Bravo!)

Prahl (L.) polemisiert gegen Schmidt. Es komme vor, daß Mieter, um aus Wohnungen außerkontraktlich herauszukommen, künstlich die Räume verschimmeln ließen. (Heiterkeit.)

Heßlein (L.): Es hat mir ferngelegen, die Wohnungspfleger persönlich zu rügen; meine Vorwürfe galten der ihnen erteilten Instruktion. Wenn sie wirkliche Mißstände aufdecken, sind die Hausbesitzer ihnen dankbar.

Damit schließt die allgemeine Beratung.

Dr. Cohen (L., Schlußwort als Berichterstatter): Im Ausschuß hatten wir Beistand von Wohnungspflegern und Architekten, so daß, obwohl die Grundeigentümer an sich nicht die Mehrheit hatten, unsere Milderungsanträge durchgehen mußten. In einzelnen Fällen aber ist der Ausschuß auch über die Vorlage hinausgegangen; er ist also in keiner Weise einseitig vorgegangen; er hat auch im Interesse der Mieter Aenderungen getroffen. Auch durch Verschärfungen des Wohnungspflegegesetzes werden die Wohnungen verteuert. Im Ausschuß sind auch mannigfache Härten konstatiert worden. Herr Stolten hat offene Türen eingerannt. Wir gehen betreffs der Wohnungspflege anderen Staaten mit leuchtendem Beispiel voran. Nur das Interesse des Staates war bei unseren Beratungen maßgebend. Das Rückwirkungsprinzip können wir nicht anerkennen, wenigstens müssen wir verlangen, daß gewisse Grenzen innegehalten werden. Die Instandhaltung der Bestandteile des Hauses und gewisse Rücksichtnahme auf Luft und Licht werden wir rückwirkend verlegen können. Darüber hinaus kann aber nicht das Wohnungspflege-, sondern nur das Sanierungsgesetz in Kraft treten. Die Beschlüsse erster Lesung zeigen, daß der Ausschuß nicht etwa halsstarrig an seiner Auffassung festgehalten, sondern billigen Gegengründen Rechnung getragen hat. Er wollte nicht parteiisch nach irgend einer Richtung handeln und glaubt nach bestem Wissen seine Pflicht zum Segen der Vaterstadt getan zu haben. (Bravo!)

Dr. v. Reiche (Z., persönlich) polemisiert gegen eine Aeußerung Heßleins.

Es folgt die Einzelberatung.

Zunächst liegen vor die Anträge Stolten 1 und Dr. Mittelstein I.

Paeplow (SD.): Uns ist nicht klar, wie man feststellen will, ob Läden, Werkstätten und Arbeitsräume von ungünstigem Einfluß auf die Wohnräume sind. Daher bitten wir um Streichung.

Dr. Mittelstein (N.): Wir haben dem Antrage Stolten nur zugefügt „nebst Zubehör." Das ist klarer. Paeplow hat recht, daß der Passus, wie er beantragt, gestrichen werden muß, weil er gar nicht dorthin gehört. Die Einschränkung, daß Räume nur betreten werden dürfen, die von ungünstigem Einfluß sind, ist unlogisch, da ja dieser Einfluß erst nach Betreten festgestellt werden kann.

Heubel (Z.) spricht sich für den Antrag Mittelstein aus.

Dr. Cohen (L.) begründet den Ausschußantrag.

Senator Dr. Schröder: Ich bitte den Zusatz zu streichen, welcher durchaus unzweckmäßig ist und die praktische Handhabung des Gesetzes hindert.

Gérard (Z.) polemisiert gegen Dr. Cohen.

Heßlein (L.) bekämpft die Anträge Stolten-Dr. Mittelstein. Der Wohnungspfleger solle nicht nach Belieben, sondern, wenn eine triftiger Grund vorliege, einschreiten.

Gérard (Z.): Heßleins Deduktionen sind ganz verkehrt.

Dr. Cohen (L.): Die Kompetenzen der Pfleger sollen nicht beschnitten werden.

Senator Dr. Schröder erwidert.

Der Antrag Dr. Mittelstein wird angenommen, ebenso der Antrag Stolten.

Es folgt der Antrag Dr. Mittelstein II.

Dr. Mittelstein (N.) begründet den Antrag, der darauf angenommen wird.

Es folgt der Antrag Stolten 2 Abs. 1.

Paeplow (SD.): Unser Antrag bezweckt Herstellung der Senatsvorlage. Es ist gar nicht abzusehen, welche Ausdehnung die Bezirke im Laufe der Zeit durch wachsende Anbauung erfahren können.

Senator Dr. Schröder: In der Praxis wird man schwerlich zur Teilung der Kreise kommen; dennoch halte ich es für ratsam, dem Antrage Stolten aus den vom Vorredner angeführten Gründen zuzustimmen.

Dr. Mittelstein (N.) bittet, dem Ausschusse die Genugtuung der Annahme seines Antrages zu bereiten. (Heiterkeit.) 18 Bezirke pro Kreis dürften das mögliche Maximum bedeuten.

Senator Dr. Schröder: Zu berücksichtigen ist hierbei noch, daß wir künftig keine Stellvertreter, wie jetzt, haben werden.

Gérard (Z.): Stimmen Sie dem Senatsantrage zu. Das ist angesichts der hier konstatierten Ueberlastung der Pfleger notwendig.

Dr. Cohen (L.): Im Ausschusse haben die Senatskommissare nicht mehr gefordert. Je mehr Pfleger, je mehr Kosten werden wir haben.

Der Antrag Stolten Abs. I wird angenommen.

Es folgt der Antrag Stolten 2 Abs. 2.

Paeplow (SD.): In manchen Bezirken werden auch später Stellvertreter notwendig sein. Daher sollte man sagen, daß mindestens ein Wohnungspfleger zu bestellen ist. In dem großen Arbeiterviertel, in dem ich wohne, habe ich noch nie etwas von Wohnungspflege gehört.

Senator Dr. Schröder: Die Dinge liegen tatsächlich so, daß die Annahme des Antrages durchaus praktisch erscheint.

Schmidt (L.): Die Bezirke werden so klein, daß bequem ein Pfleger seines Amtes walten kann. Stellvertreter halte ich nicht für zweckmäßig.

Senator Dr. Schröder: Die Stellvertreter bewährten sich nicht, weil sie nicht für voll angesehen wurden. Hier soll ja aber auch etwas ganz anderes geschaffen werden. Wünschenswert ist es, dem Antrage gemäß zu verfahren.

Dr. Wentzel (N.) bittet um Ablehnung des Antrages Stolten. Es werde sich ja leicht ein Bezirk neu bilden lassen.

Der Antrag Stolten wird abgelehnt.

Es folgt zunächst der Antrag Dr. Mittelstein III.

Dr. Mittelstein (N.) begründet den Antrag. Es sei notwendig, den Gang der Geschäfte möglichst genau zu regeln. Es empfehle sich nicht, alle Sachen an die Kreisversammlung gehen zu lassen; das bedeute eine allzu starke Belastung der Beteiligten. Nur bei wichtigeren Sachen dürfe die Kreisversammlung berufen werden.

Dr. Cohen (L.): Es handelt sich um eine einschneidende Frage. (Große Unruhe; Rufe: Vertagung.)

Unter großer Heiterkeit wird Vertagung beschlossen.

Schluß 10¾ Uhr.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung.

Berlin, den 6. Dezember 1905, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Reichskanzler Fürst Bülow, Graf Posadowsky, Freiherr von Richthofen, von Einem, von Tirpitz, Frhr. von Stengel, Frhr. von Rheinbaben, Kraetke, Prinz Hohenlohe-Langenburg usw.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats, der Flottenvorlage und der Reichsfinanzreform. (Ueber die Steuerprojekte soll besonders verhandelt werden.)

Reichskanzler Fürst Bülow: Ich ergreife gleich im Anfang der Verhandlungen das Wort, um mit kurzen und sachlichen Worten die wichtigste diesjährige Vorlage, die Reichsfinanzreform, zu begründen. Von ihr hängt die äußere und innere Sicherheit, die Fortsetzung der Sozialreform, die Entwicklung der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande ab. Die Reichsfinanzen haben sich so ungünstig gestaltet, daß es die Pflicht der verbündeten Regierungen war, an das schwierige und unpopuläre Werk ihrer Reform zu gehen. Steuern sind nie populär; man zahlt sie weniger aus Patriotismus, denn aus Zwang, entzieht sich ihnen, wo immer man kann. Aber die verbündeten Regierungen mußten das Odium auf sich nehmen, mit einem großen Plane zur Sanierung der Finanzen vor den Reichstag zu treten; mit kleinen Mittelchen war nicht gedient. (Vereinzelter Beifall rechts.) Das Reich ist finanziell weit ungünstiger basiert, als etwa England und Frankreich; wir haben bisher von der Hand in den Mund gelebt und standen etwa alle 10 Jahre am Ende unseres Lateins. Das führte aber zu fortwährenden neuen Projekten, die wieder eine fortwährende Beunruhigung der Steuerzahler im Gefolge haben. 1879 erklärte Bismarck: jetzt ist das Reich nicht mehr ein lästiger Kostgänger der Einzelstaaten, sondern ein Kostgänger gleich einem König, der bei einem Privatmann wohnt. Aus dem König ist jetzt aber ein armer Reisender geworden. (Heiterkeit.) Die Zollpolitik des Fürsten Bismarck zielte gerade auf Entlastung der Einzelstaaten. Die Interessen der Einzelstaaten erfordern, daß die Matrikularbeiträge sich in mäßigen Grenzen halten; sonst gehen die Einzelstaaten zu grunde. Das war Bismarcks Meinung, das war auch Miquels Meinung, der in den Matrikularbeiträgen, die bekanntlich nach der Kopfzahl und nicht nach der Steuerkraft der Einzelstaaten erhoben werden, direkt eine Rückkehr zu der rohen Kopfsteuer des Mittelalters sah und den Ruin der einzelstaatlichen Finanzen prophezeite. Die Prophezeiung ist eingetroffen. Es ist im hohen Grade unstaatsmännisch und schlägt allen Grundsätzen der Volkswirtschaft ins Gesicht, laufende Ausgaben durch Anleihen zu decken, und der Beitrag hat auch nur in einem einzigen Falle eine solche Anleihe bewilligt. Ist doch ohne dies die Schuldenlast des Reichs hoch genug. Im Jahre 1875 war das Reich schuldenfrei, jetzt 1905, beträgt die Schuldenlast 3½ Milliarden! (Hört! hört! von vielen Seiten. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Darauf haben wir immer hingewiesen!) Prozentual sind die Schulden des Reiches in weit höherem Maße als die Schulden der übrigen europäischen Großstaaten gestiegen: um über 60 pZt. in einem Jahrzehnt, während die Steigerung in demselben Zeitraum in England z. B. nur 8 pZt., in Italien ca. 13 pZt. betrug. Und das alles, obwohl wir geradezu Virtuosen in der Sparsamkeit sind (Lachen bei den Sozialdemokraten, Heiterkeit im übrigen Hause) wie Ihnen nachher auseinandergesetzt werden wird. Die natürlichen Mehreinnahmen, die das Reich zu erwarten hat, werden vielleicht ausreichen, um die wachsenden Ausgaben für Heer und Marine, sowie für die Invaliden zu decken. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß nur die Ausgaben für militärische Zwecke und diese nur in Deutschland gestiegen seien: die Aufwendungen für Unterricht in Preußen z. B. und die Aufwendungen für die Flotte in England zeigen ebenfalls dieselbe steigende Tendenz. Das Reich hat aber noch eine Fülle anderer Aufgaben zu lösen, die es nicht zu erfüllen vermag, wenn seine Finanzen nicht von Grund auf saniert werden. Das Reich hat verschiedene Anläufe gemacht, um zu diesem Ziele zu gelangen, und es ist nicht gelungen. Es ist die wohlerwogene Absicht der verbündeten Regierungen, daß ohne neue Steuern oder ohne Erhöhung der bestehenden Steuern keine Sanierung der Finanzen möglich ist. Gewiß läuft die Reichsfinanzreform auf die Forderung neuer Steuern heraus: aber wer den Zweck will, wird auch das Mittel wollen müssen; hier heißt es: es fehlt an Geld, nun, schaffet Geld! (Heiterkeit.) Die verbündeten Regierungen haben sich aber bestrebt, die neuen Lasten auf möglichst viele und möglichst leistungsfähige Schultern zu verteilen und die Lebensbedürfnisse der breiten Masse möglichst zu schonen. (Lachen links.) Allerdings: da es nun einmal leider zu wenig Reiche gibt, so mußte die breite Masse mit herangezogen werden; aber wir wollen nicht ihre Lebens-, sondern nur ihre Genußmittel treffen. (Lachen links.) Gewiß waren und sind wir in erster Linie auf indirekte Steuern angewiesen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), auf die uns auch schon die Reichsverfassung weist. Aber die Belastung der Bevölkerung Deutschlands durch indirekte Steuern ist nicht höher, das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern ist in Deutschland nicht ungünstiger als anderswo. (Der Reichskanzler verliest eine lange Tabelle.) Dazu kommt, daß z. B. die Schullasten, in erster Linie die Volksschullasten, aus Gemeinde- und Staatssteuern bestritten werden, die durchweg von den Besitzenden getragen werden. Fürst Bismarck war — von seiner Referendararbeit, die diesen Punkt behandelte, bis an sein Lebensende — stets ein Anhänger der indirekten Steuern und bestritt, daß die ärmeren Klassen sich schlecht unter dem Regiment indirekter Steuern stehen. Nur unter schweren Bedenken haben sich die verbündeten Regierungen dazu entschlossen, Ihnen eine Reichserbschaftssteuer vorzuschlagen, die unter allen Umständen einen Eingriff in die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten darstellt (Sehr richtig! rechts), die das unbewegliche Kapital härter trifft als das bewegliche (Sehr richtig! rechts), die unter Umständen eine störende Einmischung in die Verhältnisse der Familien bedeutet (Lebhafte Zustimmung rechts), und die aus allen diesen Gründen auf Widerstand beim preußischen Staatsministerium, besonders beim Finanzminister, stieß. Trotzdem haben wir Ihnen die Reichserbschaftssteuer vorgeschlagen, in der Erwägung, daß in anderen Ländern die Erbschaften stärker herangezogen werden. — Die weitere Darlegung der Steuervorschläge muß ich dem Herrn Staatssekretär überlassen. Vor zwei Jahren sagte ich dem Kaiser, daß nur drei Personen in Deutschland den Etat verstehen: Der Abgeordnete Eugen Richter, den wir leider nicht an seinem Platze sehen, der Direktor Aschenborn und der Freiherr v. Stengel. Der Abg. Eugen Richter würde, sagte ich weiter, kaum geneigt sein, einen Posten zu übernehmen, zu dem ihm Geist und Kenntnisse in erster Linie qualifizieren. (Große Heiterkeit.) Herr Direktor Aschenborn wäre über das Alter hinaus, wo es noch Spaß macht, Staatssekretär zu sein. Es blieb also nur der Frhr. v. Stengel. — Herr v. Stengel und die verbündeten Regierungen haben Ihnen diese Vorlagen nicht nach der Weise eines leichtsinnigen Studenten vorgelegt, der beim Vater einen Pump anlegen will (Große Heiterkeit), sondern in der festen Ueberzeugung der bitteren Notwendigkeit der vorgeschlagenen Steuern. Prüfen Sie die Vorlagen, meine Herren, und Sie werden finden, daß der Reichstag sich mit ihrer Annahme ein neues Ruhmesblatt erwerben wird. (Beifall.)

Reichsschatzsekretär Freiherr von Stengel: Ich werde mich kurz fassen, bitte es aber zu entschuldigen, wenn ich etwas von den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers wiederholen sollte, denn ich bin nicht in der Lage, meinen Gedankengang zu unterbrechen. (Redner gibt hierauf die übliche Uebersicht über das abgelaufene und das neue Finanzjahr, sowie über die Steuerpläne. Seine Ausführungen bleiben zum Teil wegen der im Hause herrschenden Unruhe, besonders aber wegen der leisen Redeweise, auf der Tribüne größtenteils unverständlich. Etwa dreißig Abgeordnete versammeln sich um den Redner. Aber auch sie scheinen ihn nicht recht zu verstehen. Nur einmal erschallt Heiterkeit aus ihren Reihen. Nach fünf viertel Stunden wird der Redner etwas eifriger und spricht wenigstens einzelne Worte mit stärkerer Betonung aus. Der Kreis der um ihn versammelten Abgeordneten ist immer dichter geworden. Der Rest des Reichstags hat sich in einzelne, lebhaft diskutierende Gruppen aufgelöst. Nach einer weiteren Viertelstunde betritt der Reichskanzler, der sich gleich nach Schluß seiner eigenen Rede entfernt hatte, wieder den Saal. Nachdem der Redner den Etat gründlich durchgegangen ist, geht er weiter auf die Finanzreform ein. Der Reichskanzler unterhält sich mit dem Prinzen Hohenlohe, der Admiral Tirpitz mit dem Reichspostsekretär Kraetke. Plötzlich hat der Redner geschlossen.)

Fritzen (Z.): Der Herr Staatssekretär hat in den wenigen Monaten seit Schluß des Reichstages eine große Arbeit geleistet, dafür gebührt ihm auf jeden Fall unser Dank. Aber, als wir im Mai auseinander gingen, glaubten wir alle, der Reichstag würde bereits im Oktober wieder zusammenberufen werden. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Die späte Einberufung ist außerordentlich bedauerlich. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wenn wir im Oktober zusammenberufen wären, würden wir bis zu den Weihnachtsferien schon ein großes Stück weiter sein. Glaubt denn einer in diesem Hause, daß wir mit dem Etat und mit den Steuergesetzen bis zum 1. April fertig werden können? (Zurufe links: Nein! Nein!) Die Steuergesetze sind bereits in den Etat hineingearbeitet worden. Ob das zweckmäßig war, lasse ich dahingestellt. Infolgedessen kann der Etat nicht eher verabschiedet werden, als bis die Steuergesetze perfekt sind. Es wird uns also nichts anderes übrig bleiben, als gewisse Teile des Etats, für die die Steuergesetze in Betracht kommen, herauszunehmen, um wenigstens den Hauptetat bis zum 1. April fertig zu stellen. Aber wird auch nur dieses Ziel in einem diätenlosen Reichstag möglich sein? (Sehr gut! links.) Wie kann man es den Abgeordneten zumuten, sich ohne Entschädigung ganz aus ihrem bürgerlichen Berufe loszureißen? Die Folge ist, daß eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten nicht mehr zusammenzubringen sein wird. Wir hegen die zuversichtliche Hoffnung, daß unser Antrag auf Einführung von Diäten diesmal Annahme findet. Sonst können wir keine Verantwortung übernehmen für die gedeihliche Erledigung der uns obliegenden großen Aufgaben. — Ich komme nunmehr zum Etat. Im Gegensatz zu früher bietet der Etat in der letzten Zeit nicht mehr ein Spiegelbild der inneren, sondern vielmehr der äußeren Lage. Bei einer blühenden Industrie und einer sich erholenden Landwirtschaft haben wir eine schlechte Finanzlage. Für die Kolonien allein werden 20 Millionen gefordert, die wir früher gar nicht kannten. Südwestafrika verlangt an außerordentlichen Ausgaben 103 Mill., die auf Anleihe genommen werden müssen. Kiautschou beansprucht 13½ Millionen und nach der Beendigung des großen ostasiatischen Krieges haben sich dort die Verhältnisse wesentlich geändert. Es wird sich zeigen, ob Japan, die neue Großmacht, es nicht als seine Aufgabe betrachtet, Kiautschou in seine Hände zu bringen. In Europa standen wir seit Jahren unter dem Drucke des Zweibundes und der Möglichkeit, einen Krieg zu Lande nach zwei Fronten führen zu müssen. Infolge des unglücklichen Krieges und der inneren Wirren, deren Ausgang sehr zweifelhaft ist und welche bei den großen Güterverkehr zwischen uns und Rußland auch für unsere Industrie sehr unangenehme Folgen haben, ist Rußland für kaum absehbare Zeit lahmgelegt. Das plötzliche Auftauchen der Marokkofrage hat gezeigt, wie der Friede in Europa nur an einem seidenen Faden hing. Den Bemühungen der Diplomatie ist es ja gelungen, die Gefahr zu beseitigen. Wir erwarten, daß der Herr Reichskanzler uns jetzt über die Marokkoangelegenheit sowie auch über die Stellung der Regierung zu den inneren Wirren in Rußland Mitteilung macht. Wir haben durchaus ein Interesse daran, in guten Beziehungen mit Frankreich zu leben (Bravo!) und ebenso mit England. Wir verfolgen ohne Neid die Entwicklung der englischen Industrie, erwarten aber auch dasselbe von den Engländern uns gegenüber. (Sehr richtig!) Ferner bitten wir den Herrn Reichskanzler um Auskunft über den ferneren Bestand des Dreibundes und Italiens Stellung zu uns. — Ich komme nun wieder zum Etat. In der Schuldensumme, die für Dezember angeführt wurde, stecken die preußischen Eisenbahnschulden, desgl. die badischen Eisenbahnschulden. Diese „Schulden" erfordern nicht nur Zinsen, sondern bringen im Gegenteil eine große Reineinnahme. Bringt man diese für produktive Ausgaben gemachten Anleihen in Abzug, so bleibt als deutsche Gesamtschuld nur eine Summe von etwa 7 oder 8 Milliarden übrig. Auch das Reich selbst steht nicht gar so ungünstig. Es hat eigene Einnahmen aus den Reichseisenbahnen und aus dem Bankwesen, im Gesamtbetrage von etwa 100 Millionen Mark jährlich. Das sind etwa vier Fünftel des Zinsbetrages für die Reichsschuld. Das ist gar nicht so ungünstig, besonders wenn man bedenkt, daß die meisten anderen Staaten keine produktiven Anlagen besitzen. England und Frankreich besitzen kein Staatseisenbahnsystem; Oesterreich nur ein sehr beschränktes. Im Etat für das Reichsamt des Innern befindet sich eine Forderung von M. 200 000 für die Hohkönigsburg. Als wir für die Restauration die letzte Rate bewilligt haben, waren wir der Ueberzeugung, daß dies bestimmt die letzte sein würde. Nun kommt wieder diese große Forderung. Es wird dem Herrn Staatssekretär schwer fallen, den Reichstag zur Bewilligung dieser Forderung zu bringen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Im Kolonialetat betragen die ordentlichen Ausgaben 26 Millionen. Zu dem außerordentlichen Etat von 170 Millionen haben wir, wie ich aus den Ausführungen des Reichsschatzsekretärs entnommen habe, einen Nachtragsetat für Ostafrika zu erwarten. Nicht billigen können wir die geplante Umwandlung der gehöchsten Verwaltungsstelle in kolonialen Dingen. Wir erwarten eine Reorganisation von unten auf (Sehr gut! im Zentrum), insbesondere in den örtlichen Verwaltungen in den Kolonieen. (Sehr gut! im Zentrum.) Dort gebrauchen wir bessere, tüchtigere Beamte, als wir bisher hatten. (Sehr wahr! im Zentrum.) Aber einen lichten strahlenden Punkt haben wir in unserer Kolonialpolitik, daß Gesetz über die Gewissensfreiheit und die Freiheit der Religionsübung in unseren Kolonien. Das steht im strikten Gegensatz zu der Praxis, wie sie leider in vielen deutschen Bundesstaaten noch herrscht (Lebhafte Zustimmung im Zentrum) und im wesentlichen die Forderungen unseres Toleranzantrages erfüllt. Dieser hat leider bei Reichstag und Regierung nur eine kühle Aufnahme gefunden; aber er wird wiederkommen, zweifeln Sie daran nicht, bis seine gerechten Forderungen erfüllt sind. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Im Militäretat sind erhebliche Mehrforderungen enthalten, die meist durch die zweijährige Dienstzeit und die Vermehrung der Präsenzstärke veranlaßt sind. Wir werden sie in der Kommission genau prüfen müssen. Beim Marineetat haben wir eine Menge neuer Ausgaben, zum Teil als Folge des neuen Flottengesetzes, zum Teil infolge der geplanten Erhöhung des Tonnengehalts und der Verbesserung der Armierung. Dazu kommt die Forderung für die Vergrößerung der Torpedoflotte. Die Begründung dieser Vorlagen ist sehr knapp, wir warten aber die Erklärungen des Reichsmarinesekretärs in der Kommission ab. Wir werden dieser Begründung mit aller Ruhe und allem Ernst, aber auch mit der nötigen Kritik gegenübertreten. (Beifall im Zentrum.) Erst muß die Finanzlage gebessert sein. Denn wir können kein Geld bewilligen, bevor wir es haben. (Beifall links.) Die Stellung meiner politischen Freunde ist die, daß wir überzeugt sind, daß Mehreinnahmen zu schaffen nötig war. Doch glauben wir, daß die Höhe der notwendigen Mehreinnahmen vom Reichsschatzsekretär übertrieben ist, namentlich, weil nach meiner Ueberzeugung die Zölle in den folgenden Jahren weit höhere Beträge liefern werden, als im Etat angenommen wird. Wir betrachten die Steuervorlagen nicht als etwas Einheitliches, sondern werden diese oder jene von ihnen, vielleicht auch mehrere ablehnen. (Hört! hört! links.) Namentlich die Verkehrssteuern gefallen uns nicht. Die Steuerprojekte bezwecken eine starke Marinebelastung. Nun wurde aber im § 6 des Flottengesetzes von 1900 bestimmt, daß die Mehrforderungen der Flotte nicht durch Belastung des Massenkonsums gedeckt werden dürfen. Diese Bestimmung bedeutet für uns ein Programm, dem Regierung und Reichstag zugestimmt haben. Gewiß bezog sich unser damaliger Beschluß nur auf das Flottengesetz; aber für uns ist es ein Programm, das wir auch neuen Ausgaben gegenüber festhalten werden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Und dieses Programm ist nicht etwa nur in einer Resolution vorgeschlagen, sondern unter Zustimmung des gesamten Reichstages und der verbündeten Regierungen als Gesetz im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Darum können wir wohl einer Besteuerung der ausländischen Tabakfabrikate zustimmen, aber nicht einer wesentlichen Erhöhung des Zolles auf Rohtabak, nicht einer Besteuerung der Tabakrippen, die ein unentbehrliches Genußmittel des armen Mannes ganz wesentlich belasten würde. Hinsichtlich der Brausteuer sind wir für eine Staffelung nach der Größe der Betriebe gern zu haben, denn mit dem immer mehr fortschreitenden Untergang der kleinen Brauereien ist ein blühender Mittelstand vernichtet worden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Aber eine Belastung des Bierkonsums des kleinen Mannes scheint uns wiederum gegen den Paragraphen 6 des Flottengesetzes zu ver-

stoßen und die Verpflichtung, die wir damals dem Volke gegenüber eingegangen sind, gedenken wir auch zu halten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Eine Erhöhung der Matrikularumlagen wird sich nicht umgehen lassen. Wir wünschen, daß die im Deutschen Reiche verbündeten Staaten auch finanziell interessiert sind, die gegenteilige Forderung halten wir für einen unberechtigten Partikularismus. (Bravo! im Zentrum). Die eingehende Stellungnahme zu den einzelnen Steuervorlagen behalte ich mir vor. (Zuruf: Erbschaftssteuer!) Die Erbschaftssteuer hatte ich in der Tat vergessen. Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir äußerstenfalls, wenn Sie keine besseren Vorschläge haben, für eine Erweiterung der Erbschaftssteuer auf Deszendenten und Ehegatten zu haben wären, aber nur bei ganz großem Vermögen. (Bewegung.) Eventuell werden wir diesen Schritt, der vielleicht manchem unsympathisch ist, tun müssen. In dem Sinne, wie ich dargelegt habe, werden wir an die Beratung der Finanzreform herangehen mit dem ernsten Bestreben, eine Einigung mit den verbündeten Regierungen zu finden und unter Schonung der schwachen Schultern die zur Verteidigung des Vaterlandes notwendigen Mittel zu gewinnen. Mit der Thronrede betonen wir, daß uns die Erhaltung des Friedens sehr am Herzen liegt; sie ist uns eine heilige Sache. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst **Bülow:** Ein auswärtiges Blatt hat in Aussicht gestellt, daß ich bei der diesjährigen Etatsrede auch große Enthüllungen machen würde. Das verehrte Blatt befindet sich im Irrtum. Ein leitender Staatsmann kann nicht in jedem Augenblick eine Rede über auswärtige Politik halten, namentlich wenn die Lage nicht eine völlig befriedigende ist. (Hört! hört!) Er kann in solchem Falle mit einer öffentlichen Rede mehr Schaden als Nutzen anstiften. Die Beziehungen zwischen den Kabinetten können durchaus korrekte sein; aber die Politik erschöpft sich nicht in den Beziehungen zwischen den Kabinetten. Graf Moltke hat in diesem Hause von den Gefahren der Volksleidenschaften gesprochen. Es ist keine Frage, daß wir mit einer tiefen Abneigung gegen uns in der öffentlichen Meinung Englands zu rechnen haben (Hört! hört!); erst in der letzten Zeit haben sich in einflußreichen englischen Kreisen Ansätze gezeigt, die auf Lösung der Spannung hinzielen. Ich begrüße diese Ansätze, wie alles, was freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden stammverwandten Kulturnationen befördert. Wenn ich soweit ein allgemeines Exposé über die allgemeine äußere Politik nicht für opportun halte, so bin ich gern bereit, auf einzelne konkrete Fragen zu antworten. — Zwischen Italien und Deutschland liegen keine Streitpunkte vor; wenn es Reibungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn gibt, so haben beide Regierungen, zwischen denen die deutsche das verbindende Zwischenglied bildet, den guten Willen der freundschaftlichen Beilegung. Die italienische Regierung und die Mehrheit des italienischen Volkes halten durchaus am Dreibund fest. Der Dreibund ist gegründet, um den status quo aufrecht zu erhalten; wir müssen aber, wie Bismarck in seiner letzten großen Rede ausführte, im stande sein, auch ohne Verbündete unsere Stellung in der Welt zu behaupten — und wir sind dazu im stande (Beifall). — Zu Japan waren und sind unsere Beziehungen durchaus freundschaftliche; es ist keineswegs anzunehmen, daß das intelligente japanische Volk einen Angriff auf unsere ostasiatische Position beabsichtigt. Der Wortlaut des englisch-japanischen Bündnisses und die Erörterungen, die Lord Landsdowne dazu gab, stehen nicht im Widerspruch zu den Prinzipien unserer ostasiatischen Politik, an deren Spitze die Integrität Chinas und die offene Tür in China stehen. Freilich kommt hier viel auf den Geist an, in dem das Bündnis ausgelegt wird. Durch Zurückziehung unserer Truppen aus China, die im nächsten Frühling perfekt werden soll, beweisen wir die Aufrichtigkeit unserer ostasiatischen Friedenspolitik. — In die inneren Verhältnisse Rußlands mischen wir uns nicht ein; wir wünschen nur — schon im Interesse unserer Industrie — daß die Verhältnisse sich in Zukunft friedlicher entwickeln mögen. Wir mischen uns ebensowenig in die Vorgänge in Polen ein; alle Behauptungen auswärtiger Blätter über diesen Punkt beruhen auf Erfindungen. Das freilich kann ich versichern: ein Uebergreifen der Bewegung auf unsere polnisch sprechenden Landschaften werden wir nicht dulden; bei uns werden wir Ruhe zu halten wissen, darauf können Sie sich verlassen. (Lebhafter Beifall rechts.) — In Marokko verfolgen wir eine durchaus defensive Politik: keine Landerwerbungen, aber Schutz der deutschen Interessen. Das französisch-englische Abkommen bedeutete nun einfach eine Desinteressierung Deutschlands. Wir bestritten nicht der französischen, noch der englischen, noch der spanischen Regierung das Recht, Abkommen über Marokko zu treffen: was wir ihnen bestritten, war das Recht, über die deutschen Interessen und über die Rechte, die Deutschland durch die Madrider Konvention in Marokko erworben hat, ohne Beistimmung Deutschlands zu verfügen. Die deutschen Interessen in Marokko sind zu stark, als daß wir eine Abschließung Marokkos zu Gunsten einer oder mehrerer Nationen zulassen konnten. Ich tat alles, was ich konnte, um auf freundschaftlichem Wege einen Ausgleich zwischen dem französisch-englischen Abkommen und unseren Interessen und Rechten in Marokko zu schaffen. Meine durchaus freundschaftlichen Bemühungen in dieser Richtung blieben erfolglos. Der Staatsmann soll sich nicht dupieren lassen, er soll aber auch nicht des sensationellen Nervenkitzels wegen sich zu einseitigem Handeln drängen lassen, sondern in aller Ruhe den geeigneten Augenblick abwarten. Der Augenblick war gekommen, als Frankreich unter Berufung auf ein europäisches Mandat in Marokko Forderungen als Ultimatum stellen ließ, die darauf herausliefen, Marokko zu der Stellung Tunesiens herabzudrücken. Damit waren Deutschlands in der Madrider Konvention erworbenen Rechte auch formell verletzt. (Sehr richtig!) In einem Erlaß an den deutschen Botschafter in London habe ich die leitenden Grundsätze der deutschen Marokkopolitik eingehend dargelegt. (Der Reichskanzler verliest den betreffenden Erlaß vom 11. Juni 1905). In dem Erlaß heißt es u. a.: Das englisch-französische Abkommen verbürgt den status quo; wenn jetzt aber Frankreich auf einen völligen Umsturz des bestehenden Zustandes zielt, so tut es das auf seine eigene Gefahr, und England braucht keine Verantwortung dafür zu übernehmen. Der Vorwand, daß die deutschen Interessen in Marokko geringfügig sind, will nichts besagen: wenn einem Geld aus der Tasche genommen werden soll, so wehrt er sich, einerlei, ob es sich um M. 100 oder um M. 5 handelt. Wenn Deutschland den oben gekennzeichneten Bestrebungen Frankreichs entgegentritt, so vertritt es damit die Rechte seiner Untertanen und der Untertanen der übrigen Vertragsstaaten. (Lebhafter Beifall.) Im Sinne dieses Erlasses hat die deutsche Politik auf die Einberufung einer neuen Konferenz gedrungen, die das Prinzip der offenen Tür in Marokko aufs Neue sichern soll, unbeschadet der besonderen Interessen, die sich aus Frankreichs Stellung als Grenzstaat Marokkos ergeben. Die Konferenz ist gesichert, alle europäischen Staaten, auch Rußland, werden an ihr teilnehmen. (Lebhafter Beifall.) Alter Haß und alte Feindschaft haben die Gelegenheit benutzt, um gegen Deutschland zu hetzen. Man sagt uns nach, daß wir über Frankreich herfallen wollten, sei es aus Rauflust, sei es um es zu nötigen, mit uns gegen England zu gehen. Nichts törichter, als solche Ausstreuungen. Seit dem Bestehen des Deutschen Reiches ist der Frieden das Ziel der deutschen Politik. Wenn jemand das nicht einsieht, so will er es eben nicht einsehen; dagegen können auch die schönsten Reden nichts helfen. (Lebhafter Beifall im größten Teile des Hauses.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung des Etats auf Donnerstag, 1 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Vereine und Versammlungen.

Steinmetzen. Mitgliederversammlung am 27. November bei Bahlsen Wwe., Rosenstraße. Zur Aufnahme meldeten sich zwei Kollegen. Ueber „Eine neue Revolutionsepoche" referierte Genosse Strube. Wenn von einer Revolution gesprochen werde, könne nicht die Rede sein von einer Revolution im Heugabelsinne, sondern es könne sich hier nur um eine ökonomische Revolution handeln. Er sei anderer Meinung als Rosa Luxemburg, die in einer Versammlung den Standpunkt vertrat, daß man im gegebenen Augenblick die Massen aus der Erde stampfen müsse. Die deutschen Arbeiter seien zu kühl und ließen sich nicht so leicht in Ekstase bringen, und das sei gut. Es sei sehr notwendig, etwas vorsichtig zu sein. Die Revolutionierung in den Köpfen der deutschen Arbeiter ist noch nicht weit genug vorgeschritten. Er glaube auch nicht, daß für den russischen Arbeiter mehr herauskomme als für den deutschen im Jahre 1848. Wir wollen keine Revolution machen, aber wir wollen aus den gegebenen Verhältnissen heraus unsere Organisationen ausbauen und danach hinstreben, die politischen Machtmittel zu erringen. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern der Standpunkt vertreten, daß das Referat etwas zahm gehalten sei, denn gerade wir in Hamburg hätten alle Ursache, etwas energischer aufzutreten, da man versucht, uns das Wahlrecht zu beschneiden. Es wurde noch auf Oesterreich hingewiesen. Dort erkämpfen sich die Arbeiter das allgemeine und gleiche Wahlrecht durch ihr energisches und ruhiges Vorgehen, und hier versucht man, es uns zu nehmen, und dann werde immer noch von einem Teil der Arbeiterführer zur Vorsicht und kühler Ueberlegung gemahnt. Das sei nicht zu billigen. — Es wurde noch beschlossen, den Lohntarif zu kündigen und vom 1. April 1906 ab den Stundenlohn auf 85 ₰ festzusetzen. Der Gesellenausschuß soll die Arbeitgeber davon in Kenntnis setzen und Unterhandlungen anbahnen. Der Kassierer machte noch die Altgesellen darauf aufmerksam, daß er alle 14 Tage bei Skriba Beiträge entgegennehme.

Der Sozialdemokratische Verein von Ottensen hielt am 30. November in „Karlsruhe" eine Mitgliederversammlung ab. Das Andenken der verstorbenen Genossen Reising und Weber wurde in der üblichen Weise geehrt. Genosse Paul Müller hielt einen Vortrag über „Die Delirien der Nichtstuer". Redner weist auf die systematische Hetze hin, welche die Besitzenden gegen die Organisationen der Arbeiter, Partei und Gewerkschaften, führen. Jene Nichtstuer behaupten, daß durch die „wüsten Verhetzungen" der sozialistischen Agitation die „Begehrlichkeit" der Arbeiter hervorgerufen und gesteigert werde. Daher die Zwangsmaßregeln und Schikanen. Diese seien im Wesen jener Elemente begründet. Dieses bestehe in der völligen Verständnislosigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber, dann in der Furcht vor derselben. Sei die Furcht vor dem Erstarken der Gewerkschaften die Ursache der Massenaussperrungen, so sei die Furcht vor der politischen Organisation die Ursache der Wahlrechtsräubereien. Dem Wesen dieser Nichtstuer entspreche es völlig, sich zu entlasten, dagegen die Arbeiter zu belasten, daher die indirekte Besteuerung. Ebenso entspringe ihrem Wesen das starre Festhalten am Militarismus, Marinismus, an der für das Volk unheilvollen Kolonialpolitik. Nicht weniger begründet im Wesen der Nichtstuer sei es, wenn diese dem Arbeiter nur das Allernotwendigste an Arbeiterschutz zukommen lassen. Es seien dieses alles Erscheinungen, welche die Klassenherrschaft zeitigen. Alles was in der Gesetzgebung geschieht, geschehe zu Gunsten der Besitzer und Nichtstuer, immer getreu dem Rezept des Herrn von Böttiche r. Die Nichtstuer bezeichnen sich selbst als Stützen des Staates, der Gesellschaft, des Thrones und des Altars und behaupten resp. lassen durch ihre Soldschreiber behaupten, daß sie getreue Wahrer und Verwalter des Nationalreichtums seien. Untersuchen wir, wie es mit der letzteren Behauptung aussieht, so erkennen wir, daß die besitzenden Nichtstuer nichts als Vampyre am Gesellschaftskörper sind, daß auf ihnen nicht die Zukunft des Volkes beruhe, daß sie vielmehr eine Gefahr für die Zukunft bedeuten. Und dieses weniger ihrer Person wegen, als vielmehr der Handlungen wegen, die Redner als wahnwitzige, delirische bezeichnet. Durch diese verschwenden sie die Kraft des Volkes und vergeuden den Ertrag der Arbeit des Volkes. Am eklatantesten zeige sich dieses bei den Verrücktheiten der amerikanischen Plutokratie. Redner gibt Beispiele hierfür, die er gut bürgerlichen Blättern entnommen. Wenn Vanderbilt für einen Automobilwagen M. 900 000, eine Bostoner Dame für eine aus Marmor gehauene Badewanne die gleiche Summe zahle, wenn nach bürgerlichen Blättern in New-York 5—6000 Damen seien, von denen jede im Besitze von 25 bis 30 Kleidern sein, wenn eine Amerikanerin, um einen Besuch beim Londoner Hofe zu machen, sich ein Kleid anfertigen lasse, welches 2 Millionen Mark koste, so sei das als delirisch zu bezeichnen. Und diese Leute gelten als getreue Verwalter des Nationalreichtums! Aber nicht nur in Amerika zeige sich dieser Wahnsinn, überall, wo sich als Folge der kapitalistischen Produktion kolossale Reichtümer in Händen einzelner anhäufen, bemerke man wahnwitzigen Luxus. Auch Deutschland mache keine Ausnahme. Immer mehr wollen jene Nichtstuer haben; ihnen zuliebe der Wuchertarif, die Liebesgaben usw. — Und die Arbeiter, die das erzeugen, was jene verschwenden? Redner weist als Beispiel auf das Haushaltsbudget einer Textilarbeiterfamilie hin, deren Oberhaupt in einer Arbeitszeit von Morgens 5½ Uhr bis Abends 6½ Uhr wöchentlich M. 8,50—9 verdiene. Der Gegensatz sei charakteristisch für die gegenwärtigen Zustände. Werden die Nichtstuer anfangen, den Sozialismus zu begreifen? Sie werden es nicht; die hohen Ideale des Sozialismus werden sie, die aller Ideale bar sind, nicht erkennen. Und wir klassenbewußten Arbeiter? Wir schöpfen, wenn wir solche Zustände erblicken, neue Kraft zu unserem Kampfe für eine bessere Gesellschaftsordnung. Wenn wir unsere Pflicht als Parteigenossen, Gewerkschaftler und Genossenschaftler tun, helfen wir eine Gesellschaftsform zu begründen, in welcher die gezeichneten delirischen Handlungen unmöglich sind. Der Vortrag fand den größten Beifall der Versammlung. Zum Mitgliede der Agitationskommission wurde Hagge, zum Stellvertreter Eilken gewählt.

Maschinisten und Heizer. Mitgliederversammlung am 2. Dezember bei Hilmer, Gänsemarkt. Bei den Neuwahlen werden gewält: Karl Wstph., Heinr. Renw., Flschm., Schreb. In die Rechtsschutzkommission werden Bruno Mll., Richard Gtt. und Karl Hrg., in die Beschwerdekommission sind Uhl., Emil Rich. und J. Bd. gewählt. Als Kartelldelegierte werden Karl Wstph., Heinr. Strüw., Richard Gtt. und Richard Kttst. gewählt; in die Verkehrskommission Khlm., Ekt. und Hllb.; die Bannerkommission und der Festausschuß bleibt in der gegenwärtigen Zusammensetzung bestehen. Die Kommissionssitzungen nur in Bezirkslokalen abzuhalten, wird abgelehnt. — Einen Unterhaltungsabend, bestehend in Gesang, Rezitation und Solovorträgen, für die Mitglieder unserer Gewerkschaft sowie für deren Familienangehörigen an einem Sonntag-Nachmittag zu veranstalten, wird einstimmig angenommen. — Lange stellt den Antrag, bei den Gewerkschaften Propaganda für unseren Arbeitsnachweis zu machen, weiter Plakate mit der Adresse des Arbeitsnachweises in den dafür geeigneten Lokalen auszuhängen. Der Vorstand wird beauftragt, die Sache in die Hand zu nehmen. Hierauf wird ein Schreiben der Buchhandlung und des Journallesezirkels „Wissen ist Macht" der vereinigten Kolporteure Hamburgs" verlesen und die Kollegen ersucht, dies junge Unternehmen zu unterstützen, da hauptsächlich Parteiliteratur vertrieben werden. — Zum Schluß fordert K. die Kollegen auf, den Sprechsaalartikel der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehülfen zu beherzigen und nicht nach 8 Uhr und nicht an Sonntagen einzukaufen oder einkaufen zu lassen.

Tabakarbeiter, Wandsbeck. Oeffentliche Versammlung am 26. November. Ueber „die geplante Tabaksteuererhöhung und ihre Folgen" referierte Kollege Huppertz. Er empfahl folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter erhebt energischen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung der Tabakindustrie. — Begründung: Die Tabakarbeiter gehören nach amtlichen Feststellungen zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern Deutschlands; ihr Verdienst ist weit geringer, als der der Arbeiter anderer Gewerbe. Durch die am 1. März 1906 in Kraft tretenden höheren Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel werden die Tabakarbeiter mit am schwersten betroffen. Eine neue Mehrbelastung des Tabaks in irgend einer Form würde bedeuten, daß die geringen Löhne der Tabakarbeiter noch mehr reduziert würden, und zwar, weil eine solche Mehrbelastung erfahrungsgemäß einen Konsumrückgang und die Entlassung vieler Arbeiter bewirken, und infolge des Mehrangebots von Arbeitskräften die Löhne naturgemäß gedrückt werden. Die Tabakarbeiter würden mithin einmal als Konsumenten, das andere Mal als Produzenten schwer belastet werden. Nach den gegebenen Versicherungen der Reichsregierung und aller politischen Parteien sollen aber in Zukunft die schwächeren Schultern des Volkes nicht mehr belastet werden. Die Mehrbelastung des Tabaks würde das Gegenteil aller gemachten Zusicherungen bedeuten. Die Versammlung fordert deshalb die gesamte Bevölkerung Deutschlands auf, sich ihrem Protest anzuschließen gegen die, die 180 000 Tabakarbeiter Deutschlands und ihre Familien in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer bedrohenden Pläne der Reichsregierung auf eine weitere Mehrbelastung des Tabaks durch erhöhte Zölle und Steuern und ersucht den deutschen Reichstag, eine diesbezügliche Vorlage des Bundesrates ohne weiteres abzulehnen. Die Protestversammlung beauftragt die geschäftsführende Kommission von Hamburg, Altona, Wandsbeck und Umgegend, die Agitation und Organisation der Protestbewegung gegen jegliche Erhöhung der Steuern und Zölle auf Tabak und Tabakprodukte in die Wege zu leiten, und für die Provinz Schleswig-Holstein in Aktion zu treten. Zur Herbeischaffung der Mittel für den Kampf ist die Kommission befugt, Sammellisten herauszugeben." — In der Versammlung wurde eine Sammelkommission von 10 Personen zur Beschaffung der Gelder zur Protestbewegung gewählt. Die vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossene Tellersammlung ergab M. 5,80.

Neueste Nachrichten.

(Telegramme des Wolffschen Bureaus.)

Berlin, 6. Dezember. Abgeordnetenhaus. Das bisherige Präsidium wird per Akklamation wiedergewählt; es folgt die Wahl der Schriftführer. Darauf beginnt die Besprechung über die Interpellation der Konservativen und Nationalliberalen betr. das Eisenbahnunglück bei Spremberg. — Am Regierungstisch ist inzwischen Minister von Budde erschienen. — Abg. Strosser (K.) begründet die Interpellation; er wünscht vom Minister Auskunft darüber, wodurch das Unglück herbeigeführt sei, ob insbesondere die Eingeleisigkeit der Strecke Kottwitz-Görlitz die wesentliche Ursache des Unglücks sei und welche Maßnahmen getroffen seien, um ähnlichen Unfällen künftig tunlichst vorzubeugen. Bei dem vorliegenden Unglück scheine die Ueberbürdung der Beamten einen großen Teil der Schuld zu tragen, dazu komme der Bureaukratismus, übertriebene Sparsamkeit; an die Stelle des Anfragesystems müsse besonders beim Schnellzugsverkehr das Blocksystem gesetzt werden. Auch dürfte die Einführung der drahtlosen Telegraphie für den Eisenbahnverkehr Vorteile haben und so Unfälle verhindern. Der Erlaß des Ministers betr. das Verbot des Alkoholgenusses während der Dienstzeit sei zu begrüßen, weil dadurch die Verkehrssicherheit wesentlich gefördert werde. — Minister Budde führt aus, daß bei dem Unglücksfall eine Reihe menschlicher Zufälligkeiten und eine große Betriebsbummelei die Hauptrolle spielten, daß 7 Personen instruktionswidrig gehandelt hätten. Der Minister wies die unberechtigten Angriffe der Presse auf die höheren Beamten zurück und versicherte, daß, sobald die Sicherheit des Betriebes in Frage komme, es für ihn keine Fiskalität gebe. Der zweigeleisige Verkehr sei nicht unter allen Umständen das einzige Mittel zur Vermeidung von Unfällen. Der Minister kündigt schließlich zur Vermeidung ähnlicher Unfälle die schleunige Einführung der elektrischen Blockführung an. — In der Besprechung der Interpellation wurde bei eingeleisigen, stark befahrenen Linien die Verlesung der Uebersichten über die Beschäftigungszeiten der Beamten in der nächsten Etatsberatung gewünscht. — Hierauf begrüßte Abg. Hilbck die Interpellation, betreffend die Steigerung des Eisenbahnverkehrs und den herrschenden Wagenmangel, namentlich im Kohlenrevier. — Minister Budde erwidert: Der Notstand sei nicht zu leugnen. Die Schuld an dem Wagenmangel sei aber nicht etwa auf minderwertige Leistungen der Eisenbahnverwaltung, sondern erfreulicherweise auf die wesentlich gestiegenen Verkehrsbedürfnisse des gesamten wirtschaftlichen Lebens zurückzuführen. In den Etat seien erhebliche Mittel zur Beseitigung des Mangels der Betriebsmittel eingestellt, doch würde man voraussichtlich noch außeretatsmäßige Mittel hierfür einsetzen müssen. — Hierauf vertagte sich das Haus auf Sonnabend. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz und das Gesetz über die Kreis-Provinzialabgaben. Schluß 4 Uhr.

Berlin, 6. Dezember. Im Abgeordnetenhause richteten die Abgeordneten Savigny und Schmidt-Warburg an den Minister der öffentlichen Arbeiten eine Interpellation über den Einsturz des Eisenbahntunnels bei Altenbecken.

Berlin, 6. Dezember. Der „Staatsanzeiger" meldet: Der Landeseisenbahnrat beriet in der gestrigen Sitzung über die Vorlage des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend die Reform der deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarife. Den Grundzügen der vorgeschlagenen Reform wurde von keiner Seite widersprochen. Die Mehrheit der Körperschaft empfahl dabei, wegen der Ermäßigung der Fracht für kleinere Gepäckstücke bis zu 25 Kilogramm mit den übrigen Staatsbahnverwaltungen in erneute Verhandlungen einzutreten.

Berlin, 6. Dezember. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 2. d. M. südöstlich von Kuis **gefallen: Leutnant Werner v. Schweinichen,** geb. 29. Juli 1881 zu Zerbst, früher Ulanen-Regiment Nr. 1; Reiter Friedrich Laetke, geb. 19. Januar 1882 zu Weppendorf, früher Infanterie-Regt. Nr. 26; Reiter Hermann Boy, geb. 11. März 1882 zu Krumbek, früher Infanterie-Regt. Nr. 14. Außerdem: Sergeant Friedrich Boutta, geb. 19. März 1879 zu Groß-Mixeln, früher Dragoner-Regt. Nr. 11, am 1. Dezember d. J. im Feldlazarett Hasuur an Typhus gestorben.

Berlin, 6. Dezember. Der Transport der von den Schiffen der ostasiatischen Station abgelösten Offiziere und Mannschaften ist mit R.-P.-D. „Prinz Luitpold" am 4. Dezember in Hongkong eingetroffen und hat am 6. Dezember die Reise nach Singapore fortgesetzt. „Iltis" ist am 5. Dezember in Nanking eingetroffen und geht am 7. Dezember von dort nach Kjukiang am Jangtsee. „S. 90" und „Taku" sind am 6. Dezember in Tsingtau eingetroffen. „Tsingtau" ist am 6. Dezember von Canton nach dem Westfluß gegangen. „Sperber" geht am 8. Dezember von Duala (Kamerun) nach Lome (Togo).

Bromberg, 6. Dezember. (Amtliche Meldung.) Der Güterverkehr über Wirballen ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Mit der Mittelasiatischen Bahn erfolgt der Verkehr jedoch nur von Petrowsthafen aus. Der Güterverkehr über Grajewo nach den Stationen der Nikolai-Bahn über Moskau ist wieder eröffnet. Ueber Grajewo ist der Verkehr zur Zeit gesperrt; mit der Strecke Kiew-Poltawa und deren Hinterbahnen, mit den Stationen der Charkow-Nikolajewer Bahn über Snamenka und Jelissawetgrad, mit den Stationen der Moskau-Kursker Bahn über Moskau mit der Strecke Baladshary-Baku-Sfuchavany der Transkaukasischen Bahn, mit der Strecke Nishni-Nowgorod und den dahinter gelegenen Stationen der Moskau-Kasaner Bahn. Güter nach der Station Warschau (Koweler Bahnhof) sind wegen Ueberfüllung des Bahnhofes bis zum Freitag, den 8. Dezember, einschließlich, nicht anzunehmen.

Essen a. d. Ruhr, 6. Dezember. Auf der Zeche „Werne" wurden heute bei der Wiedereröffnung des abgedämmten Brandfeldes durch eine Explosion ein Mann schwer und fünf leicht verletzt. Der Betrieb ruht. Hierzu wird der „Rhein. Westf. Ztg." von der Zechenverwaltung noch mitgeteilt: Am 26. November wurde der Grubenbrand abgedämmt. Nachdem man sich überzeugt hatte, daß der Brand gelöscht war, wurde das Brandfeld in der vergangenen Nacht wieder geöffnet, wodurch große Mengen von Schlagwettern frei wurden. Durch eine bisher unaufgeklärte Ursache entstand um 11½ Uhr Nachts über Tage eine Explosion, welche einen Teil der Tagesgebäude und die Maschinen zerstörte.

Saarbrücken, 6. Dezember. Amtliche Meldung. Heute Nacht 12 Uhr 10 Min. überfuhr der von Neben kommende Personenzug 583 das auf „Halt!" stehende Einfahrtssignal der Station Neunkirchen und fuhr einer Rangierabteilung in die Flanke. Bei dem Zusammenstoße wurden acht Reisende unbedeutend verletzt. Fünf Kohlenwagen der Rangierabteilung sind zertrümmert. Der Materialschaden ist erheblich.

Wien, 6. Dezember. Abgeordnetenhaus. Bei der Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung erklärt der alldeutsche Abgeordnete Herold, daß seine Partei für das allgemeine gleiche Wahlrecht eintrete um allen deutschen Arbeitern Gleichberechtigung zu verschaffen. Der tschechisch-radikale Abg. Clofac legt Verwahrung dagegen ein, daß der Statthalter von Böhmen Vollmacht zur Verhängung des Ausnahmezustandes über Prag erhalten habe und betont, daß in Prag vollständige Ruhe herrsche. Die Debatte wird hierauf geschlossen. Abgeordneter Graf Sternberg greift als Generalredner aufs heftigste den Ministerpräsidenten und den sozialistischen Abgeordneten Adler an. Kramarz (Tscheche) erklärt, alle Nationalitäten müßten sich, wenn sie nicht Volksverräter werden wollten, im Kampfe gegen die internationale Sozialdemokratie vereinigen. Er sei für eine gerechte Ausgestaltung des Wahlrechts, doch hätte der Reichsrat nur den Rahmen des Gesetzes zu schaffen, während die Landtage die einzelnen Bestimmungen auszuarbeiten hätten, weil nur auf diese Weise den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Länder und Volksstämme Rechnung getragen werden könne. Die Debatte wird nunmehr beendet. Nächste Sitzung morgen.

Wien, 6. Dezember. Baron Fejervary wurde vom Kaiser in einer zweistündigen Audienz empfangen. Er erklärte, daß er in der Audienz dem Monarchen die Vorschläge des Kabinetts bezüglich der aktuellen politischen Lage unterbreitet habe. Der Kaiser behielt sich seine Entscheidung vor.

Trient, 6. Dezember. In den südlichen Vorbergen der Adamelloalpen wurde heute ein Erdstoß verspürt.

Budapest, 6. Dezember. Der leitende Ausschuß der Koalition veröffentlichte eine Kundgebung, worin die Verantwortung für den Setzerausstand auf das Kabinett Fejervary geschoben wird. Der Setzerausstand, heißt es in diesem Schriftstück, sei nicht ein Kampf für das allgemeine Stimmrecht, sondern ein Anschlag auf die Koalitionspresse, die vernichtet werden solle. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, daß von den fünf Preßorganen, welche die Regierungspolitik offen unterstützen, heute vier nicht erschienen, während die meisten Blätter der Koalition, darunter diejenigen, welche die Regierung angreifen, selbst heute, am zweiten Tag des Ausstandes, erschienen.

Budapest, 6. Dezember. Der leitende Ausschuß der Koalition drückte den Arbeitern, die dem Terrorismus widerstanden und das Erscheinen der Blätter ermöglicht haben (den Streikbrechern also), seine Anerkennung aus. Der Ausschuß befaßte sich sodann mit den Eventualitäten anläßlich der Wiedereröffnung des Reichstages. Die Entscheidung hierüber wird am 9. Dezember getroffen werden. Wie verlautet, wird der Ausschuß beschließen, daß die Majorität in der Sitzung am 19. Dezember wohl gegen die Vertagung protestieren, aber nach derselben nicht im Abgeordnetenhause bleiben wird.

Bern, 6. Dezember. Der Nationalrat sprach sich mit 81 gegen 15 Stimmen für die Errichtung von Gesandtschaften in Petersburg und Tokio aus. Der Beschluß bedarf noch der Zustimmung des Ständerats.

Göteborg, 6. Dezember. Von dem Göteborger Dampfer „Gyife", der am 28. November mit einer Ladung Korn von Windau nach Kopenhagen ging, fehlt jede Nachricht. Man nimmt daher an, daß das Schiff mit seiner aus 10 Mann bestehenden Besatzung untergegangen ist.

Wisby, 6. Dezember. Die Zeitung „Gotländingen" meldet, daß der deutsche Dampfer „Bingen" Slite of Gotland angelaufen habe, nachdem er vergebens versucht hätte, seine Ladung in Reval zu löschen. Er hatte Post und Telegramme an Bord.

London, 6. Dezember. Wie dem Reuterschen Bureau aus Lahore gemeldet wird, hielten die Ladenbesitzer in Kangra eine öffentliche Versammlung ab; sie unterzeichneten eine Vereinbarung, keinen europäischen Zucker mehr zu verkaufen. Solche Versammlungen sind in Punjab an der Tagesordnung. Die Veranlassung dazu ist darin zu suchen, daß weit im Lande herum Flugblätter verbreitet werden, worin behauptet wird, daß der importierte Zucker mit Knochenmehl und Ochsenblut raffiniert wird. Es wird eine ernstliche Verschiebung des riesigen indischen Zuckergeschäfts befürchtet, da auch eine große Brahmanenversammlung in Multan den Hindus den Genuß importierten Zuckers verboten hat.

Dublin, 6. Dezember. Die Nationalkonvention der Vereinigten Irischen Liga wurde heute eröffnet. John Redmond, der den Vorsitz führte, sagte in einer Rede, der Ausblick, der sich für Irland biete, sei hoffnungsvoll, aber die Iren hätten, obwohl ein Feind, die Balfoursche Regierung, unterworfen sei, noch einen heiklen, gefährlichen Weg zu durchmessen, ehe sie zu ihrem Ziele, ihrem endlichen Siege gelangten. — Die Konvention nahm eine Resolution an, in der erklärt wird, die Iren lehnten alles Zusammengehen mit sämtlichen englischen Parteien ab, die nicht die Omerule zum Kardinalpunkte des Programms machten.

Paris, 6. Dezember. Die Kammer nahm in der Vormittagssitzung den ersten Artikel der Vorlage, betreffend die Altersversorgung, mit 542 gegen 14 Stimmen an; in diesem wird im Prinzip der Beginn der Altersversorgung auf das sechzigste Lebensjahr festgesetzt.

Paris, 6. Dezember. Senat. Bei der fortgesetzten Beratung der Vorlage, betreffend Trennung von Kirche und Staat, beantragt Denois die Zurückziehung der für die Beratung der Vorlage bewilligten Dringlichkeit, damit der Senat eine zweite Lesung vornehmen könne. Vallé bekämpft diesen Antrag und erklärt, die Vorlage sei hinreichend geprüft worden. Das Regime sei liberal, es werde niemand belästigen und die Kirche nicht berauben. Chamaillard unterstützt den Antrag Denois, der schließlich mit 181 gegen 100 Stimmen abgelehnt wird. De la Marzelle erhebt im Namen von 25 Mitgliedern der Rechten Einspruch gegen das Gesetz, das ein Ausnahmegesetz sei und vom Lande verurteilt werde. Melin erklärt im Namen der liberalen Republikaner, er werde nicht für das Gesetz stimmen, denn die Frage der Trennung von Kirche und Staat sei noch nicht reif. Das Gesetz sei unannehmbar, weil es weder die Freiheit verwirkliche noch die religiöse Neutralität. Redner unterzieht dann die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes einer längeren Kritik.

Gijon, 6. Dezember. Auf der Bahnlinie nach Sotiello ist ein Teil eines in Bau befindlichen Tunnels eingestürzt und hat eine Anzahl Arbeiter unter den Trümmern begraben. Die Rettungsarbeiten sind energisch im Gange. Drei Leichen wurden bereits unter den Trümmern hervorgezogen.

Washington, 6. Dezember. Der Jahresbericht des Schatzsekretärs ist heute dem Kongreß zugegangen. Er stellt fest: Die Gesamteinnahmen in dem am 30. Juni ablaufenden Rechnungsjahr betrugen 697 101 270 Dollars, die Gesamtausgaben 720 105 498 Dollars. Für das laufende Rechnungsjahr werden die Einnahmen auf 738 590 515 Dollars, die Ausgaben auf 746 590 515 Dollars geschätzt. Die Staatsschuld hat im abgelaufenen Rechnungsjahr um 3 901 921 Dollars abgenommen. Der Bericht enthält weiter Darlegungen über den Stand des Schatzes, die Verhältnisse der Nationalbanken und den Notenumlauf, wobei der Plan des bedingten Notenumlaufes gegen die Steuerleistung der Banken dargelegt wird.

Für unsere Leser in Hammerbrook, St. Pauli, Eimsbüttel, Altona und Ottensen liegt eine Empfehlung der Firma Max Reifenberg, Altona, bei.

Für die russischen Revolutionäre

gingen bei uns ein:

Maurer vom Bau Schütt, Stresowstraße, Getränkeüberschuß M. 10. Chiffre 44 Personal von Auer u. Co. 66,70. Von den Maurern Bau Boswau u. Knauer, Neuer Jungfernstieg, 10. Unterstützungsklub „Hol fast" von 1900 15. Von den Küpern der Tivoli-Brauerei, Eidelstedt, 6. Vom 15. Bezirk, 1. Wahlkreis, 10. Getränkeüberschuß der Maurer am Bau der höheren Töchterschule, Blankenese, 14,10. Vom 179. Bezirk 10. D. N. W. 1. Getränkeüberschuß der Maurer am Bau Plath, Grindelberg, 6. Robin 3. Sparklub „Schaff an" v. 1900, Wandsbeck, 20. Arbeitspersonal der Firma Piglheim, außer einigen, 22,30. Vom 60. Bezirk 25. Redaktion und Expedition des „Hamburger Echo" 44. Vom 168. Bezirk, Uhlenhorst, 10. Ueberschuß vom Vergnügen der Maurer, Zahlstelle Nienstedten, 30.

Summa...	M. 303,10
Vorher quittiert...	„ 7334,56
Zusammen...	M. 7637,66

Die Expedition des „Hamb. Echo".

Briefkasten.

A. P. 3000. Holen Sie sich von der Ersatzbehörde, Merkurstraße, einen sogenannten Meldeschein. Das Weitere können Sie dort erfragen.

F. B. 100. 1. Ja. 2. ³/₈ davon.

J. A. M. Zu melden? Wenden Sie sich an eine unserer tüchtigen Schauspielerinnen und fragen Sie die. Die Ausbildung ist aber — nebenbei gesagt — ziemlich teuer.

Th. W. Wilhelm Hasenclever starb am 3. Juli 1889 in einer Nervenheilanstalt in Berlin.

R. T. Der Pfingstsonntag 1858 fiel auf den 23. Mai.

Abonnentin. Sagt Ihnen jeder Klempner.

J. W. Darüber liegen unseres Wissens noch keine gerichtlichen Entscheidungen vor.

H. L. Uns nicht bekannt.

Warnung. Wir machen unsere Leser ganz besonders darauf aufmerksam, wenn sie irgend welche Sachen auf Abzahlung kaufen, Bücher und dergleichen auf Lieferung bestellen, Versicherungsverträge eingehen usw., daß sie sich die Kontrakte vor der Unterschrift erst einige Male genau durchlesen und sich reiflich vor der Unterschrift überlegen, ob sie sich nicht dadurch der Gnade und Ungnade des anderen Kontrahenten bedingungslos überliefern. Wer sich über die Tragweite der Kontraktparagraphen nicht völlig klar ist, der ziehe vor der Unterschrift lieber erst Erkundigungen ein. Besonders zu beachten ist bei Abschlüssen solcher Geschäfte, daß mündliche Abmachungen neben den schriftlichen nicht den geringsten Wert haben.

Hans Wolf. Lippe-Dettmold hat weit mehr evangelische als katholische Einwohner.

c. 88. Nein, das Recht hat der Hauswirt nicht.

R. R. 107. Natürlich ist die Sache ausgeklagt, daher Verjährung erst 1934 eingetreten.

621, P. E. 1. Vor der Prüfungskommission können nur Zurückgestellte, nicht für unbrauchbar Erklärte ihr Examen ablegen. Dagegen werden von den dazu berechtigten Schulen Reifezeugnisse ohne Rücksicht auf körperliche Beschaffenheit abgegeben. 2. Nein; wenn Vermögen nicht vorhanden, erfolgt auf Antrag Einstellung zum gewöhnlichen zweijährigen Dienst.

Langjähriger Echoleser. Das können wir Ihnen hier auch nicht mitteilen; wir wissen nicht mehr, als wir zum Abdruck gebracht haben.

E. G. 54. Erfahren Sie kostenlos auf jedem Standesamt.

K. M. 1903. Das erhalten nur die etwa vorhandenen Kinder unter 15 Jahren.

Syrups-Indianer. Uns auch nicht mehr erinnerlich.

Echoleserin M. R. 70 Jahre; Voraussetzung ist aber, daß genügend Marken geklebt sind.

Ein Echoleser. Die Frau hat keinen Anteil daran.

Alter Teichkrug, Barmbeck. Das haben wir noch nicht ausprobiert.

W. E. 106. Arbeiterinnen in Fabriken dürfen Sonnabends nicht nach 5½ Uhr beschäftigt werden; für handwerksmäßigen Betrieb gilt das nicht.

Ein Zigarrenhändler. Wenden Sie sich mit Antwortkarte an die Redaktion des „Volkswille", Mannheim R 3,14.

H. K. Nein; das braucht er eventuell erst auf Gerichtsurteil. Haben Sie Ihren Verlust ihm und der Polizei sofort gemeldet?

Bekanntmachung.

In den Staatsverband sind aufgenommen:

a) Reichsangehörige:

Heinrich Otto Abbe. — Christian Martin Andersen. — Karl Friedrich Wilhelm Arndt. — August Joachim Friedrich Asmus. — Friedrich Wilhelm Bach. — Conrad August Friedrich Bätje. — Friedrich Wilhelm Bettge. — Ernst Paul Beyer. — Karl Friedrich Diedrich Blöcker. — Rudolph Hinrich Ferdinand Blunck. — Christian Heinrich Börnsen. — Carl Friedrich Wilhelm Boldt. — Heinrich Joseph Nicolaus Borsch. — Richard Albert Friedrich Bothmann. — Heinrich Wilhelm Bracht. — Johann Friedrich Wilhelm Brüning. — Wilhelm Bruns. — Ignatz Budajczak. — Heinrich Georg Wilhelm Buffleben. — Adolph Johannis Heinrich Buse. — Friedrich Chrzanowski. — Peter Rudolph Coqui. — Karl Wilhelm Curt. — Paul Karl Johannes Daus. — Johann Dede. — Jochen Johann Ernst Dettmann. — Ernst Carl Dietze. — Oskar Hugo Friedrich Leopold Fabig. — Adolf August Feddern. — Ferdinand Feierabend. — Peter Feindt. — Wilhelm Erich Paul Friehe. — August Ludwig Gauen. — Carl August Giesecke. — Emil Max Göllnitz. — Johann August Gottschalk. — Friedrich Wilhelm Nicolaus Greve. — Carl Hugo Cäsar Groth. — Franz Joseph Haering. — Heinrich Carl Martin Ludwig Hagen. — Max Leopold Erdmann Hamann. — Johann Hamelmann. — Georg Jonathan Heinrich Hansing. — Hugo Maria Haselbeck. — August Friedrich Wilhelm Hausen. — Karl Emil Johann Heidtmann. — Emil Friedrich Heinrich Heineck, Dr. phil. — Wilhelm Heinrich Friedrich Heitmann. — Heinrich Gerhard August Benno Hövercamp. — Joachim Heinrich Holst. — Wilhelm Emil Hüttenrauch. — Albrecht Wilhelm Janzow. — Emil Nikolaus Adolph Carl Jensen. — Andreas Jörgen Jespersen. — Conrad Lauritz Andreas Koch. — Johann Heinrich Franz Koop. — Rudolf Heinrich Ernst Kröger. — Otto Krüger. — Ernst Karl Wilhelm Kruse. — Max Otto Albert Kuban. — Paul Kube. — Adolph Ernst Heinrich Kunth. — Otto Nicolaus Friedrich Lahrmann. — Johann Heinrich Carl Lange. — Karl Martin Theodor Laudan. — Wilhelm Heinrich Kuno Leeg. — Julius Gottfried Theodor Lehniger. — Carl Friedrich Lenz. — Johann Jacob Maaß. — Friedrich Carl Johann Martin Mahnke. — Max Eduard Mannzen. — Karl Friedrich Hugo Marquardt. — Friedrich Heinrich Franz Martens. — Georg Christian Fritz Maßmann. — Johann Jacob Julius Meier. — Claus Wilhelm Hinrich Meins. — Franz Jochim Christian Meins. — Johann Georg Meyer. — Carl Friedrich Wilhelm Möhle. — Friedrich Ludwig August Möller. — Johannes Friedrich Karl Möller. — Emma Maria Christine Mortensen. — Catharina Margaretha Müller. — August Heinrich Müntz. — Johann Vincent Olszewski. — Franz Parrau. — Friedrich Christian Joachim Persky. — August Ludwig Peters. — Andresen Christian Munrad Petersen. — Robert Arnold Heinrich Pfeiffer. — Johannes Martin Ploen. — Hugo Paul Poelk. — Carl Traugott Rabovsky. — Paul Christian Albert Rathmann. — Karl Reinhold Leopold Reinsch. — Alfons Maria Wilhelm Eduard Reuß. — Johannes Heinrich Carl Ernst Satz. — Johann Jochen Julius Schlage. — Rudolf Otto Schroeder. — Johann Wilhelm Hermann Schuldt. — Carl Johann Joachim Schult. — Johann Schulz. — Emil Christian Wilhelm Schumacher. — Emil Louis Heinrich Stahlenbrecher. — Gustav Ferdinand Ludwig Steinführer. — Johannes Wilhelm Hermann Stövhase. — Asmus Wilhelm Heinrich Stüben. — Robert August Friedrich Teege. — Rudolf Robert Adolf Teske. — Paul Wilhelm Albert Teichelmann. — Wilhelm Nicolaus Thau. — Johannes Ferdinand Agathon Thomsen. — Franz Theodor Johann von Rönn. — Heinrich Friedrich Wilhelm Wächter. — Wilhelm Ferdinand Carl Wahlmann. — Heinrich Weckel. — Heinrich Julius Otto Wegener. — Friedrich Anton Wellmann. — Ernst Richard Werner. — Friedrich Reinhold Winckler. — Theodor Winterfeld. — Christoph Adolph Martin Wirschky. — Claudius Wolf. — Johann Heinrich Hans Wunnenberg.

b) Ausländer:

Louise Dorothea Amanda, geb. Leubscher, des Paul Carsten Christian Rosenau Witwe.

Hamburg, den 4. Dezember 1905.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Bekanntmachung.

In den hamburgischen Staatsverband sind aufgenommen:

Philipp Devant, Reichsangehöriger nebst Ehefrau und zwei minderjährigen Kindern. — August Arnold, Reichsangehöriger, nebst Ehefrau und einem minderjährigen Kind. — Amandus Friedrich Kölln, Reichsangehöriger, nebst Ehefrau.

Das hamburgische Bürgerrecht haben erworben:

Paul Heinrich Cors, Gastwirt, Cuxhaven, Strichweg 13. — Johann Hermann Ehler, Schuhmachermeister, Cuxhaven, Schillerstraße 41. — Heinrich Wilhelm Freers, Tischlermeister, Cuxhaven, Norderstеinstraße 21. — Ernst Christian Peter Bönchen, Lotse, Cuxhaven, Schillerstraße 12a. — Franz Johann Hinrich Clasen, Gastwirt, Cuxhaven, Fahrenholzstraße 6. — Ernst Otto Harms, Schlachtermeister, Cuxhaven, Neustraße 17. — Gustav Friederichs, Kaufmann, Cuxhaven, Norderstеinstraße 63. — Peter August Heidtmann, Landmann in Stickenbüttel. — Franz Georg Hambeck, Bäckermeister, Cuxhaven, Hermannstraße 18. — Ludwig Friedrich Wilhelm Götze, Lotse, Cuxhaven, Schillerstraße 24. — Bernhard Otto Höpcke, Gärtner, Cuxhaven, Marienstraße 45. — Henry Hermann Daniel Arps, Zigarrenhändler, Cuxhaven, Deichstraße 33. — Heinrich Wilhelm Höpcke, Landmann, Groden O. E. 11. — Johann Heinrich Leyding, Produktenhändler, Cuxhaven, Friedrich Carlstraße 8. — Carl Overbeck, Schlossermeister, Cuxhaven, Hermannstr. 43. — Heinrich Johann Carl Spötter, Kolonialwarenhändler, Cuxhaven, Katharinenstraße 9. — Ernst Wilhelm Schult, Kolonialwarenhändler, Cuxhaven, Neuereihe 5. — Paul Joseph Schiötz, Maschineninspektor, Cuxhaven, Grünerweg 30. — Ernst Johann Peter Wilhelm Vorrath, Buchbindermeister, Cuxhaven, Fahrenholzstraße 6. — Heinrich Umland, Bäckermeister, Cuxhaven, Neustraße 16. — Heinrich Friedrich Joachim Frahm, Bauzeichner, Cuxhaven, Mittelstraße 6. — Ernst August Grebe, Lotsjollenschiffer, Cuxhaven, Neuereihe 58. — Wilhelm Emil Rosendahl, Lotse in Cuxhaven, Friedrichstraße 29. — Hermann Johannes Tadey, Bureauassistent, Cuxhaven, Strichweg 31. — Johann Georg Heinrich Krohn, Förster, Brockeswalde. — Mathias Eduard Peters, Schiffer, Cuxhaven, Steinmarnerstraße ohne Nr. — John Willy Heuck, Kapitän, Cuxhaven, Reineckestraße ohne Nr. — Peter August Osterndorff, Steuermann, Cuxhaven, Fahrenholzstraße 7. — Christian Friedrich Wilhelm Lohmeyer, Lehrer, Stickenbüttel 1c. — Oswald Carl Adolph Zimmermann, Geometer, Cuxhaven, Adolphstraße 1. — Philipp Devant, Gastwirt, Cuxhaven, Deichstraße 34.

Hamb. Amt Ritzebüttel, den 1. Dezember 1905.

Der Amtsverwalter

Dr. Kaemmerer.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 286.

Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

Redaktion und Expedition: **Hamburg 1, Fehlandstraße 11.** — Verantwortlicher Redakteur: **Gustav Wabersky** in **Hamburg.**

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 6. Dezember.

Hamburg.

Zur Wahlrechtsverschlechterungs-Aktion.

Die vom Neustädter Bürgerverein von 1878 niedergesetzte Kommission hat durch ihren Obmann Dr. Heymann einen Bericht erstattet. Sie empfiehlt folgende Anträge zur Annahme: Der Neustädter Bürgerverein von 1878 erklärt sich 1. für das passive Wahlrecht der Beamten, 2. für eine gesonderte Wahl in den Landbezirken, 3. für die Einführung des Proportionalsystems, welches ausnahmslos für alle Wahlen einzuführen, jedoch für die allgemeinen Wahlen mit der Einteilung in 5 oder 6 städtische Wahlkreise zu verbinden ist, 4. dafür, daß ein Festlegen auf das vorgeschlagene Dreiklassen-Wahlsystem vorläufig (!) nicht zu empfehlen sei, weil eine Klassenwahl, wie die in der Senatsvorlage angegebene, bisher noch nirgend eingeführt und geprüft worden ist, 6. für die Beibehaltung der Grundeigentümer- und Notabelnwahlen; der Verein hält es aber für erforderlich, daß das aktive Wahlrecht für die Notabelnwahlen auf sämtliche Ehrenfunktionäre, wie Wohnungs-, Waisen- und Armenpfleger usw., ausgedehnt wird und daß die Mandate aus diesen Wahlen um zwanzig Sitze vermehrt werden, so daß die Bürgerschaft künftig aus 180 Mitgliedern bestehen würde.

Der Neustädter Bürgerverein von 1878 sträubt sich zwar noch etwas spröde gegen das Dreiklassenwahlrecht, aber seine Sprödigkeit wird vielleicht gegenüber dem Zweiklassenwahlrecht weichen.

Der „Voss. Ztg." wird von hier über das im bürgerschaftlichen Ausschuß ausgetiftelte verschleierte Zweiklassensystem geschrieben: „Man glaubt äußerlich den Anschein eines Klassenwahlrechts vermieden zu haben. Aber wundern muß man sich, daß es überhaupt Politiker gibt, welche mit einem solchen System in eine Wahl treten zu können glauben. Es ist gar kein Zweifel, daß dieses System von der öffentlichen Meinung weggeschwemmt werden wird, und daß die Bürgervereine, welche, da sie bisher die Kandidaten für die Bürgerschaft aufstellten und einen bedeutenden Einfluß besitzen, gegen diesen Vorschlag einhellig Front machen werden. (?) Tatsächlich wäre eine Wahlagitation mit einem solchen Wahlrecht gar nicht möglich."

Der Korrespondent der „Voss. Ztg." traut den Bürgervereinen mehr Verstand zu, als sie im allgemeinen wirklich besitzen.

Einkommensteuer für das Jahr 1905. Die zweite Hälfte der Einkommensteuer für den 11. Steuerdistrikt (Hohenfelde) ist bei Vermeidung des gesetzmäßigen Zuschlages bis zum 13. Dezember 1905 zu entrichten. Barzahlungen sind zu leisten: 1. an jedem Werktage von 9 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags in der Steuerkasse, Heiligengeistkirchhof Nr. 6, parterre; 2. am 8. und 9. Dezember d. J. von 3 Uhr bis 8 Uhr Nachmittags in der Steuerhebestelle in der Turnhalle des Volksschulgebäudes Angerstraße 7.

Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Donnerstag, 7. Dezember: Medizin. Professor Dr. Aschaffenburg (Köln) und Dr. Saenger: Kriminalpsychologie und strafrechtliche Pathologie vom psychiatrischen und neurologischen Standpunkte. Insbesondere für Juristen und Mediziner. Mit Vorführungen unter Benutzung des Epidiaskops. 5. Vortrag. Dr. Saenger: Neurasthenie, chronische Vergiftungen (Alkoholismus, Morphinismus). Von 8—9 Uhr Abends in der Aula des Johanneums. Einlaßkarten erforderlich. Die Einlaßkarten sind noch nicht sämtlich ausgegeben; sie werden in erster Linie an Mediziner und Juristen, sowie solche Personen ausgegeben, die ein besonderes Interesse an dem Gegenstand der Vorlesung nachweisen. Die Gesuche sind an die Vorlesungskommission, Hamburg 1, Dammtorstraße 25, zu richten. — Mathematik. Professor Dr. Schubert: Ebene und sphärische Trigonometrie. (Besondere Kenntnisse nicht erforderlich.) Von 7½—9½ Uhr Abends im Hörsaale B (Johanneum). Einlaßkarten nicht erforderlich. — Meteorologie. Professor Dr. Großmann: Die heutige Wettervorhersage und ihre Nutzbarmachung für Schiffahrt und Landwirtschaft unter Vorführung von Lichtbildern. 5. Vortrag: Aufstellung der Wettervorhersagen. Von 8—9 Uhr Abends im großen Hörsaale des Naturhistorischen Museums. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Physik. Professor Grimsehl: Vorlesungen über Unterrichtsphysik. I. Reihe: Magnetismus und Elektrizität, I. Teil — Für Lehrer und Lehrerinnen. Von 7½ bis 9½ Uhr Abends in der Oberrealschule auf der Uhlenhorst. Die Einlaßkarten zu dieser Vorlesung sind sämtlich ausgegeben. — Chemie. Dr. Gillmeister: Die wichtigeren anorganischen Säuren und ihr Nachweis bei der qualitativen Analyse. Von 8—9 Uhr Abends im kleinen Hörsaale des Chemischen Staatslaboratoriums an der Jungiusstraße. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Botanik. Professor Dr. Zacharias: Einführung in das Gesamtgebiet der Botanik. Von 6—7 Uhr Abends im Hörsaale des Botanischen Gartens. Einlaßkarten nicht erforderlich.

Ueber ein schäbiges Denunziantenstücklein Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereinler wird uns berichtet: „In der Beilage des „Regulator" Nr. 48, vom 1. Dezember 1905, Organ des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, ist ein Denunziantenstücklein verübt, das es verdient, niedriger gehängt und der Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht zu werden. In Wut darüber, daß die Metallarbeiter sich mehr und mehr von dem Gewerkverein ab- und dem Deutschen Metallarbeiterverband zuwenden, was besonders in Hamburg geschieht, wo der Gewerkverein niemals von Bedeutung war, hat man zu folgendem Denunziantenstückchen gegriffen, um Mitglieder des Metallarbeiterverbandes zu schädigen. In einer Notiz „Aus dem Dunkeln des Metallarbeiterverbandes" heißt es: „Unser Kollege Th. arbeitete bei der Firma Blohm & Voß, Maschinenfabrik. Dort werden unsere Kollegen, auch die neu anfangenden, angefallen wie von Raubtieren, wenn sie Arbeit nehmen, ob sie organisiert sind. Wehe, wenn sie dem Gewerkverein angehören. Sie werden so lange mit den gemeinsten Mitteln schikaniert, bis sie dem Metallarbeiterverband beitreten oder der Fabrik den Rücken kehren. Auch unser Kollege Thun, der als Bohrer dort beschäftigt ist, mußte dem brutalen Zwang nachgeben, um nicht vor Weihnachten wieder arbeitslos zu sein; er trat zum Metallarbeiterverband über. Die Genossen beschwerten sich beim Meister, daß die Löcher schief gebohrt seien, er auch seine Arbeit nicht gut genug mache. Diese Denunzianten! Jetzt, wo er im Metallarbeiterverband ist, ist seine Arbeit gut, es kommt keine Beschwerde mehr beim Meister. (Folgen die Namen von 15 Arbeitern, die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind.) Ein „Pfui" solcher Gesellschaft, sie ist dem Metallarbeiterverband würdig. Was sagt der Hauptvorstand in Stuttgart dazu? Um Antwort wird gebeten."

Der Zweck, den die „Ehrenmänner", die diesen Artikel verbrochen haben, damit verfolgen, ist klar; man wollte eine Anzahl der so sehr verhaßten Metallarbeiterverbändler, welche alle Familienväter sind, der in diesem Artikel selber geschilderten Arbeitslosigkeit kurz vor Weihnachten überliefern, indem man hoffte, daß durch die Denunziation die Entlassung der Denunzierten erfolgen würde.

Der Erfolg ist jedoch ausgeblieben, denn das Sprichwort „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant", kennen nicht nur die Arbeiter, sondern jeder anständige Mensch rückt weit ab von der Gesellschaft, die sich solcher Handlungen schuldig macht.

Aber ein anderer Erfolg ist zu verzeichnen. Schon haben Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins aus Anlaß dieses Denunziantenstreiches ihren Austritt aus dieser Organisation vollzogen, und alle diejenigen, welche noch Ehre im Leibe haben, werden dem Beispiel folgen und die Gemeinschaft mit dieser Denunziantengesellschaft aufgeben.

Zusammenstellung der Zahl der hauptsächlichsten im Monat November bei den 26 hamburgischen Standesämtern stattgehabten Amtshandlungen:

	1905	1904
Zahl der eingetragenen Geburtsfälle ...	1853	1784
„ „ Aufgebote	891	857
„ „ Eheschließungen	607	598
davon an Sonntagen	3	17
„ „ eingetragenen Sterbefälle	1002	1009

Die zweitausend japanischen Soldaten, die aus der russischen Gefangenschaft über Hamburg, wie bereits mitgeteilt wurde, in ihre Heimat zurückgesandt werden, treffen am 16. d. in drei Sonderzügen von Eydtkuhnen in Hamburg ein. Am 15. d. verlassen sie die Grenzstadt. Die beiden Dampfer „Vancouver" und „Cambroman" befördern die Truppen dann in ihre Heimat. Die Mannschaften erhalten reichlich Rauchutensilien, Zigaretten usw., mit auf den Weg, während jedem Offizier ein Zigarettenetui nebst Inhalt überreicht wird. Den Mannschaften wird auf Wunsch des Obersten Oi, des Militärattachés der japanischen Gesandtschaft in Berlin, von den in Deutschland gesammelten Geldern Unterzeug gekauft werden. Die Hamburger Sammelstelle hat bereits über M. 9000 eingenommen.

Verlegung von Viehmärkten. Der auf Dienstag, den 26. Dezember d. J., fallende Kälbermarkt wird auf Freitag, den 29. Dezember d. J., verlegt; der auf Dienstag, den 2. Januar 1906, fallende Kälbermarkt wird am Mittwoch, den 3. Januar 1906, abgehalten.

Geglückter Schwindel. Ein angeblicher Obermonteur Behrwald kaufte am 20. November in einem Geschäft auf der Hoheluftchaussee für M. 68,80 Manufakturwaren. Als er sah, daß er diese ohne Bezahlung nicht verabfolgt erhielt, sagte er, er wolle sie abholen lassen und dann die Rechnung begleichen. An demselben Tage mietete er bei einem Gastwirt am Eppendorferweg zwei Zimmer, zeigte die Rechnung vor, die er bezahlen und die Sachen holen wollte, und lieh sich, weil er mit seinem Gelde zu kurz komme, M. 11. Als er diese erhalten, ließ er sich so wenig in seinem Logis als in dem Manufakturwarengeschäft wieder sehen. Er ist 35 bis 38 Jahre alt, von mittlerer Größe, hat blondes Haar, starken Schnurrbart, volles Gesicht, hinkt stark und schielt.

Aus Rache, weil er beim Betteln auf dem Schiffe „Agnes" nichts erhalten hatte, schnitt ein 23 Jahre alter obdachloser Hafenarbeiter eine neue Manilatrosse durch und nahm 25 Meter davon mit. Ein Matrose hatte das aber gesehen und ließ den Mann verhaften.

Vereitelte Entführung. Ein Weber aus Kempten, Ehemann und Vater mehrerer Kinder, hatte ein 16 Jahre altes Dienstmädchen aus Waldshut entführt, um mit ihm nach Amerika auszuwandern. Als das Paar aber heute früh hier auf dem Berliner Bahnhof ankam, wurde es verhaftet.

Gestohlen? Als die Polizei bei einem Schlachtergesellen in St. Pauli, der sich verdächtig gemacht hatte, eine Haussuchung abhielt, fand sie folgende Sachen, über deren rechtmäßigen Erwerb der Schlachter sich nicht ausweisen konnte: ein Tambourin, einen Dornschlüssel, zwei Patentgasanzünder, ein Buch über den deutsch-französischen Krieg, zwei weiße Hosen, ein Paar Schlittschuhe, einen schwarzen Seesack, ein weißes Hemd, ein rotes Notizbuch, ein Buch „Ratgeber", ein Paar weiße Trikothandschuhe, eine braune Weste. Die Eigentümer der mutmaßlich gestohlenen Sachen können diese im Kriminalrevier St. Pauli, Eimsbüttelerstraße, in Empfang nehmen.

Erschossen hat sich in der letzten Nacht in einem Logierhaus in der Böhmkenstraße der Schiffskoch Jeremias Ackermann. Seine Leiche wurde nach dem Hafenkrankenhause gebracht.

Unangenehme Begegnung. Einem Navigationsschüler wurde vor etwa 5 Wochen, vermutlich von einer 21 Jahre alten Wärterin, eine goldene Uhr aus der Tasche gestohlen. Gestern begegnete der Bestohlene der mutmaßlichen Diebin und ließ sie verhaften.

Flüchtig geworden ist nach Verübung verschiedener Schwindeleien ein etwa 29 Jahre alter angeblicher Reisender. Er verließ ohne Mietezahlung, aber unter Mitnahme der Schlüssel im vorigen Monat sein Logis am Valentinskamp, nahm am 26. November Stellung bei einem Milchhändler in der Matildenstraße, erschwindelte für 21 fingierte Bestellungen die Provision und machte sich dann unsichtbar. Wie ferner festgestellt, hat der Schwindler einem in der Karolinenstraße wohnenden Kaufmann einen Ueberzieher im Werte von M. 50 unterschlagen.

Trau, schau, wem. Am 29. November mietete ein angeblicher Uhrmacher Ernst Mertz in der Spaldingstraße ein Logis, bezahlte auch bis inkl. 1. Dezember täglich, und fragte dann seinen Logiswirt, ob er nicht Uhren oder Goldsachen zu reparieren habe; er wolle das gern übernehmen. Der Vermieter gab ihm seine goldene Uhr nebst dito Kette und Medaillon im Werte von M. 100 zur Reparatur, die der angebliche Uhrmacher nahm und damit fortging. Der Logiswirt wartet heute noch auf sein Wiederkommen.

In Haft kam ein 22 Jahre alter Kohlenarbeiter, der einem am Eilbeckerweg wohnenden Kaufmann Hübner gestohlen hat.

Kleinere Schadenfeuer fanden statt: gestern Nachmittag 4¾ Uhr Niedernstraße 103; Abends 6¼ Uhr Osterstraße 94; heute Morgen 7 Uhr Neuerwall 77/79; 8¾ Uhr Steinstraße 135.

Wechselgeschäft. Als ein Student aus Warschau am 2. Dezember aus Rußland hier am Berliner Bahnhof eintraf, machte sich ein Unbekannter, der von Posen aus mit ihm auf der Bahn gefahren war, an ihn heran und erbot sich, sein Geld für ihn umzuwechseln, damit er von den Wechslern nicht bemogelt würde. Der Student war auch leichtgläubig genug, ihm seine ganze Barschaft, 210 Rubel, einzuhändigen, und — Roß und Reiter sah man niemals wieder.

Gestohlen wurden: Geibelstraße 35 mittels Einsteigens M. 81,50, ein Paar Brillantohrringe, eine lange goldene Kette, eine goldene Remontoiruhr; Heinskamp 3 eine silberne Remontoir-Ankeruhr; vom Schiff „Silberdale" 20 Faden Manilatrosse; am Schulterblatt aus einem Kinderwagen eine Decke; Hoheweide 3 ein Ueberzieher, in dessen Taschen sich ein Kneifer und ein M. S. gezeichnetes weißes Taschentuch befanden; vom Dampfer „Caledonia", am Schuppen 76b, Kuhwärderhafen, liegend, ein Portemonnaie mit M. 20; mittels Einbruchs Kibitzstraße 8 eine Partie Wäsche, ein grauer Abendmantel, ein Ueberzieher, Jackett, Weste, drei Schinken, 35 Pfund grobe und 20 Pfund feine Mettwurst, 10 Pfund andere Wurst und M. 2.

Altona.

* **Wer da hat, dem wird gegeben.** Nach dieser Devise haben am vorigen Donnerstag unsere Stadtväter gehandelt, als sie den besoldeten Senatoren zu dem M. 9000 betragenden Gehalt noch je M. 1000 zulegten. Bei dieser Gelegenheit fragten sie nicht erst, woher sie die Gehaltszulage nehmen sollten. Als darauf aber der Antrag, den städtischen Beamten, die durchweg schlecht bezahlt werden, eine kleine Gehaltsaufbesserung zukommen zu lassen, zur Beratung stand, da wurde, woran man vorher bei der Gehaltszulage für die Senatoren nicht gedacht hatte, mit einem Male die Deckungsfrage angeschnitten. Die Anträge, den städtischen Beamten, Lehrern und Lehrerinnen die Gehälter zu erhöhen, wurden dann auch, wie wir mitgeteilt haben, zurückgestellt. Das hat bei den Lehrern und Beamten stark verschnupft. Mit Recht sagt man sich, daß wenn bei den Senatoren die Deckungsfrage nicht in Betracht kam, so sollte sie bei den geringfügigen Zulagen zu den Gehältern der Lehrer und Beamten erst recht nicht in Betracht gezogen werden. Die Zulagen für letztere seien notwendiger, als für die Senatoren, und das Notwendige müsse bewilligt und Mittel zur Deckung müßten gefunden werden.

* **Der Begründer des hiesigen Realgymnasiums** und langjährige Leiter desselben, Dr. Schlee, ist in vergangener Nacht, fast 72 Jahre alt, plötzlich verstorben. Vor Begründung des Realgymnasiums war er Lehrer am Christianeum.

* **Acht neue Schulklassen an den Volks- und Mittelschulen** sollen, einem Beschlusse der Schulbehörde zufolge zu Ostern eingerichtet werden.

* **Die Altonaer Freihafenanlage,** die mit bedeutenden Kosten errichtet wurde, um den Altonaer Handel zu fördern, wurde in der Zeit ihres Bestehens durchweg schlecht frequentiert und erforderte erhebliche Zuschüsse. Die meiste Zeit sah man in derselben keine Schiffe liegen, die löschten oder Ladung einnahmen. Viele Klagen wurden über die „verfehlte Anlage" laut. In der letzten Zeit ist aber eine Besserung eingetreten. Jetzt wird die Freihafenanlage mehr benutzt und es sind auch noch für die nächste Zeit Schiffe angemeldet, die sie aufsuchen wollen. Fraglich aber ist es, ob es so bleibt, oder ob nicht die stärkere Frequenz eine vorübergehende Erscheinung ist.

Im Schiller-Theater trat gestern Abend in „Kabale und Liebe" Fräulein Margarete Raphaels, und zwar in der Rolle der Louise auf. Wie wir hören, war das überhaupt ihr erstes Auftreten auf den Brettern, die die Welt bedeuten. Und da läßt sich nur sagen, daß die junge Dame einen recht achtenswerten und verdienten Erfolg erzielte. War ihre Wiedergabe der Rolle auch vielleicht noch nicht abgerundet genug, hätten einige Töne auch etwas inniger angeschlagen werden müssen, so zeigte sich doch schon bei diesem ersten Auftreten, daß in der Debutantin das Zeug zu einer tragischen Liebhaberin steckt, daß es ihr an Feuer und Kraft nicht gebricht, kurz, daß man von ihr noch etwas recht Tüchtiges zu erwarten berechtigt ist, wenn sie unter den Händen eines tüchtigen Regisseurs weiter gebildet wird. Die zügelnde Hand eines solchen ließ zum Teil auch der Ferdinand des jugendlichen Künstlers Hunold Strakosch vermissen, der im allgemeinen seiner Aufgabe durchaus gerecht wurde und auch über regen Beifall quittieren konnte. Durchweg gute Leistungen boten Herr Stollhof als Präsident, Herr Lenar als Wurm und Herr Krilling als Musikant Miller; auch Herr Meyer, der den Kammerdiener des Fürsten gab, Margarete Feige als Lady Milford, fanden sich recht gut mit ihren Rollen ab, wie überhaupt jeder der Mitwirkenden sein Bestes gab und ehrlich zum Gelingen des Ganzen beitrug. Nur Herr Hubert Müller übertrieb so furchtbar, machte aus dem Hofmarschall von Kalb einen so blödsinnigen Gecken, daß man den Fürsten schon für einen Idioten halten müßte, der solchen albernen Hanswurst zum Hofmarschall machen würde.

* **Ein Gaunerstreich?** Bei der Polizei erschien eine in der Barnerstraße wohnende Witwe und zeigte an, daß ein etwa 28 Jahre alter Mann mit dunklem Schnurrbart, der sich ihr gegenüber Jean Dieck nannte, sie in unerhörter Weise bestohlen habe. Derselbe habe sich bei ihr einlogiert und sie bald darauf mit einem Brief nach einer Straße, die in Borgfelde oder Barmbeck liege, geschickt. Als sie zurückgekehrt sei, sei der Mensch verschwunden gewesen und habe Sparkassenbücher, Uhren und andere Sachen mitgenommen. Die Frau verfiel, als sie die Anzeige machte, in Tobsucht, so daß sie nach dem Krankenhause gebracht werden mußte. Ob ihre Angaben auf Wahrheit beruhen, konnte noch nicht festgestellt werden.

* **In eine gefährliche Situation** geriet in vergangener Nacht ein angeblicher Kaufmann aus Hamburg. Er lernte eine weibliche Person, die in der Friedrichsbaderstraße wohnt, kennen und diese erbat sich, ihn mit nach ihrer Wohnung nehmen zu wollen. Unterwegs besann er sich eines Besseren und ließ die Person laufen. Dadurch fühlte sich diese gekränkt und machte ihrem Unmut durch Schimpfereien Luft. Nun erschien ihr Zuhälter auf dem Plan und stürzte mit gezücktem Messer auf den Verschmäher seiner „Braut" los. Zum Glück für letzteren war aber ein Schutzmann in der Nähe. Derselbe ergriff den Zuhälter und nahm ihn in Haft.

* **Ein freies Leben führen wir!** In vergangener Nacht waren drei Männer in den Keller des Grothschen Etablissements an der Elbchaussee eingedrungen und taten sich gütlich an den dort vorhandenen Weinen und Speisen. Einer von ihnen, ein Maler Holm aus Ottensen, hatte so viel von dem Wein genossen, daß er nicht wieder aus dem Keller herauskommen konnte. Er wurde heute Morgen als Weinleiche aufgefunden und um ihn her lagen geleerte Weinflaschen, Sardinendosen, Fleischreste usw. Nachdem man ihn in geeigneter Weise ermuntert hatte, wurde er in Haft genommen. Seine beiden Complicen sind über eine Planke gestiegen und entkommen. Sie dürften aber bald ermittelt werden, da ihre Namen der Polizei bekannt geworden sind.

* **Durch Kohlengas erstickt.** Im benachbarten Friedrichsgabe verließen gestern Morgen, wie gewöhnlich, ein dort wohnender Brothändler und dessen Frau ihre Wohnung, um Brot auszutragen, und ließen ihre beiden noch nicht schulpflichtigen Kinder, einen Knaben und ein Mädchen, in der Küche zurück. Als Mittags die Geschwister aus der Schule kamen, fanden sie das Mädchen tot auf. Es lag in der Küche vor der Tür. Der Knabe lag besinnungslos auf dem Sofa. Die Luft in der Küche war mit Kohlengas geschwängert, das einem eisernen Behälter, in dem sich glühende Kohlen befanden, entströmte. Durch Einathmen des Gases hat das Mädchen seinen Tod gefunden und den Knaben würde dasselbe Schicksal ereilt haben, wenn die größeren Kinder noch etwas länger ausgeblieben wären. Er befindet sich außer jeglicher Gefahr. Ein herbeigeholter Arzt konnte nur noch den Tod des kleinen Mädchens konstatieren. Das Unglück ist auf Spielerei der Kinder zurückzuführen.

* **Gestohlen** wurden einem Kaufmann in der Chemnitzstraße in Groß-Flottbeck zwei Hosen, die einen Wert von M. 40 repräsentieren sollen.

* **Verunglückt.** Heute Vormittag fiel in einem Geschäft in der Großen Bergstraße ein Stapel gefüllter Säcke um und der Arbeiter J. Bohn wurde darunter begraben. Er trug erhebliche Quetschungen davon und wurde nach dem Krankenhause gebracht.

* **Ein kleines Feuer** entstand heute Nachmittag in der Hamburgerstraße 65 im Keller. Es brannten Späne, Papier und altes Gerümpel. Die Feuerwehr beseitigte in kurzer Zeit die Gefahr.

* **Aus den Altonaer Gerichten.** Ein alter Zuchthäusler stand heute in der Person des Händlers Karl Sonnenburg vor dem Landgericht und war wegen Diebstahls angeklagt. Etwa 20 Jahre hat er schon im Zuchthause zugebracht und kürzlich ist er vom Landgericht wieder zu 2 Jahren 7 Monaten Zuchthaus wegen Diebstahls verurteilt worden. Im vorliegenden Falle soll er seiner Logiswirtin, als er angeblich allein in der Wohnung anwesend war, aus einem verschlossenen Schrank ein Zwanzigmarkstück gestohlen haben. Obwohl Dietriche, womit wahrscheinlich der Schrank geöffnet worden ist, bei ihm vorgefunden wurden und auch andere Umstände für seine Täterschaft sprachen, bestritt er doch ganz entschieden den Diebstahl. Der Staatsanwalt hielt ihn aber für überführt, beantragte gegen ihn wegen dieses Diebstahls 4 Jahre Zuchthaus und bat, diese Strafe mit der früheren Strafe zusammen auf 6 Jahre Zuchthaus zu normieren. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Jonas, plaidierte für Freisprechung, da nach der ganzen Sachlage die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß ein anderer den Diebstahl ausgeführt habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. — Wegen Buchmacherei war heute vor dem Landgericht der Reisende S. angeklagt. Er soll sich des ihm zur Last gelegten Vergehens auf der Bahrenfelder Rennbahn schuldig gemacht haben. Seiner Behauptung zufolge hat es sich nur um eine Veranstaltung unter Bekannten und nicht um gewerbliches Glücksspiel gehandelt. Der Staatsanwalt beantragte seine Verurteilung, wohingegen sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herz, Freisprechung beantragte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von M. 400, event. 40 Tage Gefängnis.

Wandsbeck.

× **Die Mitgliedschaft Wandsbeck des Sozialdemokratischen Vereins für den 8. und 10. Wahlkreis** hielt gestern Abend in der „Harmonie" eine mäßig besuchte Versammlung ab. Den Bericht vom Provinzialparteitag in Elmshorn erstattete in eingehender Weise Genosse Krüger, dabei namentlich auch das Verhältnis Hamburgs zur Provinz streifend. Redner kam zu dem Schlusse, daß der Parteitag nach keiner Richtung befriedigt und wenig brauchbare Arbeit geliefert habe. Die Diskussion, an der sich die Genossen Haß, v. Rosbitzki, Krüger und Kasch beteiligten, drehte sich ebenfalls um die Lösung der Provinz von Hamburg. Haß meinte, da Wandsbeck selbst einen diesbezüglichen Antrag gestellt habe, dürfe es sich jetzt nicht beschweren; die übrigen Redner pflichteten dem bei und betonten, daß die Provinz froh sein dürfe, von der herablassenden Gönnerschaft Hamburgs erlöst zu werden. Es würden geregelte Organisationsverhältnisse geschaffen, und die nach dem Parteitage von Neumünster zu Tage getretene unerhörte Disziplinlosigkeit der leitenden Hamburger Kreise könne nicht mehr als schlechtes Beispiel üble Wirkungen zeitigen. Der Provinz sei die Unterstützung der Gesamtpartei nötigenfalls sicher, sie werde aber voraussichtlich bei verständiger Benutzung der eigenen Mittel derselben entraten und sich völlig auf eigene Füße stellen können. Nach Scheidung der unglücklichen Ehe würden auch die Provinzialparteitage jedenfalls wieder nutzbringender arbeiten können, als dies in den letzten Jahren der Fall gewesen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Ueber die verflossenen Stadtverordnetenwahlen referierte Genosse Kasch. Wenn er sage, das Resultat entspreche den Erwartungen, so heiße das nicht, daß es befriedige. Denn abgesehen von der erneuten Feststellung, daß das Bürgertum nicht im stande sei, über etwa 500 Stimmen hinauszukommen, während die Sozialdemokratie zwar recht langsam, aber stetig und sicher wachse, sei nicht zu verkennen, daß noch weite Kreise wahlberechtigter Arbeiter ihr Wahlrecht entweder gar nicht oder, was noch schlimmer sei, gegen die Sozialdemokratie ausnutzten. Rund 130 Arbeiter seien nicht zum Wählen gegangen; die Hälfte würde schon genügt haben, dem Genossen Bruhns das Mandat zu sichern. 8 Arbeiter hätten gemischt gewählt; während 11 sogar den Gegnern ihre Stimme gegeben hätten. Unter letzteren befänden sich 5 Straßenbahnschaffner resp. Führer. Von den Handel- und Gewerbetreibenden habe nur ein ganz geringer Prozentsatz erkannt, daß seine Interessen mit denen der Arbeiter, der seine Existenz begründenden Konsumenten, zusammenfielen. Von den Wirten und Speisewirten, die zu mindestens 80 Prozent ausschließlich auf die Arbeiter angewiesen seien, aus deren Reihen sie vielfach hervorgingen, hätten von insgesamt 93 volle 41 den Weg von der Toonbank zum Wahltisch überhaupt nicht finden können, 13 hätten gegnerisch gewählt, 9 in gemischter Abstimmung beiden Teilen Rechnung getragen und nur 30 sich zu unserer Fahne bekannt. Komme es aber zu wichtigen wirtschaftlichen Differenzen, dann verlangten diese, heute der Arbeiterschaft so hübsch fernstehenden Leute weitgehende Unterstützung, Rücksichtnahme und Mitleid von derselben Arbeiterschaft! Die Schlachtermeister seien noch wahlscheuer; nur 7 hätten gewählt, von diesen 3 gegnerisch, 1 gemischt und 3 sozialdemokratisch. Etwas stärker sei die Beteiligung der Krämer, Fettwaren-, Delikatessen-, Butter- usw. Händler gewesen, freilich nicht zu unseren Gunsten, obwohl von diesen Leuten genau dasselbe gelte wie von den Wirten. Nur 11 stimmten für unsere Kandidaten, 3 gemischt, 17 für die Gegner. Die Milchhändler hätten ihre bisherige Abstinenz anscheinend aufgegeben und teilweise gemischt gewählt (7), während 3 für die Gegner eintraten und nur einer unsere Kandidaten wählte. Die Bäckermeister hätten es meistens den Schlachtern gleichgetan; 5 wählten gegnerisch, 1 gemischt, 2 sozialdemokratisch. Von den Brotträgern und -Händlern fanden sich 2, welche den Gegnern halfen, 3, die beiden Teilen ihre Gunst zuwandten, 4, welche sozialdemokratisch wählten. Der einzige zur Wahl erschienene Konditor wählte gegnerisch. Von den Schuhmachern und Schuhwarenhändlern wählten je 7 gegnerisch und sozialdemokratisch, 1 gemischt, die Schneidermeister wählten, soweit sie sich beteiligten, sämtlich Gegner, von den Hutmachern 1 gemischt, 1 Gegner. Besonders geschlossen traten die Feiertagskleide die bequemen Plüschsessel drückt. Dem war's wohl bei den Späßen des Herrn Wolters, und es bereitete ihnen eine Aufnahme, als seien es Offenbarungen. — Brav gespielt wurde das Stück, zu brav für die Qualität des Schmarrn. Herr Max, der auch die Regie führte, Herr Nhil, Frl. Hönigsvald, Herr Leisner, Herr Gebhardt, Frl. Westhoven und einige andere Herrschaften setzten ihr ganzes Können ein, um das Zeugs genießbar zu machen.

---

[29] (Nachdruck verboten.)

Das Moordorf.

Roman in zwei Büchern von Max Geißler.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

In der Luft schwamm der sanfte Hauch von reifem Korn und flog auf weichen Schwingen um die Kiefern und Birken an den Häusern.

Hubert Rot trat mit Wischen Böschen und Wöbke Dierks aus Klas Böschens Tür. Die Lichter hinter den Fenstern waren ausgetan. Nur von da und dort klangen die gedämpften Reden plaudernder Maler und Malerinnen.

Hubert Rot schritt mit den Frauen aber nicht zu seinem Haus, aus dessen Fenstern das träumerische Licht einer Ampel in den weißen Glanz des Mondes fiel, sondern sie gingen langsam in die Laube, um die der Schatten der Buschkiefern war.

„Woran denkst Du?" fragte Rot Wöbke Dierks.

„Ich denke, wie froh mich dies sanfte Licht macht, und wie Ham Rugen sagte, daß er die goldenen Hände der Sonne auf seiner Stirn fühle. Der warme Schein der Ampel greift auch herüber in die Heideföhren, und ich sah ihn eben als sanftes Leuchten über meine Hände gehen."

„Du könntest öfter in dem gedämpften Rot dieser Lampe sitzen, wenn Du mit Wischen Böschen manchmal des Abends kämst."

„Wir passen nicht zwischen die feinen Schränke und Tische," sagte Wischen Böschen, „so wie man den Jan oder die Stine vom Moor immer gleich erkennt, wenn sie in den Straßen Bremens gehen, oder wie sie in ihren Kleidern und Bewegungen unter den Menschen anderer Städte fremd bleiben, so geht uns das, wenn wir in einem der „Malhäuser" sind. Wir sind darin nicht daheim — wenngleich sie nicht einmal so weit von den unsern entfernt stehen, wie der Ruf eines Kindes läuft."

Hubert Rot hatte seine Hand auf die des Mädchens gelegt, wie er zu tun pflegte, wenn sie seit seiner Krankheit in dem Silber der Nächte saßen. Wöbke Dierks litt diese Hand.

Wischen Böschen war aus dem Dunkel der Bäume gehuscht und ging lautlosen Schritts an der Schmalseite des Hauses entlang. Dann kehrte sie zur Bank zurück.

„Ich habe Ihnen etwas zu sagen, was nur Sie hören sollen, und worüber ich mit Ihnen oft mit Wöbke gesprochen habe. Aber wenn ich auch einmal dachte, mit Ihnen darüber zu reden — immer waren wir nicht allein, oder ich fand den Mut nicht dazu. Jetzt steht die Nacht zwischen uns, Herr, und nun will ich reden, weil vorhin eine der Malerinnen davon gesprochen hat, Sie würden Wöbke Dierks als Ihre Frau in jenes Haus führen."

„Sie sagen, das Fräulein habe im Scherz gesprochen?" fragte Rot. Er fühlte die Hand des Mädchens in der seinen zittern.

„Ja, aber in einem Scherz, in dem sich Ernst und vielleicht auch Neid verbarg," fuhr Wischen Böschen fort. „Sie denken gar nicht daran, Wöbke Dierks zu heiraten und — das ist es, was ich Ihnen sagen wollte — es geht auch nicht."

„Es geht auch nicht," sagte Wöbke Dierks leise. Aber ihre Stimme war voll Ruhe.

„Wie kamen Sie dazu, so oft darüber zu sprechen? Ach so — Sie sagten es schon. Sie haben mich überrascht, oder ich habe mich über die Malerin geärgert, die vorwitzig über Dinge geredet hat, die sie nichts angehen; darum vergaß ich es," sagte Rot.

Wöbke Dierks entwand ihre Hand der des Malers und schritt aus der Laube.

„Lassen Sie das Mädchen gehen, Herr, wir können ohne sie leichter sprechen. Ihr tut das Herz weh, ich weiß. Aber es ist ein zu weiter Weg, den Wöbke zu gehen hätte, um sich in Ihrem Leben zurechtzufinden."

Nach einer Weile ging auch Wischen Böschen aus der Laube. Es war, als schäme sie sich, weil sie den Mann in zweier Frauen Herzen hatte blicken lassen. Hubert Rot blieb sinnend allein in der Nacht.

* * *

Die Sommerseide flog und die Windmühle, die mitten im Grunde der sich immer weiter dehnenden Wiesen stand, schwang ihre mächtigen Flügel. Und die braunen Segel der Torfboote gingen wieder in Reihen in den stillen Gräben. Hinter den Einhäusern schritt das Vieh auf den Weiden.

Da kam einer durch den Glanz des Spätsommertages. Der war aus seinem Röcklein herausgewachsen, in dem er vor mehr denn drei Jahren davongeschritten. Er blieb auf die Dauer eines Grußes oder kurzen Wortes auf seinem Weg stehen, so oft eines der braunen Segel an ihm vorüberglitt. Verwundert ließ er die blanken Augen über die neuen Dächer gleiten, die ihn aus der Ferne grüßten. Drei Jahre hatten ein Dorf in die Moorheide gesetzt; das hatte die Windmühle mit den rauschenden Flügeln zum Wahrzeichen. Dort war eine Hütte gewesen, als der kaum 17jährige zum ersten Mal auf diesem Land gestanden hatte.

Von Haus zu Haus flog der Ruf, als sie Jan Klüwer erkannten.

Wöbke zitterte beim Klange dieses Namens das Herz. Wie er fortgegangen — da waren sie noch drüben in der Hütte und wie er mit seinen Hoffnungen der Zeit um drei Jahre vorausgeflogen war — daran dachte jetzt Wöbke Dierks und dachte der Worte, die er damals geredet hatte.

Da trat Jan Klüwer schon auf die schummerige Diele. Ein breiter goldener Strom von Sonnenlicht floß hinter ihm drein.

Und Klas Böschen kam, und die Maler gingen nach ihm in das Haus.

Jan Klüwer reichte Wöbke Dierks die Hand.

Und die beiden Hände ruhten eine Weile ineinander. Dann begrüßte er auch die anderen. Noch etliche gingen herzu. Es war manch Gesicht dabei, das ihm fremd war.

„Es ist anders worden bei Euch in den Einhäusern — vieles anders. Ihr seid ein Dorf geworden."

Sie erzählten.

Sie rückten Jan Klüwer einen Schemel an den Torfbrand und saßen um ihn her. Ham Rugen ist tot, und Jan Harms wartet, ob er nicht bald sterben werde. Crischan Böttjer hat die Flinte nicht mehr. Crischan Böttjer macht die Rahmen für die Bilder. Und die Maler? . . .

Da trat Rot dicht vor Jan Klüwer und sagte zu ihm: „Mit mir, meinst Du, habest Du so wie so noch ein Wort zu reden. Mit den Malern ist es gegangen wie mit den anderen auch — nur ein wenig schneller ist ihr Glück gelaufen. Aber Glück ist ringsum, wohin Dein Auge geht, Jan Klüwer, überall das gleiche Glück, überall Kraft und Gesundheit. Und weißt Du, warum Du so schnell hereingelaufen bist in die Einhäuser, und weißt Du, warum Deine Augen so blank sind und Dein Herz so tapfer schlägt?"

Jan Klüwer guckte auf die sauberen Fliesen des Flets.

Die Maler lächelten, und in Wöbke Dierks' Stirn schoß eine Welle Blut. Auch Rot wußte, was Jan Klüwers Herz sprach.

„Denn hernach, und das ist auch ein Grund, gewesen," fuhr er fort. „Aber: Du hast die Scholle lieb, Junge, auf der Du stehst. Und Dein Herz ist recht warm geworden, seit unter Deinem Fuß nicht mehr der harte Klang der fremden Straße hervorbrach. Dein Herz ist erst wieder recht warm geworden, als Du den „Jan vom Moor" reden hörtest und die alten heimlichen Laute vernahmst, nach denen Dein Ohr draußen vergebens gesucht hat. Du hast Deine Heimat gesucht und hast sie gefunden, und es ist eine stolze Freude in Dir — die stolzeste Freude, die ein Menschenherz empfinden kann —, die verdankt es dem stillen, ernsten Suchen nach der Heimat. — Du bist vor drei Jahren im Trotz geschieden . . ."

„Nicht im Trotz, Herr."

„Und weißt Du noch, was Du sagtest, als Du gingst?"

„Ja, Herr."

„Und denkst Du noch so wie damals?"

„Ja, Herr, und darum bin ich seit Mitternacht gewandert."

„Ich habe Wöbke Dierks eine große Schuld zu bezahlen, und ich habe damit gewartet, bis Du kämst."

Hubert Rot erfaßte die Hand Jan Klüwers und legte einen Beutel hinein.

„Das sind fünfhundert Taler. Die gib Wöbke Dierks und sage ihr: den Dank hätte ich schon. Aber die Freude an der Heimat — die vergiß mir nicht, Junge!"

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Im Deutschen Schauspielhause wurden am Sonnabend der Verseinakter „Herbstzauber" von Rudolf Presber und der dreiaktige Schwank „Sein Alibi" von Wilhelm Wolters zum ersten Male aufgeführt. Wegen Behinderung am Sonnabend sah ich die erste Wiederholung am Dienstag. Wäre nicht der Einakter damit zusammengekoppelt gewesen, hätte man sich den Schwank ganz schenken können. Es ist handswerksmäßig gezimmerte Ware nach dem Dombudenrezept: „Du sollst und Du mußt lachen!" Auf den Krücken einer „Idee", die zu einem regelrechten Bierbankscherz nicht langen würde, schleppt sich das Ding durch drei Akte mühsam dahin, und man ist froh, wenn endlich über dem Unfug zum letzten Male der Vorhang fällt. Freilich nicht der verehrliche Schaupöbel, der im

Sehr viel anders und besser ist der Einakter „Herbstzauber". Presber nennt das Stücklein ein Mondscheinszenchen. Duftige Mondscheinpoesie ist's in der Tat, in der uns Presber die rührende Geschichte vom Pierrot und seiner Colombine erzählt, die des schwärmende Phrasen dreschenden Liebhabers, der vor jedem Knacken im dürren Herbstlaub erschrickt und im Liebesschmerz bei der Mutter Kirche und der hohen staatlichen Obrigkeit Schutz sucht, überdrüssig wird und sich dem Gott Dionysos, dem Herrn bacchantischer Lust und ausgelassener Lebensfreude, hingibt. Dr. Carl Heine, der Meister duftigsten Bühnenstimmungszaubers, hatte mit Hülfe der vortrefflichen technischen Mitarbeiter des Schauspielhauses eine Szenerie geschaffen, die ganz und gar aufging in dem Duft der Poesie Presbers und in Frl. Elsinger, Herrn Gebhardt, vornehmlich aber in Herrn Wagner (Dionysos) waren dem Szenchen Darsteller geworden, die den zarten Versen keine Gewalt antaten, sondern sie bestens zur Geltung brachten.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Wie stehts mit der Religion? Im Verlag der freiheitlich geleiteten Bremer pädagogischen Zeitschrift „Der Roland" ist ein Flugblatt nach dem Muster der bekannten Flugblätter des „Simplizissimus" erschienen, das die bange Frage „Wie stehts mit der Religion?" in lustigen Versen und Bildern beantwortet. Zeichner und Dichter des Flugblattes sind verruchte Gesellen, die bitterbösen Spott treiben und mit dem Heiligsten und Erhabensten, das ein rechtschaffener Christenmensch kennt, mit dem tugendsamen Herrn Pastor, der es so gut meint mit dem Schullehrer, ihn vor Sünde und Höllenpfuhl bewahren will, und sogar kein Verständnis dafür findet. Das Flugblatt, das einen sehr übermütigen frischen Ton anschlägt, ist wirklich sehr lustig. Unsere Bremer Parteibuchhandlung hat es deshalb in Kommission genommen und empfiehlt es auch den Parteifreunden. Das Stück kostet 10 Pfennige.

Handwerksmeister, namentlich die Maler und Tischler, für die bürgerlichen Kandidaten ein. Sozialdemokratisch wählten nur je 1 Tischler, Barbier, Maurer und Tapezierer und 2 Maler, gemischt je 1 Maler, Stellmacher, Bauunternehmer und Küper. Das zeige, so folgerte der Referent, daß man den Arbeiter als Konsumenten nicht zu würdigen wisse, nicht auf der Rechnung habe trotz seiner großen Bedeutung, und es lege weiter den Arbeitern die Verpflichtung auf, ihre Macht als Konsumenten gründlich und rücksichtslos, wie es die Gegner auch täten, auszunutzen und Schluß zu machen mit der völlig unangebrachten Gefühls- und Gewohnheitsduselei, die im „alten Bekannten" und im „guten Nachbar" den schärfsten wirtschaftlichen und politischen Gegner das Rückgrat stärke. In der öffentlichen Stimmabgabe und dem unerhört hohen Wahlzensus hätten die Gegner Waffen gegen uns, die sie mit voller Schärfe schwingen. Da könne es für uns nur heißen: „Wie du mir, so ich dir! Auge um Auge, Zahn um Zahn!" Des weiteren aber gebe es noch ein probates Mittel, Einfluß auf die Kommunalpolitik zu gewinnen. Das sei die Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen, mittels derer sich die Arbeiter von ihren heute die Gemeinde beherrschenden Arbeitgebern ein Einkommen erkämpfen könnten, was ihnen die Wahlberechtigung verleihe. Das Wahlresultat sei eine Verurteilung aller Einseitigkeit im proletarischen Emanzipationskampfe. Der Arbeiter habe hier als Konsument und Gewerkschaftler auf den Plan zu treten, um politischen Einfluß zu gewinnen. So lange das nicht geschehe, würden wir in Wandsbeck nicht einmal wieder einen Zufallserfolg erringen, wie vor vier Jahren. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, an der sich die Genossen Haß, C. Peters, Krüger, Cabier, v. Nosbitzki und Kasch beteiligten. Im allgemeinen ward den Ausführungen des Referenten völlig zugestimmt. Betont wurde u. a., daß manche bessergestellte Arbeiter nicht ihrem Einkommen entsprechend eingeschätzt und daher nicht wahlberechtigt seien; das müsse anders werden. Weiter wurde schärfste Kritik an dem Gebahren der Geschäftsleute geübt, die es als selbstverständlich betrachteten, daß der Arbeiter ihnen ihre Waren zu teuren Preisen abkaufe, bei der Wahl aber sie nicht kennen, sondern sich zu Leuten gesellten, die für sie als Konsumenten wenig oder gar nicht in Betracht kämen. Die bürgerliche Gesellschaft ziehe in gleichem Falle ohne weiteres ihre Konsequenzen, der Arbeiter dagegen sei gutmütig und vergesse solche schnöde Behandlung. Er müsse sich erst daran gewöhnen, nicht hinten wieder hineinzukommen, wo man ihn vorne hinausgeworfen. Dann würden gewisse Leute rasch zur Besinnung kommen. Beschlossen wurde, in geeigneter Weise der Parole der Bürgerlichen „Kauft nur am Orte!" die sozialdemokratische entgegenzusetzen „kauft am Orte nur bei Leuten, die zu Euch stehen!" — Die Wahlen der Bezirksführer und Kassierer ergaben folgendes Resultat: Bezirksführer 1. Bezirk Noodtmann, 2. Bezirk Stelzner, 3. Bezirk Frz. Martens, 4. Bezirk W. Petermann, 5. Bezirk Fr. Schröder, 6. Bezirk Ferd. Timmermann, 7. Bezirk Iben; Bezirkskassierer (nachdem beschlossen 9 statt 7 Bezirke einzurichten): 1. Bezirk Koops, 2. Bezirk A. Sachau, 3. Bezirk Paustian, 4. Bezirk Schwarck, 5. Bezirk (ausgesetzt), 6. Bezirk Joh. Schmidt, 7. Bezirk Stuhr, 8. Bezirk Wichmann, 9. Bezirk Rau. Als Reservekassierer wurden bestimmt Ed. Meyer, Hartmann und Ibens. — Die nächste Versammlung findet in der zweiten Januarhälfte statt.

⚔ **Eine Sitzung des Kreisausschusses** für den Kreis Stormarn findet am Donnerstag, 14. d. Mts., Nachmittags 1 Uhr, hierselbst statt.

⚔ **Personal sparen!** Der Amtsvorsteher von Alt-Rahlstedt hat gestattet, daß „bei normalem Verkehr" auf der Volksdorf-Rahlstedter elektrischen Kleinbahn dem Motorwagen ein besonderer Schaffner nicht beigegeben und der Schaffnerdienst des Motorwagens dann gleichzeitig vom Führer selbst ausgeführt wird. Die Anhänge- und auch der Gepäckwagen sind dagegen stets mit einem Schaffner oder Bremser zu besetzen.

⚔ **Unfall.** Gestern Abend fiel am Marktplatze ein unbekannter Mann aus einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen und schlug so heftig mit dem Hinterkopfe auf das Pflaster, daß er bewußtlos liegen blieb. Nachdem ein Arzt die erste Hülfe geleistet hatte, erfolgte auf dessen Anordnung die Ueberführung des Verunglückten in das städtische Krankenhaus.

Hamburger Landgebiet.

Bergedorf. Die diesjährige Volkszählung hat nach der „Berged. Ztg." in der Landherrenschaft Bergedorf folgendes vorläufige Resultat ergeben:

	1905	männl.	weibl.	1900	1895	1890
Bergedorf ..	12405	6067	6338	10243	8297	6957
Kirchwärder	4374	2188	2186	4182	3982	3774
Neuengamme mit Osikrauel	2500	1224	1276	2366	2222	2086
Curslack ...	1620	786	834	1480	1458	1405
Altengamme	1449	719	730	1406	1421	1412
Geesthacht ..	4740	2457	2283	3981	3526	2915
A. d. Schiffen	50	46	4	—	—	—
	27138	83487	13651	23732	20906	18549

Hiernach hat Bergedorf wieder eine erhebliche Zunahme der Einwohnerzahl zu verzeichnen, und zwar von 10243 im Jahre 1900 auf 12405 im Jahre 1905, gegen 8297 im Jahre 1895 und 6957 im Jahre 1890. Von den übrigen Orten der Landherrenschaft Bergedorf ist die Einwohnerzahl Geesthachts am meisten gestiegen.

k. **Bergedorf.** Gehaltsaufbesserungen sind, wie wir bereits kurz berichteten, dem Stadtbaumeister Dusi, dem Stadtkassierer Popp, dem Bureauvorsteher Redding, dem Betriebsleiter Sievers und dem Bureaugehülfen Wieckhorst in geheimer Sitzung von der Bürgervertretung zugebilligt worden. Die Gehälter der ersteren drei Beamten sind hierdurch von M. 3900 auf M. 4300, das des Betriebsleiters von M. 3800 auf M. 4200 und das Gehalt des Bureaugehülfen von M. 1400 auf M. 1650 jährlich erhöht worden. Wir wollen heute nicht darüber rechten, ob gerade die Erhöhung dieser Gehälter, zum wenigsten die der ersten vier Beamten so dringend notwendig war. Wenn aber einmal eine Aufbesserung der Gehälter als notwendig erachtet wird, dann sollten auch die schlechtest gestellten Arbeiter berücksichtigt werden und vor allen Dingen die Gemeindearbeiter; diese arbeiten bisher noch für einen Stundenlohn von 25—30 ₰, außer einigen Ausnahmen, die 35 ₰ pro Stunde erhalten. Ziehen wir in Betracht, daß während der Monate Dezember und Januar nicht länger als 8 Stunden täglich gearbeitet werden kann, dann ergibt sich ein Tagesverdienst von M. 2, M. 2,40 und im günstigsten Falle ein solcher von M. 2,80, während die Staatsarbeiter Tagelöhne von M. 3,40 während der Wintermonate und M. 3,70 während der Sommermonate beziehen. Der Staat ist demnach noch koulanter als unsere Gemeindeverwaltung. Hoffentlich tragen diese Zeilen mit dazu bei, daß auch unsere Gemeindearbeiter mit einer Lohnerhöhung bedacht werden; denn nicht allein die höheren Beamten, sondern ganz besonders die Arbeiter haben unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen zu leiden. Eine Lohnzulage wäre demnach in erster Linie am Platze.

Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Eine rohe Tat** beging gestern Abend ein Ehemann an der Alten Schleuse dadurch, als er mit seiner Ehehälfte in Streit geriet und sie mittels eines Werkzeuges bearbeitete. Die Frau trug erhebliche Verletzungen davon.

r. **Eine Fahrt mit Hindernissen** hatten gestern drei von den oberen Zehntausend. Die Herren fuhren mittels Automobil in ungeheuer schnellem Tempo die Harburger Chaussee entlang. Plötzlich versagte die Steuerung des Stinkkastens und sie jagten mit voller Wucht gegen ein Hindernis, wodurch das Auto erheblich beschädigt wurde. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Lübeck.

Einwohnerzahl der Stadt Lübeck. Vorläufige Aufmachung. Nachdem die Meldungen über die Zählungsergebnisse aus sämtlichen 1189 Bezirken eingegangen sind, ist die Einwohnerzahl Lübecks zu 91 371 ermittelt worden. Gegenüber der vorletzten Zählung von 1900, welche eine Bevölkerung von 82 098 nachgewiesen hatte, ergibt dies eine Vermehrung von 9273 Personen oder 11,3 Prozent. (Die kürzliche Schätzung des Statistischen Amtes lautete auf 94 000.)

Die Bürgerschaftssitzung am Dienstag erweckte durch den Eintritt der ersten sozialdemokratischen Vertreter besonderes Interesse. Die Debatten waren belanglos. Bei der Vorstandswahl stimmten die Sozialdemokraten mit weißen Zetteln.

Schleswig-Holstein.

Pinneberg. Die am Dienstag Abend abgehaltene Versammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes war nur schwach besucht. Den Kartellbericht gab Ebel. Als Hülfskassierer für Pinneberg wurde zum 1. Januar Bühse gewählt. Alsdann wurde beschlossen, wegen des schwachen Besuchs der Bauarbeiter eine Extraversammlung zum Sonntag, 10. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt einzuberufen, wozu hauptsächlich sämtliche an den Bauten beschäftigten Arbeiter eingeladen sind. Dann wurde beschlossen, am 25. Februar im Lokale des Herrn Schmidt eine Maskerade abzuhalten.

Elmshorn. Der Streik bei der Firma Knecht u. Söhne in Elmshorn ist durch Verhandlung zwischen den Parteien zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Firma hat sämtliche Forderungen zugestanden, um die die Arbeiter in den Ausstand getreten sind. Zwischen den Parteien ist ein Tarif abgeschlossen worden, der von jedem Arbeiter beim Eintritt in die Arbeit unterzeichnet werden muß. Außerdem wird in der Fabrik ein Arbeiterausschuß gewählt, der bei Eintritt von Differenzen mit dem Unternehmer zusammen beraten soll, damit derartige Vorkommnisse, wie in letzter Zeit, nicht mehr möglich sind. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt. Die Arbeiter haben teilweise am Montag Morgen die Arbeit wieder aufgenommen.

Kiel. Die Kieler Buchdrucker fordern eine Teurungszulage. Die Kieler Buchdruckergehülfen hatten sich am Sonntag Nachmittag im „Gesellschaftshause" in der Kehdenstraße zahlreich eingefunden, um über Mittel und Wege zu beraten, durch die die herrschende Teurung aller Lebensmittel etwas ausgeglichen werde. Es wurde beschlossen, den hiesigen Prinzipalen mit einem Wunsche auf Gewährung einer Teurungszulage näher zu treten, zumal eine Berücksichtigung der seit Inkrafttreten des letzten Tarifs (1. Januar 1902) wesentlich veränderten Verhältnisse erst mit Beginn des Jahres 1907 im Wege einer Tarifrevision möglich sei. Die Tatsache, daß einzelne Kieler Firmen schon in diesem Sinne gehandelt haben, berechtige zu der Hoffnung, Entgegenkommen zu finden. Eine Kommission von fünf Mitgliedern soll den hiesigen Prinzipalen die Wünsche der Gehülfenschaft unterbreiten.

Flensburg. Ueber den „Vorwärts"-Konflikt sprachen sich im Sozialdemokratischen Verein sämtliche Redner dahin aus, daß sie den Standpunkt des Parteivorstandes billigten.

Konstituierende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 1. und 2. schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Vor einigen Wochen fand eine Besprechung zwischen Vertretern des 1. und 2. Wahlkreises statt, um die Gründung einer Zentralorganisation für beide Kreise in die Wege zu leiten. Ohne Ausnahme entschied man sich für einen Zusammenschluß beider Kreise. Den Ortsvereinen sollte in der nächsten Versammlung die Sache unterbreitet und ein Statutenentwurf zur Beratung vorgelegt werden. Bis Ende November hatten alle Ortsvereine der Zentralisation zugestimmt und das vorgelegte Statut beraten und gutgeheißen. Außerdem waren in den verschiedenen Orten Delegierte zu der in Aussicht stehenden Generalversammlung gewählt. Am Sonntag, 3. Dezember, tagte nun im „Mühlenpavillon" zu Flensburg die konstituierende Generalversammlung für den 1. und 2. Wahlkreis. Das Statut wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen. Als Vorort wurde Flensburg gewählt, als Sitz der Kontrollkommission Hadersleben. Gewählt wurde als Vorsitzender A. Hering und als Kassierer E. Erfurth. Der Zentralverein tritt mit dem 1. Januar 1906 in Kraft.

Hannover.

Altkloster. Am Sonntag, den 3. Dezember, fand im Lokale des Herrn Garbers eine Volksversammlung statt. Genosse Schaumburg aus Hamburg referierte über „Das Wesen der Religion und warum wird dem Volke Religion gelehrt".

Mecklenburg.

Sternberg. Die Regierung brachte beim Landtage eine Vorlage ein, worin eine Nachtschnellzugverbindung auf der Linie Hamburg über Warnemünde und über die Dampffähre Gjedser-Kopenhagen vorgeschlagen wird. Zur Errichtung der Verbindung und entsprechenden Vergrößerung der Dampffähre werden M. 740 000 gefordert.

Auswärtiges.

Notwehr gegen militärische Vorgesetzte. Vor dem Kriegsgericht der 4. Division zu Würzburg standen am Donnerstag der Ulan Vinzenz Sklarek wegen tätlichen Vergreifens an einem Vorgesetzten, der Sergeant Ehlert und der Unteroffizier Max Hutschgau wegen Mißhandlung eines Untergebenen, sämtlich vom 1. Ulanen-Regiment in Bamberg. Am 24. September d. J., einen Tag bevor das Ulanen-Regiment vom Truppenübungsplatz Hammelburg abmarschierte, trieben die Ulanen allerlei Allotria, wobei sehr viel getrunken wurde. Der Ulan Sklarek war am ausgelassensten. Als der Spektakel zu arg wurde, gebot ein Wachtmeister Ruhe und führte den Sklarek, weil er sich gar nicht fügte, dem Rittmeister König vor. Unterwegs übergab er den Soldaten auf kurze Zeit dem Sergeanten Ehlert zur Aufsicht. Das reizte den S. Er hatte im vorigen Jahre mit E. zusammen einen Pferdetransport, soll sich dabei eines unbotmäßigen Ausdrucks bedient haben und wurde gemeldet, aber nicht bestraft. Danach soll Ehlert zu Sklarek gesagt haben: „Wir sind ja noch ein Jahr beisammen!" Am 24. September nun soll Sklarek sofort zu Ehlert geäußert haben: „Du hast mich voriges Jahr schon nach Oberhaus (militärische Strafanstalt) bringen wollen, bringst mich aber nicht hin!" Was nun folgte, darüber sind die Angaben sehr unklar. Sicher ist nur, daß Sklarek von Ulanen-Unteroffizieren sehr stark geschlagen wurde, öfters um Hülfe schrie und schließlich mit einem Messer um sich schlug und dem Unteroffizier Hutschgau zwei leichte Stiche in Kopf und Hals versetzte. Nach der Prügelei sollte Sklarek von einer Patrouille verhaftet werden, widersetzte sich aber auch dieser energisch, bis er mit Gewalt in Arrest gebracht wurde. Zeugen bestätigen die Angaben Sklareks, daß Ehlert seinen Kameraden zugerufen habe: „Nur drauf, das ist besser wie gemeldet!" und daß Ehlert sowie Hutschgau auf ihn eingeschlagen haben. Festgestellt wurde auch, daß Sklarek sieben Glas Bier getrunken hatte, aber kaum vier vertragen konnte. Der Anklagevertreter führte aus, es sei in Zeitungen schon die Frage ventiliert worden, ob es beim Militär eine Notwehr gegenüber Vorgesetzten gebe. Die Frage sei zu bejahen, aber Sklarek hat sich nicht in Notwehr befunden. Er beantragte 4½ Jahre Gefängnis, für Ehlert 3 Wochen, für Hutschgau 14 Tage Mittelarrest. Das Gericht sprach Sklarek von dem tätlichen Vergreifen an Vorgesetzten frei, verurteilte ihn dagegen wegen Widerstandes gegen die Patrouille zu 1 Jahr Gefängnis. Sergeant Ehlert wurde außer Verfolgung gesetzt, Hutschgau zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt. In der Begründung wird gesagt, daß sich Sklarek den Unteroffizieren gegenüber in Notwehr befand.

Belohnungen für die Erschießung streikender Arbeiter gibt es jetzt auch schon in Preußen; Gendarm Schubert-Schoppinitz, welcher bei dem jüngsten Streikkrawall in Wilhelminenhütte den Arbeiter Sollorz in der Notwehr erschossen hat, erhielt das allgemeine Ehrenzeichen und fünfhundert Mark Belohnung! Welch' eine Wendung durch Gottes Fügung! Noch ist nicht gerichtlich festgestellt, ob der Gendarm auch wirklich in Notwehr gehandelt hat, aber das allgemeine Ehrenzeichen und fünfhundert Mark hat er schon weg. Danach scheint eine Anklage gegen den Gendarm gar nicht erst erhoben worden zu sein. Die Arbeiter werden sich den Vorfall merken!

Fünfundzwanzig Prozent Dividende hat die Generalversammlung der Hannoverschen Maschinenbauanstalt A.-G., vorm. Egestorff, ihren Aktionären zugesprochen. Auf Anfrage eines Aktionärs teilte die Direktion mit, daß sie seit Abfassung des Geschäftsberichts zu dem bei Schluß des Jahres vorhandenen Arbeitsquantum für etwa M. 5 000 000 neue Aufträge hinzubekommen habe, so daß das Gesamtquantum die Ziffer von M. 13 000 000 übersteigt. Diese Aktionäre gehören auch zu den „notleidenden Kapitalisten", die die winzige Lohnforderung einer handvoll Arbeiter nicht bewilligten, sondern statt dessen zu einer Massenaussperrung griffen.

Ist die Wäscherei eines großen Hotels ein gewerblicher Betrieb im Sinne der Gewerbeordnung? Der Direktor des Hotels „Kaiserhof" in Berlin, Hoflieferant Moritz Mathäi, war angeklagt, sich gegen die §§ 137, 146 und 154 der Gewerbeordnung vergangen zu haben, weil er eines Sonnabends in seiner Wäscherei mit Motorbetrieb die Arbeiterinnen bis 6 Uhr (statt nur bis 5½ Uhr) hat arbeiten lassen. Das Landgericht I hat ihn aber am 2. Februar freigesprochen, weil es die Wäscherei des „Kaiserhofes" nicht als selbständigen Gewerbebetrieb, sondern als einen Teil des Hotelbetriebes angesehen hat. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Das Reichsgericht erachtete aber das Rechtsmittel als unbegründet und verwarf es in der Sitzung am 5. Dezember.

Volkszählungs-Ergebnisse. Magdeburg: 240 709 gegen 229 667 am 1. Dezember 1900. Passau ergab 19 142 Einwohner gegen 18 003 Einwohner im Jahre 1900. In der Stadt Rosenheim wurde eine Einwohnerzahl von 15 412 Personen gezählt, d. i. gegen den 1. Dezember 1900 ein Mehr von 1165 Personen. Die Einwohnerzahl Kemptens beträgt 20 503 Personen gegen 18 864 am 1. Dezember 1900.

Heiteres von der Volkszählung. Aus der Pfalz schreibt man der „Frkf. Ztg.": Die Furcht vor der Erhöhung der Hundesteuer (eine solche inzwischen aber wieder zurückgezogene Vorlage beschäftigte jüngst die bayerische Kammer. D. Red.) veranlaßte die Gemeinde W. gelegentlich der am 1. d. M. erfolgten Volkszählung, der Statistik ein Schnippchen zu schlagen. Man hatte sich dort ausgerechnet, daß die Gemeinde 305 Einwohner zähle, also fünf über die Zahl, bei der die Erhöhung der Steuer in Wirksamkeit treten sollte. Um nun die Gemeinde vor diesem Mißgeschick zu bewahren, machten sich am 30. November sechs Mann auf den Weg und übernachteten in der Stadt Annweiler. Auf diese Weise wurden sie in W. nicht mitgezählt und die verhängnisvolle Steuergrenze wurde nicht erreicht.

Mißstände im Simplontunnel. Nach einem soeben erschienenen Bericht über den Simplontunnel ist die Temperatur im Innern noch immer 45 Grad, und es fließt weiter kochendes Wasser, etwa 350 Liter in der Sekunde. Die Ingenieure haben sich dahin verständigt, daß für das ganze Mittelstück des Tunnels Mauerwerk nötig ist. Die Wassermenge im Tunnel nimmt zu, seitdem die Berge oben mit Schnee bedeckt sind.

Schiffsunglück. Der Quebecker Dampfer „Lunenburg" ist auf der Fahrt zwischen Neuschottland und den Magdaleneninseln am Montag in einem Schneesturm gescheitert. Der Eigentümer und 10 Mann der Besatzung ertranken. 6 Mann wurden gerettet.

Eisenbahnunglück. Infolge dichten Nebels fuhr am 5. Dezember in Herbesthal eine Schnellzugmaschine auf einen Rangierzug. Die Maschinen und ein paar Wagen wurden zertrümmert, ein Führer, ein Heizer und zwei Rangierer wurden erheblich verletzt.

Bauunfall. Am 5. Dezember wurden in der neuen Klinik in der Ziegelstraße zu Berlin durch den Einsturz einer Decke eines im Neubau begriffenen Stalles mehrere Arbeiter verschüttet. Einer, der Polier Grosse, ist tot, drei wurden schwer verwundet durch die Feuerwehr fortgeschafft. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Blinder Eifer schadet nur. Einige junge Burschen vergnügten sich auf der Maurerschen Schwemmsteinfabrik bei Heimbach damit, aus einem Flobert zu schießen. Als ein Förster aus Sayn herannahte, ergriffen sie die Flucht. In der Meinung, es handle sich um Wilderer, feuerte der Förster auf den fliehenden neunzehnjährigen Engel. Beide Schüsse trafen, der eine ging in den Rücken, der andere in den Kopf. Der Erschossene ist das älteste von sechs Kindern einer sehr achtbaren Familie.

Der Stephansbrunnen in Karlsruhe. Im dieswöchentlichen Simplizissimus wird die Angelegenheit des Stephansbrunnens in Karlsruhe, der den Frommen daselbst ein Stein des Anstoßes geworden ist, wie folgt besungen:

Karelsruh hat einen Bronnen,
Höchst vergnüglich ausgesonnen;
Mitten inne eine Maid,
Nackt, doch voller Sachlichkeit.

Allsobald so fühlten einige,
Daß sie der Aspektus peinige.
Hing auch drüber die Soutan',
Hatten sie doch Hosen an.

Um den Brunnen zu vergiften,
Sammelten sie Unterschriften:
Greis und Greisin, Weib und Mann,
Selbst die Kinder mußten ran.

Leider ward der Zweck des Strebens
Nicht erreicht. Es war vergebens.
Denn der Stadtrath sprach voll Ruh':
„Macht die geilen Augen zu!"

Schiffs-Nachrichten.

Zu Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

(Deutscher Reichstelegraph.)

Cuxhaven, 6. Dezember, Vormittags.

Angekommen am 6. Dezember.

		Kapt.	Von
V. 7,—	Athos (D.)	Holm	Alexandrien
7,50	Franz (F.-D.)	Berends	d. Nordsee
8,—	Triton (Schl.)	Freerks	Bremerhaven
„	2 Kähne	—	do.
8,15	Abessinia (P.-D.)	Riß	Philadelphia
8,20	Elise (F.-D.)	Wüpper	d. Nordsee
8,35	Monrovia (D.)	Stephen	West-Afrika
8,40	City of Liverpool (D.)	Tyrrell	Swansea
8,45	City of Leeds (D.)	Cripsey	Grimsby
8,55	Clymene (D.)	—	Patras

Von hier auf: 9 Uhr Dampfer Athos. — Ferner auf: 8,15 Uhr Schoner Emma Luise. — Eingekommen: Schlepper Wilhelmine. — 9,40 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 6. Dezember.

		Nach
V. 6,15	Otto (D.)	Hull
„	Retford (D.)	Grimsby
8,20	Acilia (P.-D.)	Baltimore
9,—	Adelheid (D.)	—

Wind: Süd, schwach. Wetter: bedeckt, diesig. — Barometer: 759,5. Thermometer: 0°.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

6. Dezember.		Kapt.	Von
V. 5,45	Lisbeth (D.)	Frederiksen	Gefle
6,35	Courier (D.)	Dimm	Christiania
7,20	Hammonia (Schl.)	Koppen	Stege

Helgoland meldet: Wind: SSW, frisch. Wetter: Schnee. See: unruhig.

Cuxhaven, 6. Dezember, Nachmittags.

Angekommen am 6. Dezember.

		Kapt.	Von
N. 2,45	Helgoland (Schl.)	Martens	Bremen
„	N (Kahn)	—	do.
2,55	Maas (D.)	Lorenzen	Rotterdam

Ferner auf: Vormittag Jolle Maria, Martha Adele und Perle. Dj. Fünf Gebrüder. — 3 Uhr 40 Min.: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 6. Dezember.

		Nach
V. 7,—	Gemma (D.)	London
10,—	Boston (D.)	Boston
N. 12,35	Silvana (D.)	Helgoland
„	Courier (D.)	—
12,45	Marie (D.)	—
1,35	Northam (D.)	Cardiff
2,—	Jason (Schl.)	Bremen
„	Kladderadatsch (Leicht.)	do.
„	Daheim (Leicht.)	do.
2,50	City of Cadiz (D.)	—
„	Rescue (Gaffel-Sch.)	—

Ferner seewärts: Schnigge Maria Margaretha. — Abwärts gekommen: 2 Lloyd-Schlepper mit je 2 Kähnen.

Wind: Süd. leicht. Wetter: Schnee. Barometer: 757. Thermometer: — 1° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

6. Dezember.		Kapt.	Von
V. 9,10	Juliane (d. Segler)	Thormählen	Neumühlen
„	Johanna (d. Segler)	Gronemeier	Kiel
„	Constance (holl. Segler)	Hindrichs	Nystedt
„	Augusta (d. Segler)	Fesefeldt	Ekensund
„	Alma (d. Segler)	Leebeck	Rudkjöbing
9,50	Barby (D.)	Stroh	Kiel
10,—	Theodor Burchard (D.)	Witt	Riga
10,55	Alma (d. Segler)	Stahl	Veile
„	Pallas (d. Segler)	Schoer	Ekensund
„	Gertrud (d. Segler)	Maas	do.
„	Anna (d. Segler)	Behrens	do.
11,50	Ludwig (D.)	Tramborg	Stockholm

Helgoland meldet: Wind: SW., leicht. Wetter: bedeckt. See: ruhig.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

Fürst Bismarck, Meyer, ist am 5. d. von New-York nach Gibraltar, Neapel und Genua abgegangen. — **Altenburg**, Landsky, von New-Orleans, ist am 5. d. von Newport News weitergegangen. — **Alexandria**, Schaarschmidt, nach Philadelphia, ist am 5. d. Dover passiert. — **Hungaria**, Schärges, von Westindien, ist am 5. d. in Havre angekommen. — **Dania**, Bonath, nach Havana und Mexico, ist am 5. d. Vlissingen passiert. — **Bolivia**, Boltzen, von Westindien, ist am 5. d. von Havre nach Hamburg weitergegangen. — **Westphalia**, Burmeister, nach Westindien, ist am 5. d. Dover passiert. — **St. Jan**, nach Mexico, ist am 5. d. in Antwerpen angekommen. — **St. Domingo** ist am 5. d. in Progreso angekommen. — **Prinz Waldemar**, v. Holdt, von Mittel-Brasilien, ist am 5. d. St. Vincent passiert. — **Thessalia**, Bradhering, nach der Westküste Amerikas, ist am 5. d. in Teneriffe angekommen. — **Rhenania**, Foerck, nach Ostasien, ist am 5. d. in Port Said angekommen. — **Spezia**, Müller, nach Ostasien, ist am 5. d. Gibraltar passiert. — **Poseidon**, Kühlsen, ist am 5. d. von Kopenhagen weitergegangen. — **Mendoza**, Birch, ist am 5. d. von Para nach Madeira, Lissabon, Havre und Hamburg weitergegangen. — **Bahia**, Bruhn, ist ausgehend am 5. d. in Leixoes angekommen. — **Assuan**, Paetzler, hat am 5. d. seine Rückreise von San Francisco fortgesetzt. — **Itanri**, Knudsen, ist ausgehend am 5. d. in Antwerpen eingetroffen. — **Erna Woermann**, Meyer, ist heimkehrend am 5. d. von Swakopmund abgegangen. — **Emilie Woermann**, Spiesen, ist ausgehend am 5. d. in Loanda angekommen. — **Lothar Bohlen**, ist auf der Heimreise am 5. d. Dover passiert. — **Elbing**, Schmidt, ist auf der Heimreise am 5. d. von Batavia nach Singapore weitergegangen. — **Savona**, Lemm, ist eingehend am 4. d. in Catania angekommen. — **Ragusa**, Jensen, ist eingehend am 2. d. von Palermo nach Hamburg abgegangen. — **Marsala**, Korkage, ist eingehend am 5. d. in Lissabon angekommen. — **Lissabon**, Thone, ist ausgehend am 5. d. von Savona nach Livorno abgegangen. — **Florenz**, Möller, ist eingehend am 5. d. in Palermo angekommen. — **Carrara**, Wendt, ist eingehend am 3. d. Sagres passiert. — **Modena**, Friedrich, ist ausgehend am 2. d. in Genua angekommen. — **Woglinde**, Mohr, ist am 5. d. von Huelva in Stettin angekommen. — **Theropia**, Steen, setzte am 5. d. die Reise von Konstanza nach Odessa fort. — **Argos**, Mahnke, nach Hamburg, ist am 5. d. Ouessant passiert. — **Rhodos**, Buß, ist am 4. d. von Malta nach Castro weitergegangen. — **Lipsos**, Kunzendorf, setzte am 4. d. die Reise von Malta nach Rotterdam fort. — **Stambul**, Frosch, setzte am 4. d. die Reise von Malta nach Piraeus fort. — **Petropolis**, Feldmann, ist am 5. d. von Bahia via Teneriffa nach Lissabon, Leixoes und Hamburg abgegangen. — **Rio Grande**, Ohlerich, ist rückkehrend am 6. d. Borkum passiert. — **Kurt Woermann**, Schellhorn, ist auf der Ausreise am 6. d. in Lome eingetroffen. — **Linda Woermann**, Teichlessen, ist auf der Heimreise am 6. d. in Dakar eingetroffen. — **Lotte Meuzell**, Paysen, ist am 6. d. auf der Ausreise in Las Palmas eingetroffen. — **Gouverneur**, Carstens, ist auf der Heimreise am 6. d. M. in Genua angekommen. — **Herzog**, Volkertsen, ist auf der Ausreise am 5. d. in Durban angekommen. — **Essen**, Paulsen, ist auf der Heimreise am 6. d. in Dünkirchen angekommen. — **Sonneberg**, Renz, ist auf der Heimreise am 6. d. in Suez angekommen. — **Augsburg**, Paulsen, ist auf der Heimreise am 6. d. Ouessant passiert. — **Rostock**, Trulsen, ist auf der Heimreise am 5. d. von Sydney abgegangen. — **Crefeld**, Vogt, nach Brasilien, am 5. d. von Pernambuco. — **Cassel**, Petermann, von Baltimore, am 6. d. auf der Weser. — **Franken**, Albrecht, nach Galveston, am 5. d. in Havana. — **Neckar**, Harrassowitz, nach New-York, am 5. d. in New-York. — **Friedrich der Große**, Bieker, am 5. d. von New-York via Plymouth und Cherbourg nach der Weser. — **Prinzeß Alice**, Polack, am 5. d. von Genua nach Gibraltar. — **Hohenzollern**, Kraeft, von Alexandrien, am 5. d. in Marseille. — **Main**, v. Borell, nach New-York, am 5. d. Dover passiert. — **Schleswig**, Pesch, am 4. d. in Alexandrien. — **Halle**, Zachariae, am 4. d. von Havana via Newport News nach der Weser. — **Roon**, Meiners, nach Ostasien, am 4. d. in Genua. — **Karlsruhe**, Hempel, von Australien, am 5. d. in Antwerpen. — **Argenfels**, Meyer, am 5. d. in Karachi. — **Stahleck**, Beyersdorff, am 5. d. in Oporto. — **Soneck**, Schwarz, am 5. d. einkommend Dover passiert.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 6. Dezember, Mittags 12 Uhr.

Thermometer (C.)		Barom.	Wind	Atmosph.
Mittags	Maxim.	Minim.	(mm)		
+ 2,2	+ 2,4	+ 0,2	757,2	S.	Schnee

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg.
am 7. Dezember:
Flut: 9 Uhr 15 Min. | Ebbe: 2 Uhr — Min.

Wasserstand der Oberelbe.

Aussig	6. Dezbr.	+ 0,34 m
Dresden	6.	— 1,05 m
Barby	6.	+ 2,04 m
Magdeburg	6.	+ 1,73 m
Wittenberge	6.	+ 2,54 m
Dömitz	6.	+ 2,03 m
Lauenburg	6.	+ 2,07 m

Mutmaßliche Witterung am 7. Dezember.

Nordwestdeutschland: Vorwiegend trübes, ziemlich mildes Wetter mit mäßigen Winden aus westlichen Richtungen. Stellenweise Niederschläge.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird.

Vereine:

Donnerstag, den 7. Dezember, Abends 8½ Uhr: **Parkettleger**, bei Bahlsen, Rosenstr. 37. — **Maler, Lackierer 2c.**, bei Springborn, Valentinskamp. — **Handlungsgehülfen**, im „Holsteinischen Hause", Kohlhöfen 16. — Abends 9 Uhr: **Gipser und Stukkateure**, bei Voß, Poolstr. 22. — Abends 9½ Uhr: **Friseure**, bei Hartz, Kaiser Wilhelmstraße 43.

Freitag, den 8. Dezember, Abends 8½ Uhr: **Arbeiter-Abstinenten, Blankenese**, bei David, Dockenhuden.

Damen-Mäntel-Fabrik

Renck & Co.

Hamburg, Graskeller 14, Part., I., II., III. Etg.

Damenmäntel

von jetzt ab

weit unter Preis!

Sonntags bis 8 Uhr Abends geöffnet.

Margaretha Steffen,
Friedrich Lührs,
Verlobte.
Ottensen, Dezember 1905.

Schneiderverband.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Ludwig Peters

plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Freitag, 3 Uhr, von der Tonndorfer Kapelle, Wandsbeck.

Die Ortsverwaltung.

Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme, die zahlreichen Kranzspenden und das Geleit beim Hinscheiden meines mir unvergeßlichen Mannes sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen von der Norddeutschen Affinerie meinen herzlichsten Dank.

Hamburg-Eimsbüttel, 5. Dezbr. 1905.

Frau **F. Steenfatt Wwe.,**
zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die übergroße Kranzspende und sehr rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Freunden, Bekannten und Nachbarn, sowie den Hausarbeitern, Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen der Firma Ziegenhein, dem Sparklub „Blümelein", dem Sozialdemokratischen Verein des 6. schlesw.-holst. Wahlkreises und seinen belgischen Landsleuten meinen herzlichsten Dank.

Frau Dorth. Batens nebst Kindern.

✣ Arbeitsmarkt. ✣

Junger Stepper, der selbständig arbeiten kann, modellieren, zuschneiden, steppen und vorrichten, sucht sofort Stellung. Lohnansprüche gering. Offerten unter C. H. 100 a. d. Exp. d. Bl.

Tabakstengel w. gek. u. abgeh., Zentner M. 7. Ebke, Schulterblatt 24, H. 1, p.

Zu vrk. e. gr. Partie feine Zigarrenringe, 100 St. 30 ₰. Düsternstr. 61, Hbg.

Zu vermieten Barmbeck, Ecke Bramfelderstr. u. Flachsland, Haltestelle der Straßenbahn, eleg. dekorierte Wohnungen, 3 u. 4 Zimmer, von M. 360 bis M. 500; alles hell u. frei. Näheres am Bau u. beim Eigner **C. Seyffarth,** Barmbeck, Deseniisstr. 25, I.

Landwohng. sof. o. später, g. Fernaussicht, 4 Zim., 2 Ställe, Hühnerstall, gr. Obstgart. z. v. M. 220. P. Meincke, Bönningstedt.

Tapezier polst. Sofa M. 4, Bettr. 2,50, in u. auß. d. Hause, reelle Arb. **H. Kemm, Gothenstr. 8, das 3. Haus von der Hammerbrookstr. Karte genügt.**

Bekanntmachung.

Das **Gewerbegericht** und das **Kaufmannsgericht** werden am 28. Dezember d. J. von dem Neuenwall 71 nach dem Ziviljustizgebäude vor dem Holstentor verlegt werden. Als Sitzungssäle sind dem Gewerbegericht und dem Kaufmannsgericht die im ersten Obergeschoß im Heiligengeistfeldflügel belegenen Räume Nr. 257 und 260 überwiesen worden. Die Gerichtsschreiberei der betreffenden Gerichte wird sich ebenfalls im ersten Obergeschoß im Hinterflügel, Zimmer Nr. 264, befinden. Am Tage des Umzugs werden Klagen und Anträge im Ziviljustizgebäude, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 264, entgegengenommen.

Hamburg, den 5. Dezember 1905.

Der Oberamtsrichter:
Tesdorpf, Dr.

Zentralverband der vereinigten Steinsetzer (Pflasterer) und Berufsgenossen.
Zahlstelle Wandsbeck.

Mitgliederversammlung
am Sonntag, den 10. Dezember 1905, Nachmittags präz. 4½ Uhr, im Lokale des Herrn **Carl Schmidt,** Hirschstraße 12, Wandsbeck.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Konferenz. 2. Bericht vom Kartell. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

St. Georg-Leihhaus,
Brennerstrasse 31.
Höchster Vorschuss
auf Wertgegenstände aller Art
zu mäßigen Zinsen.

Pfandscheine kauft **Benkendorff,** Adolfstr. 66, Altona.

Gold-Onkel
aus
Amerika sagt:
Die nächste **Prämie** von
M. **600 000**
der **Hamburger Stadt-Lotterie** gewinnt man bei:
Ernst Todt, Steindamm 43,
Lotteriebank. Fernspr. Amt III, 3637.
Los-Preise:
Ganzes M. 6,—, Halbes M. 3,—,
Viertel M. 1,50, Achtel M. 0,75.

Organisierte Genossen
erhalten Mobilien, Betten 2c. zu Barzahlungspreisen in Teilzahlung. Offerten unt. **A. B.** an die Expedition d. Bl.

Eine neue Wringmaschine
für M. 9 zu verkaufen.
Rutschbahn 2, IV. l.

Möbel, wenig gebr., v. Herrschaften übernommen, sofort bill. b. Tapezier abzugeben. Humboldtstr. 8, p. r., Uhlh.

Sofatisch z. verk. Wilh. Adolphpass. 17, prt. lks.

Hübsche Garnitur, Sofa, 4 Stühle und Salontisch, fast neu, fortzugshalber für M. 49 zu verk. **Glashüttenstr. 17, prt. r.**

Unfall! Orig. Sing.-Nähmasch., f. neu, Umst. halb. f. M. 30. **Steindamm 57, I.**

Spottb. Hausst., w. neu, 195, Wohnz. m. Plüschgar. Schlafz., Küche. Hohenfelderstr. 20a, part.

Grüne
Rabatt-Bücher
werden in Zahlung genommen.
Falk & Mengers,
Manufaktur und Konfektion,
Alter Steinweg 30/32.

Eleg. Phantasieschrk. m. Spieg. 40, Spiegelschrk. u. Spieg. m. geschliff. Glas zus. M. 38, Bettst. m. gut. Fdrhm. 20, Federbett, kompl. u. saub., 15. Hdl. verb. **Iffland str. 67,** Villa.

Warenhaus Eduard Morris

Hamburg, Billhorner Röhrendamm 166/172.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend,

Erstes Extra-Angebot

7. Dezember
8. Dezember
9. Dezember

Blusen für Damen

aus neuesten fast durchweg reinwollenen, karrierten Winterstoffen, ohne Rücksicht auf den **wirklichen** Verkaufswert, **verarbeitet in den modernen englischen Oberhemd-Fassons.**

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
in sehr vornehmen Streifen	reine Wolle	reine Wolle	Seiden-Sammet
M. 1.25	M. 3.95	M. 4.75	M. 7.85

Voile-Bluse mit eleganter Garnierung..... **4.85** M.

Seiden-Satin-Bluse Chiffon-Garnierung **5.95** M.

Damen-Konfektion

Die Preise sind einfach denkwürdig!!

Ein grosser Posten **Saccos** auf Futter reich garniert durchweg **6.90** M.

Astrachan-Saccos **9.75** M.

Abendmäntel **7.95** M.

Kostümröcke: Serie I **2.95** M. — Serie II **3.85** M. — Serie III **5.45** M. mit Falten

4 Posten Kleiderstoffe doppelt breit

Zibeline Noppé **95** ₰ — Foulé, Karos **98** ₰ — Eleg. Nouveautés **1.50** M. — Engl. Kostüm-Stoffe 110 cm **1.75** M.

Diese Abteilung ist eine Sehenswürdigkeit des ganzen Hauses.

Abteilung Lebensmittel.

Trotz dieser enorm billigen Preise bleibt mein Rabatt-System bestehen.

Abteilung Fettwaren.

Feinste Meierei-Hofbutter	Pfd. nur	**1.25** M.
„ **Meierei-Tafelbutter**	„ „	**1.15** M.
ff. Ochsenpökelfleisch	Pfd. nur	**0.46** M.
Holsteiner Kochwurst	Pfd. nur	**0,80** M.
Pommersche Gänsebrüste, im ganzen	„ „	**1,60** M.
Margarine „Bona" (feinste Rahm-Margarine)	„ „	**0.65** M.
Kondensierte Milch	2 Pfd.-Dose	**0,85** M.
Kakao (rein)	Pfd.	**0,82** M.

Konserven.

Braunschweiger Gemüse, Konserven, so lange der Vorrat reicht:

Schnittbohnen	1	Pfd.-Dose	**0,15** M.
„	4	„ „	**0,40** M.
Brechbohnen	1	„ „	**0,15** M.
„	2	„ „	**0,20** M.
„	4	„ „	**0,40** M.
Stangenspargel	1	„ „	**0,45** M.
„	2	„ „	**0,80** M.

Kaffee Spezialmarke **„Einzig"** vorzüglich im Geschmack täglich frisch geröstet Pfd. **78** ₰

Block-Schokolade pro Pfund 75 ₰

Hamburger Schlachterschmalz in Blasen Pfund 65 ₰

Feinste Thorner Honigkuchen Paket 34 ₰

Unsere kostenlose Auskunftsstelle ist täglich von 4½—8½ Uhr geöffnet.

Knackwürste täglich frisch 6 Stück 45 ₰

Versand aus allen Abteilungen erfolgt prompt am gleichen Tage.

Die nützlichsten Weihnachtsgeschenke sind SINGER Nähmaschinen.



Man kauft sie in sämtlichen Läden die mit diesem Schild versehen sind.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

HAMBURG: Neuerwall 3. Admiralitätstrasse 79.

Barmbeck: Hamburgerstr. 96. | St. Georg: Steindamm 64.
Eilbeck: Wandsbecker Chaussee 139. | Rothenburgsort: Billh. Röhrendamm 175.
Altona: Rathausmarkt 36. Schulterblatt 121. Bahrenfelderstr. 119.

Wir liefern event. **Herren- u. Knaben-Paletots u. Anzüge, Damen- u. Kinder-Garderoben etc.** gegen **wöchentliche Abzahlung** von M. **1,—** an.

Wir liefern als praktisches **Weihnachtsgeschenk: Grammophone, Regulatore, Hängelampen, Petroleumöfen, Wringmaschinen** geg. **wöchentl. Abzahlg.** v. M. **1,—** an.

M. Charmatz & Co., 117 Steinstraße 117, I.

Zigarren umsonst

nicht, aber **50—60 pZt. unter Preis.** Große Theaterstraße 6, 1 Tr. (kein Laden.) **Gelegenheitskäufe:** Sonst 100 Stck. 4,50—8,50, **jetzt** 2—4 M. **A. Kauffmann.**

Wichtig für Tischler! Zu kaufen gesucht 4 schubige, polierte Kommoden gegen hohen Preis. **Hamburg, Elbstraße 88, part.**

Gold. D.-Uhr M. 12, Freischw. M. 12, silb. H.-Uhr M. 5 zu verk. **Adolfstr. 66, Altona.**

2 prachtv. Bett. à M. 20, 2 Bettst. b. Lincolnstr. 13, p. r.

Kommoden, extra stark, M. **24, 30, 34,** **Etagèren** M. **4,50—10** 2c., **Serviert.** v. M. **10—12** 2c., Näht. v. M. **20** 2c., Kleiderschrke. M. **24—30** 2c., **Garnitur.** von M. **65** an. **Pedersen,** Lindenstr. 52, St. G.

Donnerstag, den 7. Freitag, den 8. Sonnabend, den 9.

3 Knaben- 3

Konfektions-Tage.

Nachstehende Artikel eignen sich durch ihre Preiswürdigkeit vorzüglich
als

Weihnachtsgeschenk.

150 **Anzüge** in melierten hell- und dunkelgrauen Stoffen ..... jetzt **2**30 M.

200 **Anzüge,** offen und geschlossene Form, in nur guten Stoffen ..... jetzt **3**90 M.

100 **Knaben-Paletots** in blau und grau, mit haltbarem, warmem Futter ..... jetzt **4**50 M.

125 **Pyjacks,** Kieler Form ..... jetzt **5**50 M.

175 **Knaben-Blusen,** blau Cheviot, offene Form, mit Soutache und Krawatte ..... jetzt **2**90 M.

Warenhaus **Gebr. Heilbuth** — Nur — Steinstr. 121/127.

Sagebiel's

Etablissement Akt.-Ges.
Hamburgs ältester und renommiertester
Weihnachts-Bazar
Täglich bis 23. Dezember inkl.
Dom-Vorstellung
in sämtlichen Sälen.
Anf. Wochentags 6, Sonntags 5 Uhr.
Vorverkauf Vormittags 11—1 Uhr.
Jeden Wochentag
Nachmittags-Kinder-Vorstellung:
„Die beiden Königskinder",
Weihnachtsmärchen.
Anfang 3 Uhr. Ende gegen 5 Uhr.

Dom.
Velodrom Roterbaum. Leipziger Jauersche
Wurst v. **G. Nietzschmann,** Leipzig.
Früher Hornhardts Garten.
Warm à Paar 20 ₰.
Zum Einführen dieser vorzüglichen Qualität verkaufe **Paar,** ich bis auf **50000** kalt, zum weiteres mitnehmen,
2 Paar für 30 ₰, 8 Paar für M. 1.

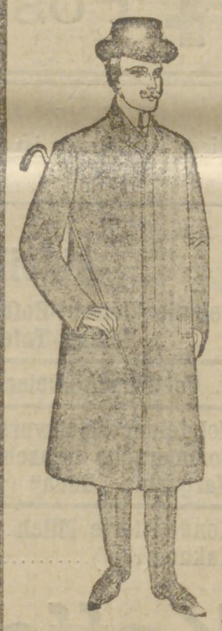
Gesucht von einer za. 900 Personen zählenden Gewerkschaft ein Lokal zur
Abhaltung eines Sommervergnügens,
dieses muß mit dem Dampfschiff zu erreichen sein.
Offerten unter S. K. an die Filiale Bachstraße 12.

Restaurant „Zum goldnen Pflug",
Altona-Ottensen, Bahrenfelderstr. 47.
Empfehle meine **Tagesrestauration**
Spezialität: **ff. Gänsebraten, Eisbein, Nieren-Ragout, Oxtail-Ragout** usw.
zu jeder Tageszeit.
Hochachtungsvoll
W. Gerdau.

Ich warne hiermit jeden, meinem Manne auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts mehr aufkomme.
Frau Adele Hansen,
Herrenweide 21.

Für
Brautleute!!!
Einzelne
Möbel
sowie komplette
Wohnungs-Einrichtungen
von den einfachsten bis zu den elegantesten, liefert unter kulantesten Bedingungen auf
Kredit
F. A. H.
Börs,
Möbel- und Waren-Haus
Steindamm 86, I., II. und III. Etage, Ecke Lindenstraße, gegenüber Danzigerstraße.
Größte Auswahl, billigste Preise.
Keine Hauswirtsanzeige, auf Wunsch kein Kassierer.
Eigene Tapezier-Werkstatt.
Kredit auch nach auswärts.

Büsing & Zeyn
Grosser Burstah 35/41 Ecke Kl. Burstah.
Zum Weihnachtsfeste
bringen wir in grosser Auswahl
und **unerreichter Preiswürdigkeit**
unsere
Herren-Paletots
Rosshaar-Verarbeitung.
Tadelloser Sitz und elegantes, vornehmes Aussehen.
14,75 18,75 23,50 26,50



Jackett-Anzüge	14.75	18.50	23.50
Rock-Anzüge	24.75	34.50	39.50
Herren-Hosen	2.75	4.75	5.90
Phantasie-Westen	1.90	2.90	3.90
Schlaf-Röcke	9.75	12.50	14.75
Regenröcke	19.75	22.50	25.50
Loden-Joppen	3.90	5.90	7.45

Wir bringen in reizenden Neuheiten, sowie in einer sehr reichhaltigen Auswahl
Knaben-Paletots
in besonders schicker Ausführung
4,90 5,75 6,90 8,25 9,90

Knaben-Pyjacks	3.95	4.75	5.90
Blusen-Anzüge	2.40	3.75	5.40
Schul-Anzüge	3.90	4.90	5.75
Knaben-Mützen.	38 ₰	68 ₰	98 ₰

Umtausch bis zum 31. Dezbr. bereitwilligst.

Oeffentliche Kupferschmiede-Versammlung
am Sonnabend, den 9. Dezember, Abends 8½ Uhr,
bei Bahlsen, Rosenstraße 37.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission. 2. Stellungnahme zu der beschlossenen Erhöhung der Einstellungslöhne.
Der Vorstand.

Damen-Mäntel-Engros-Lager
(Inhaber: **Friedrich Ritt**),
nur Hahntrapp 6—8, 1. Etage, kein Laden,
3. Haus vom Grossen Burstah,
verkauft auch in dieser Saison einzeln
zu Engros-Lagerpreisen.

Winterpaletots, Empire-Form, Faltenpaletots in grau und mode Cover coats, von M. 10,00 an.
Winterjacketts in grau u. schwarz, neue aparte Fassons, von M. 6,00 an.
Helle Capes, für Theater u. Tanzstunden, alle Farben, mit Pelzgarnitur M. 10,75
Regen- und Gummimäntel, neue Fassons, von M. 12,00 an.
Herbst-Havelocks in englischem Stoff, sehr apart, von M. 8,00 an.
Kinderjacken, alle Farben, von M. 3,50 an.
Kindercapes, marine, mit roter Kapuze, Winterware, von M. 3,00 an.
Eleg. Theatermäntel, hochfeine Modellsachen, von M. 18,50 an.
Frauenpaletots (Modellsachen), auch für ganz starke Damen, in schwarz und mode, von M. 15,00 an.
Capes in schwarz und in grauen Velourstoffen, von M. 5,50 an.
Kostümröcke, fussfreie Fassons, in Cheviots und englischen Stoffen, in schwarz u. couleurt, von M. 3,50 an.
Schwarze Röcke in Satintuch, auch für starke Damen, v. M. 8,00 an.
Blusen in schottisch karrierter reiner Seide, hochelegant, M. 8,50.
Modell-Blusen in crême Voile, Tüll u. Japonseide **enorm billig.**
Grösste Auswahl in **Pelzboas** und **Muffen** in Seal, Thibet, Nutria, Murmel und Skunks zu **enorm billigen Preisen.**

Abteilung für Herren- u. Knaben-Garderoben.

Herren-Winter-Paletots auf prima Futter, grau melierte englische Stoffe, Ersatz für Maszarbeit, von M. 18,00 an.
Hochfeine Paletots auf prima Seidenfutter, feinste Ausführung, von M. 35,00 an.
Schwarze Gehrock-Anzüge, prima Kammgarn, M. 32,50.
Herren-Anzüge, auf Rosshaar verarbeitet, reine Wolle, M. 28,00.
Herren-Anzüge, prima Stoffe, von M. 14,00 an.
Knaben-Paletots, marine Cheviot, von M. 4,00 an.
Paletot, Fasson Kiel, hochelegant, marine Cheviot, grau Lamafutter, von M. 8,00 an.
Schul-Anzüge, grau und marine, von M. 4,00 an.
Einzelne Hosen von M. 1,00 an.
Knaben-Paletots, grau Cheviot, neue aparte Fassons, von M. 6,00 an.

Neu eingerichtet:
Abteilung für Schuhwaren.

Damen-Chevr.-Stiefel mit Lack	M. 6,50
do. Ia. Boxcalf, versch. Fassons,	„ 7,50
do. Chevreaux \ Good-Year-	„ 10,50
do. Boxcalf / Arbeit	„ 9,50
Herren-Stiefel in Ross-Chrom.	„ 5,75
do. Boxcalf, prima	„ 7,50
do. Chevreaux, hochelegant	„ 9,00

Kinder-Stiefel in Rossleder für Knaben u. Mädchen

Grösse	25—26	27—30	31 35
	M. 2,50	M. 3,00	M. 3,50

Schnür- u. Knopf-Stiefel in Boxcalf

Grösse	25—26	27—30	31—35
	M. 3,50	M. 4,00	M. 4,50

Der grosse Umsatz und geringe Unkosten ermöglichen es mir, sehr billig zu verkaufen.
Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang gern gestattet.
Geöffnet täglich bis 9 Uhr Abends,
Sonntags bis 8 Uhr Abends.

Der grosse Erfolg!

Wer meine Firma kennt — kennt meine Leistungsfähigkeit!
Was ich verkaufe — dient mir zur Empfehlung!
Wie ich verkaufe — dient mir als Reklame!
Meine Auswahl — ist überwältigend gross.

S. Meier,
Hamburg, Posthof, Steinstrasse 104/110.
In überraschend grösster und allerschönster Auswahl empfehle:

3000 Herren-Winter-Paletots
aus mod. grauen Winter-Cheviots, Seitentasch., eleg. Plaidfutt., sehr schick, in 1- u. 2reih., tadell. sitz., **12, 18, 24, 36** M.

Winter-Paletots mit elegantem Pelzkragen, Neuheit der Saison, aus hochfeinem Eskimo und eleg. Nouveautés u. Pelzfutter, von **45—175** M.

Winter-Paletots aus modernem Marengo und gemusterten Cheviots, mit **feinem Seidenfutter,** von **36—65** M.

3000 Herren-Jackett-Anzüge
in sehr grosser Auswahl, alle nur denkbaren Stoffe, ganz moderne Fassons und Farben von ..... **10.50 M., 16, 22, 33** M.

Rock- u. Gehrock-Anzüge in grosser Auswahl, prima Qualität **18, 25, 36, 48, 54** M.

Schlaf-Röcke und Schlaf-Jacketts in sehr grosser Auswahl und weichen guten Qualitäten **8.75, 12.50, 16.50, 21** M.

Jünglings-Paletots in allen Grössen von 7.50 M. an, **do. Anzüge** von 6.50 M. an,
Kiel-Peajacks von 3.75 M. an, **Knaben-Paletots** von 3.50 M. an,
Knaben-Anzüge von 2.00 M. an, **Schul-Anzüge** von 2.50 M. an.

Herren-Winter-Joppen
in grosser Auswahl aus Loden, Double, Eskimo ..... **4 M. 6.25 M. 8.50 M. 11 M. 15 M.**

Fracks, Ball-Westen, Saison-Westen,
Smokings in grösster Auswahl. Hüte, Oberhemden, Kragen, Schlipse, Schirme, Stöcke, Mützen, Normal-Unterzeuge.

Weihnachts-Geschenke. **Elegante Uhr gratis.**
Glacé-Handschuhe, gefüttert M. 1,75.

Jeder Käufer erhält ein Geschenk. Jeder Käufer erhält ein Geschenk.

Lebende Ratten werden gekauft.
Näheres: Velodrom, Roterbaum.

Bett., Bettst., Trum., b. Juliusstr. 35, III. l.

St. Georger Wurstfabrik,
Steindamm 146.
Fettes Kalbfleisch 60 ₰, Keule 75 ₰, im ganzen 70 ₰, Schweinefleisch 75 ₰, bestes Ochsenfleisch 55 ₰, Beefsteak von M. 1 an, Beefsteakhack 70 ₰, Ochsenhack und Bratwurst 50 ₰.
Steindamm 146 (vom Lübecker Tor erste Schlachterei).

Skat-Klub „Herta" von 1905.
Donnerstag, 7. Dez., Abds. 9 Uhr: Gr. Preisskat b. L. Brinckmann, Eppendorferweg 13. D. Vorstand.

Gr. Karpfen-Preis-Skat
heute, Donnerstag, Abends 9 Uhr, bei **O. v. Windheim,** Bankstraße 90.

Heute: Gr. Karpfen-Preis-Skat,
Anfang Abends 9 Uhr,
bei **Kackmann, Bankstraße 212.**

Skat-Klub „Kreuz-Bube".
Sonnabend, 9. Dezember, Abends 9 Uhr:
Einmaliger Gr. Preis-Skat
im Klublokal, Salon „Karlsruhe", Ott.

Spar-Klub „Johanna".
Heute, 9 Uhr: **Großer Preis-Skat.**
Robert Hess, Catharinenstraße 32.

Theater.

Donnerstag, den 7. Dezember:
Stadt-Theater. Zum ersten Male, in gänzlich neuer Ausstattung: **Kindestreue und Weihnachtssegen,** Märchenspiel mit Gesang und Ballett in 3 Akten und 8 Bildern, von Adolf Philipp und Carl Goßmann. Musik von Wilh. Harmans. Hierauf: **Die lustigen Weiber von Windsor.** Schauspiel-Preise. Anfang 6½ Uhr.
Thalia-Theater. Der Dieb. — Charley's Tante. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Zum ersten Male: **Das Jubiläum,** ein Schulmeisteridyll in 1 Aufzug, von Otto Ernst. Hierauf: **Frauenkampf,** Lustspiel in 3 Akten, nach Scribe von Olfers. Schauspiel-Preise. Anfang 7½ Uhr.
Carl Schultze-Theater. (Direktion: **Max Monti und Eugen Burg.**) Vereinskarten gültig. Anfang 7½ Uhr. **Herzogin Crevette,** Schwank in 4 Akten und einem Vorspiel, von G. Feydeau.
Neues Operetten-Theater Täglich: Gastspiel **Mia Werber. Die Puppe.** Nicsia: Mia Werber. Im 2. Bild: **Les Klicks.**
Sonntag Nachmittag, bei bedeutend ermäß. Preisen: Gastspiel **Mia Werber. Die Geisha.**

Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr. In neuer Ausstattung! Ungeheurer Lacherfolg! **Hummel, der Wasserträger von Alt-Hamburg,** große Volksposse mit Gesang in 6 Abt.

Freitag, den 8. Dezember:
Stadt-Theater Kindestreue und Weihnachtssegen. Hierauf: **Fra Diavolo.** Schauspiel-Preise. Anfang 6½ Uhr.
Thalia-Theater. Die Siebzehnjährigen. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Reitertod. Hierauf: **Frost im Frühling.** Schauspiel-Preise. Anfang 7½ Uhr.

Deutsches Schauspielhaus.
Donnerstag, den 7. Dezember 1905:
Herbstzauber,
ein Mondscheinfaxenchen, von Rudolf Presber.
Sein Alibi,
Schwank in drei Akten, von Wilhelm Wolters.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Freitag, Anfang 8 Uhr: **Herbstzauber. — Sein Alibi.**
Sonnabend, Anfang **7** Uhr, zum ersten Male: **Prinzessin Tausendschön,** Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 8 Bildern, von Charlotte Graef. Musik von Karl Krüger. In Szene gesetzt von Ludwig Max. Tanz-Arrangements vom Ballettmeister Rudolph Knoll.
Sonntag, Nachmittags 3 Uhr: **Prinzessin Tausendschön.**
Preise der Plätze wie am Abend. Für Kinder die bekannten Ermäßigungen.
Abends 7½ Uhr: **Herbstzauber. — Sein Alibi.**

Für die Vorstellung des Weihnachtsmärchens genügt für den Eintritt von zwei Kindern unter 10 Jahren 1 Billet. — Jeder Erwachsene hat außerdem das Recht, ein Kind unter 10 Jahren mit auf seinen Platz zu nehmen, sofern dafür ein Zuschlagbillet gelöst wird. Diese Zuschlagbillets kosten für ein Kind zum Eintritt in den I. Rang oder Parkett M. 1, zum II. Rang oder Parterre-Sperrsitz 50 ₰.
Billets an der Tageskasse, bei **H. Käse,** Alsterarkaden, und **Oscar Wichers,** Steindamm.

Schiller-Theater.
Donnerstag, 7. Dezember:
Der Hüttenbesitzer
(Le maître de forget),
Schauspiel in 5 Akten, von George Ohnet.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Hamburger Leiden.**
Sonnabend, Nachmittags 4 Uhr:
Die drei Hautemännerchen.
Abends 8 Uhr: **Die drei Hautemännerchen. Der arme Poet.**
Sonntag, Nachm. 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen, 50 ₰ und 30 ₰:
Die drei Hautemännerchen.
Abends 7½ Uhr:
Die drei Hautemännerchen. Die Hochzeitsreise.
Preise der Plätze: M. 2, M. 1,80, M. 1,50, M. 1,30, M. 1, 70 ₰, 50 ₰, 30 ₰.
Nur Sitzplätze. Garderobe 10 ₰.
Tageskasse von 10—2 Uhr geöffnet.

Victoria-Theater.
Barmbeck. Freitag, den 8. Dezember:
Dorröschen,
Kinderkomödie in vier Akten, von Görner.
Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

HANSA-THEATER.
Walter Steiner
Bedini and Arthur
Rudolphs Elefanten
und das grosse
Künstler-Programm.
Anfang 8 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr.
Vorverkauf bei Käse und im Theaterbureau.
Täglich Nachmittags 4 Uhr:
Speziell arrangierte
Kinder-Vorstellungen
zu sehr niedrigen Preisen.
20 ₰, 30 ₰, 50 ₰, 75 ₰, M. 1.

Loebel's Bitterlikör
„Gemischter"
Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Tannenbäume an Detailhändler
sind noch abzugeben Pumpen Nr. 19.

Wertv. Schreibsekr. 55, Kchschr. m. Aufsatz 20, Phant.- u. Eckschr. 30 u. 12, Tisch m. Garn. 45, Alexanderstr. 9, p. r., St. G.

V. Internationale Hunde-Ausstellung
im Velodrom, Roterbaum, Hamburg,
am 13. und 14. Januar 1906.
Programme und Anmeldeformulare sind gratis und franko zu beziehen von **H. Käse,** Alsterarkaden, und vom Velodrom, Roterbaum.

Durch Zufall
zum Neujahrstag noch ein Saal für Klubs oder Vereine frei.
Restaurant „Zur neuen Welt", Fehlandstraße 42/44.

Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 286.

Donnerstag, den 7. Dezember 1905.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberski in Hamburg.

Arbeiterbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von **Fensterputzern** nach **Hamburg**;
von **Stockdrechslern** nach **Hamburg**;
von **Holzarbeitern** nach **Langenfelde** (Zimmermeister H. Schröder);
von **Hafenarbeitern** nach **Emden**;
von **Zimmerern** nach **Halberstadt** und **Bützow**.

Die Kartographen, Lithographen und Steindrucker, Zahlstelle Braunschweig des Deutschen Senefelder-Bundes, befinden sich in einer Tarifbewegung. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Der Streik in der Faßfabrik von Wördel zu Spandau hat mit einem Erfolg der Streikenden geendet. Den Bierfaßbauern bleibt der Wochenlohn erhalten. Die Syrupstonnen werden jetzt pro Stück statt mit 90 ₰ mit ℳ 1 bezahlt. Eine anständigere Behandlung ist den Arbeitern versprochen worden. Sonstige Mißstände sollen beseitigt werden.

Die Bewegung der Holzarbeiter in Berlinchen hat nun zu einer Katastrophe geführt. Alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sind nun von dem Unternehmertum wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemaßregelt worden. Es handelt sich um 120 Personen. Zuzug von Holzarbeitern ist fernzuhalten.

Großartige Erfolge hat der Hafenarbeiterverband in Königsberg nach der Lohnbewegung erzielt. Während noch vor einigen Monaten die Filiale nur eine geringe Stärke aufwies, zählt sie jetzt bereits über 500 Mitglieder. Ebenso sind jetzt noch die Getreideträger in corpore dem Verbande beigetreten. Auch in Pillau ist eine Zahlstelle gegründet worden. Dieser Aufschwung datiert aus der allerletzten Zeit.

Leipzigs Buchhandlungsgehülfen hatten im wesentlichen durch die rührige Agitation des Zentralverbandes der Handelsgehülfen und Gehülfinnen dem Verein der Buchhändler zu Leipzig durch ihren Ortsausschuß folgende Wünsche zur Regelung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse vorgelegt: neunstündige Arbeitszeit bei zweistündiger Mittagspause; Bezahlung der Ueberzeitarbeit mit 60 bezw. 75 ₰, der Sonntags- und Nachtarbeit mit ℳ 1,50; 14tägiger Erholungsurlaub; Sonnabends in der Zeit von Rogate bis Ende September Geschäftsschluß spätestens um 5 Uhr bei zweistündiger Mittagspause; sechswöchige Kündigungsfrist; mindester Monatslohn von ℳ 110 bei vollendetem 18. Jahre; Beschränkung des Schreiber- und Lehrlingswesens. Der Verein der Buchhändler will aber nur einen Mindestlohn von ℳ 100, Bezahlung der Ueberstunden nach Maßgabe des Gehalts, zehnstündige Arbeitszeit und einen „angemessenen" Urlaub gewähren. Eine von 600 Gehülfen besuchte Versammlung beschloß nun, die Wünsche der Gehülfenschaft noch einmal dem Plenum des Vereins der Buchhändler vorlegen zu lassen; auch wurde eine Resolution angenommen, welche die gesetzliche Festlegung der völligen Sonntagsruhe, der neunstündigen Höchstarbeitszeit bei zweistündiger Mittagspause, Abschaffung der Ausnahmetage, Sommerurlaub, früheren Geschäftsschluß an Sonnabenden und Handelsinspektoren verlangt.

Die Handschuhmacher in Burgstädt (Königreich Sachsen) haben ihren Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet: Zehnstündige Arbeitszeit unter Fortsetzung des bisherigen Lohnes; Montags Beginn der Arbeitszeit eine Stunde später, Sonnabends Ende spätestens 5 Uhr; 1½stündige Mittagspause; wöchentliche Lohnzahlung, und zwar Freitags. Von 99 Betrieben haben bis jetzt 17 die Forderungen ganz oder doch teilweise bewilligt; die Arbeiter wollen sich mit dem Zugeständnis vorläufig zufriedengeben, indessen nichts unversucht lassen, um den Forderungen bei allen Firmen Geltung zu verschaffen.

Ein allgemeiner Streik der Berliner Droschkenfuhrherren und -Kutscher wird jetzt von den Beteiligten in Aussicht gestellt. Für nächste Woche ist schon eine große Protestversammlung einberufen, in der Kutscher und Fuhrherren gemeinsam über einen solchen Streik beschließen wollen. Die Ursache für diese Bewegung ist das soeben vom Berliner Polizeipräsidenten veröffentlichte und gleich in Kraft gesetzte Verbot des Befahrens des Potsdamerplatzes und anderer Verkehrsstraßen mit leeren Droschken. Diese Gefährdung der gemeinsamen Interessen von Kutschern und Fuhrherren hat bewirkt, daß beide Parteien den Austrag der zwischen ihnen zur Zeit schwebenden Lohndifferenzen vertagt und sich zur gemeinsamen Abwehr der neuen behördlichen Maßnahme vereinigt haben.

Der Streik in der Tonwarenindustrie Wiesloch (Baden) ist nach Meldung bürgerlicher Blätter beendet. Die Fabrikleitung erkannte die Arbeiterforderungen als berechtigt an und sagte die entsprechenden Maßnahmen zu.

Die ersten Arbeiterausschuß-Wahlen im Ruhrrevier haben jetzt stattgefunden. Ihr Ausfall zeigt, daß die vom (alten) Bergarbeiterverband ausgegebene Parole der Wahlenthaltung fast durchgängig von den Bergleuten befolgt worden ist. Auch die Mitglieder des christlichen Gewerkvereins folgten — trotz dem ausdrücklichen Beschluß ihres Vorstandes auf Wahlbeteiligung — überall dieser Parole und die Wahlen ergaben infolgedessen ein sehr trauriges Bild. So haben z. B. von der über 4000 Mann starken Belegschaft von König Ludwig etwas über 100 Mann an der Wahl teilgenommen. Selbst die christlichen Arbeiter pfeifen also demonstrativ auf das famose Bergarbeiterschutzgesetz, das unter den Hebammendiensten des Zentrums aus dem noch famoseren preußischen Abgeordnetenhaus, dem Dreiklassen- und Geldsackparlament hervorgegangen ist, jener „Volksvertretung", die wie eine elende Ruine aus altem, zopfigem und reaktionärem Gerümpel hervorragt. Die Ursachen, die zu der Wahlenthaltung führten, sind bekannt. Die neueste Nummer der „Bergarbeiterzeitung" schreibt über die Ausschußwahlen: „Die bis zum Redaktionsschluß erfolgten Wahlen zu den Arbeiterausschüssen haben gezeigt, daß die übergroße Mehrzahl der Ruhrbergleute der Parole des Verbandsvorstandes gefolgt ist und sich nicht an der Wahl beteiligt hat. Belegschaften bis 2000 Mann brachten ganze 30—40 „Wähler" auf die Beine. Hoffentlich werden die folgenden Beteiligungen noch kläglicher." Diese Wahlenthaltung ist zugleich, wenn auch wohl den Bergleuten unbewußt, ein wuchtiger Protest gegen das elendeste, erbärmlichste aller Wahlsysteme, das preußische Dreiklassen- und Geldsackwahlrecht, ein Wahlrecht, das unter Ausschaltung allen Gehirns den reinen Geldsack herrschen läßt.

Lohnbewegung der Wiener Buch- und Steindruckerei- und Schriftgießereihülfsarbeiter. Anschließend an die zum Abschluß gelangte Tarifbewegung der Gehülfen sind auch die Hülfsarbeiter dieser graphischen Gewerbe in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wurde den beiden Gremien der Buchdrucker und Steindrucker in Wien namens der Hülfsarbeiterorganisation durch die Gehülfenobmänner ein Lohntarif überreicht, der geeignet ist, den langgehegten Wünschen dieser Arbeiterkategorien nach geordneten Lohn- und ebensolchen Arbeitsverhältnissen endlich Rechnung zu tragen. Die Lohnsätze bewegen sich angesichts der enormen Teurungsverhältnisse in sehr bescheidenen Grenzen. Für männliche Hülfsarbeiter werden als Minimallöhne 20 bis 22 Kronen, für Einlegerinnen und Punktiererinnen 14 bis 17 Kronen verlangt. Außer den Lohnansätzen für Anfänger und Anfängerinnen sind noch Bestimmungen für die Schriftgießereihülfsarbeiter und -Arbeiterinnen und für die Entlohnung der Nachtarbeit, sowie eine geringe Erhöhung der Ueberstundenentlohnung vorgesehen. Der Lohntarif dürfte noch im Dezember in den Gremien zur Beratung gelangen und wenn die Prinzipale auch nur einigermaßen sozialpolitische Einsicht bekunden, so werden sie einen billigen, gerechten Frieden einem unsicheren und das Gewerbe schädigenden Kampfe vorziehen. Voraussichtlich kann man aber auch in dieser Tariffrage, gleich der der Gehülfen, auf einen friedlichen Ausgleich hoffen, da bereits zwischen den Organisationsobmännern, den Genossen Spielmann, Mühlberger und Schuhmeier und den beiden Gremialvorstehern, den Herren Kaiser und Eberle, unverbindliche Vorbesprechungen stattgefunden haben, woraus zu schließen ist, daß man den Wünschen der Hülfsarbeiter nicht ganz unsympathisch gegenübersteht, weshalb eine rasche und friedliche Erledigung dieser Tarifbewegung zu gewärtigen ist.

r. **500 Maurer und Handlanger stehen in Luzern im Streik.** Sie verlangen für die Wintermonate die acht-, für die übrige Jahreszeit die neunstündige Arbeitszeit, 55 Rp. minimalen Stundenlohn 2c. — In Bern streiken die Schneider der Uniformfabrik. — In Zürich planen für das nächste Frühjahr die Gipser, Zimmerleute, Parkettleger und Holzarbeiter Lohnbewegungen für Lohnerhöhungen, Minimallöhne, Tarifverträge, Neunstundentag 2c. Den Zimmerern bildet vielleicht der „nationale" Zimmerleutefachverein ein kleines Hindernis.

r. **Ein Zentralverband der Gemeindearbeiter in der Schweiz** ist von den Gemeinde- und Staatsarbeitern aus Bern, Luzern, Basel, Zürich und Winterthur in einer in Zürich abgehaltenen Delegiertenversammlung beschlossen worden.

Auswärtiges.

Der Prozeß Bock in Leipzig. Nachdem am 4. Dezember noch der Vorsitzende des Aufsichtsrates vom Connewitzer Konsumverein, Mechaniker Strecke, vernommen worden ist, der Bock das Zeugnis eines fleißigen, strebsamen und ehrlichen Mannes ausstellt, wird am 5. Dezember die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der Buchhalter Beyer wird verhört über das Konto Sally Baden, über die Belastung des Areal- und Gebäudekontos in der Bilanz 1902 um ℳ 2500 Gehalt und in der Bilanz 1903 um ℳ 23 589 angeblichen Diskontverlustes und über ein Konto Groch in Höhe von ℳ 11 668, um die mit Hülfe von Wechselschiebungen und unzulässigen Buchungen der Warenbestand verbessert, das Darlehnskonto hingegen herabgesetzt worden ist. Der Sachverständige Dr. Stern ergeht sich in längeren Ausführungen und Darlegungen über die Buchführung des Vereins an der Hand der Geschäftsbücher. Das Ergebnis der ausgedehnten Erörterungen, die den ganzen Vormittag in Anspruch nehmen, gipfelt in der bereits früher gemachten Feststellung, daß die Buchführung sich in einem höchst inkorrekten und mangelhaften Zustande befunden hat. Beyer erklärt, in den unter Anklage stehenden Fällen teils aus eigener Initiative, teils im Auftrage Bocks gehandelt zu haben. Bock beruft sich auf den Bücherrevisor Westphal, der dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates einmal bedeutet habe, daß die Bücher des Connewitzer Vereins tadellos geführt würden. (Heiterkeit im ganzen Saale.) Auf die Frage des Staatsanwalts, ob durch das Konto Groch die Uebersichtlichkeit der Bücher so beeinträchtigt worden sei, daß sich von diesem Zeitpunkt an eine klare Uebersicht über die Vermögenslage des Geschäfts zu jedem Augenblick nicht mehr habe gewinnen lassen, gibt der Sachverständige bejahende Antwort. Er selbst habe nur bis 1902 eine Nachprüfung der Bücher und sonstigen Unterlagen vornehmen können, da jedes Weiterarbeiten durch die unglaubliche Verfassung der Geschäftsbücher unmöglich gemacht worden sei.

Es kommen alsdann zur Erörterung die ℳ 120 000 für Warenlieferungen der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg, die aus dem Kreditorenkonto ins Darlehenkonto verbucht und in Monatsraten von ℳ 10 000 abgezahlt worden sind. Beyer bekundet, daß das alte Konto auf Bocks Anweisung abgeschlossen worden sei, und daß man darauf ein neues Konto für die Großeinkaufsgesellschaft eröffnet habe. Ueber die Veränderung im Charakter der Buchung wollen sich Zeuge wie Angeklagter nicht klar geworden sein. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Stern, ist durch die Umbuchung des Kreditpostens im Effekt der Bilanz zwar nichts geändert worden, doch sei die Bilanz dadurch schöner, vielleicht auch flüssiger erschienen. Aus den spezialisierten Darlegungen des Sachverständigen ist weiter ersichtlich, daß der Connewitzer Konsumverein die monatlichen Ratenzahlungen an die Großeinkaufsgesellschaft teils in bar, teils in Fleischwaren geleistet hat; die verrechneten Beträge für Fleischwaren wurden vom Darlehenskonto der Großeinkaufsgesellschaft abgeschrieben und anderseits dem Fleischereikonto gutgebracht, so daß die Einnahmen der Fleischerei größer wurden, während das Darlehenskonto zurückging.

Zu der Fälschungssache um ℳ 50 000 durch Veränderung von Ziffern in der Bilanz 1903/04 und im Hauptbuche, erklärt Beyer, daß — entgegen der Behauptung Bocks — auch die falsche Ziffer im Hauptbuche von Bocks Hand herrühre und daß die Abänderung erst nach seinem (Beyers) Ausscheiden aus dem Geschäft erfolgt sein könne. Nach dem Dafürhalten des Sachverständigen Dr. Stern ist die Fälschung bewußt ausgeführt und setzt eine genaue Kenntnis der Buchführung voraus.

Auch der sodann als Zeuge vernommene Bücherrevisor und Handelsschullehrer Westphal, der als Verbandsrevisor für den Verband Sachsen tätig ist, und alle zwei Jahre Bücherrevisionen vorgenommen hat, die letzte 1901, hat die Ueberzeugung gehabt, daß Bock die Buchführung verstehe. Beyer habe die Bücher sauber und ordentlich geführt, aber wohl keinen rechten Begriff von dem Zusammenhange der Bücher untereinander gehabt. Auf Einzelheiten kann sich Zeuge nicht mehr besinnen, auch hält er anscheinend mit seinen Aussagen zurück, doch verwahrt er sich entschieden dagegen, Ratschläge gegeben zu haben, die direkt oder indirekt zu Handlungen hätten führen können, wie sie zur Anklage stehen. Die übrigen Zeugenaussagen sind ohne Belang.

Eine feine Gründung. In der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau" packt Prof. A. Forel die neue Zeitschrift: „Das Leben" mit dem Vorwurfe an, der Herausgeber des „Lebens", Schriftsteller Arthur Kirchhoff, habe sich in einer nicht qualifizierbaren Weise für die Interessen der Brauereien engagiert. Die Zeitschrift „Das Leben" wurde in folgender pompöser Weise angekündigt:

„Moderne illustrierte Wochenschrift mit wertvollem, wissenschaftlichem und künstlerischem Inhalt für alle gebildeten Schichten der Bevölkerung. Berühmte fachmännische Mitarbeiter werden alle packenden Fragen des Lebens in anregender und belehrender Form unter lebensfreudigen Perspektiven behandeln."

Prof. Forel ist in der Lage, folgendes streng vertrauliche Schreiben zu veröffentlichen:

Deutscher Brauerbund.

Streng vertraulich!

Frankfurt a. M., 14. Oktober 1905.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Anfangs Juli 1905 ist Ihnen namens des Deutschen Brauerbundes ein Schreiben zugegangen, in dem Ihnen die große Gefahr nahegelegt wurde, welche der deutschen Brauindustrie durch die moderne Abstinenzbewegung in moralischer und wirtschaftlicher Beziehung droht. Gleichzeitig wurde Ihnen mitgeteilt, daß der Ausschuß in seiner Sitzung in Bremen auf Grund eines Vortrags, welchen ihm der Schriftsteller Herr Arthur Kirchhoff in Berlin gehalten hat, beschlossen hat, dessen illustrierte Wochenschrift, betitelt: „Das Leben", finanziell zu unterstützen. Demzufolge wurde in jenem Schreiben das Ersuchen an Sie gerichtet, einen Ihrer Geschäftsausdehnung entsprechenden Betrag zu zeichnen, um einen Gesamtbetrag von ℳ 30 000 aufzubringen. Bisher sind zu diesem Zweck insgesamt ℳ 17 000 eingegangen, mit deren Hülfe die Zeitschrift so weit gebracht werden konnte, daß die offizielle Nr. 1 in einer Auflage von 60 000 Exemplaren zur Ausgabe gelangen konnte. Ich füge Heft 1 bei, welches m. E. nach unsere Interessen durch den Aufsatz des Geheimrats Engelmann in wirksamer Weise vertritt. Jede folgende Nummer soll nach Versicherung des Herrn Kirchhoff einen weiteren wissenschaftlichen Aufsatz zur Alkoholfrage aus der Feder einer ersten medizinischen Autorität enthalten.

Wie sehr die Alkoholgegner tätig sind und über welch große Mittel dieselben verfügen, geht aus dem oben erwähnten Vortrag hervor, von dem ich Ihnen ebenfalls ein Exemplar mir beizulegen erlaube.

Um das weitere Erscheinen der Zeitung zu sichern, darf ich Sie wohl bitten, dies durch Zeichnung eines Beitrages zu ermöglichen und bitte, den Betrag gefl. mir einzusenden.

Mit kollegialer Begrüßung

(gez.) F. Henrich.

Wir glauben, daß nach alledem der Zeitschrift „Das Leben" kein langes Leben beschieden sein dürfte.

Von steigender Not im Erzgebirge wissen jetzt auch bürgerliche Blätter folgendes zu berichten. Der Winter ist in diesem Jahre außerordentlich früh eingetreten. Schon Anfang Oktober gab es hier reichlich Schneefälle und gegen Mitte Oktober lag der Schnee schon anderthalb Meter hoch. Wie schwer und mühselig die Bewohner des Erzgebirges ihr Leben fristen, ist ja bekannt. Der Verdienst ist kärglich, kaum hinreichend, die allerdringendsten Lebensbedürfnisse zu decken. Der böhmische Landtag hat 30 000 Kronen Unterstützung für die Bewohner der österreichischen Gebirgsdörfer bewilligt, die aber wie ein Tropfen auf einem heißen Stein sind. Hülfe weiter Kreise tut dringend not, auch in Sachsen. Jawohl, Hülfe tut auch für die Erzgebirgler in Sachsen not. Tat eigentlich schon immer not. Wie oft ist aber in der bürgerlichen Presse bestritten worden, daß die Lage der Erzgebirgler so traurig sei, wie von sozialdemokratischer Seite behauptet wurde. Die sächsische Regierung steht auch der Not im Erzgebirge mit verschränkten Armen gegenüber. Sie hat sogar durch die Förderung der agrarischen Politik dazu beigetragen, daß die Notlage im Erzgebirge eine Verschärfung erfuhr. Es wird noch schlimmer kommen!

Wie man Vaterlandsverteidiger behandelt. Ein Artikel, den die Straßburger „Freie Presse" im Oktober unter der Ueberschrift „Erbauliches aus einer großen Garnison" veröffentlicht hatte, gab Anlaß zu einer strafgerichtlichen Untersuchung und brachte schließlich zwei Unteroffiziere vom Inf.-Reg. 126, Kurz und Lente, vor das Kriegsgericht. Dem Unteroffizier Lente war u. a. vorgeworfen worden, daß er einen Musketier dadurch unvorschriftsmäßig behandelt habe, daß er ihm befohlen hatte, vor den übrigen Mannschaften in entkleidetem Zustande sich in einer Wanne voll kaltem Wasser mit einer Wurzelbürste zu reinigen und zwar bei starker Kälte. Auch der Unteroffizier Kurz war beschuldigt worden, seine Untergebenen unvorschriftsmäßig behandelt und schikaniert zu haben. Die Vorwürfe unseres Bruderblattes fanden durch die Beweisaufnahme in den wesentlichen Punkten eine Unterstützung. Der Angeklagte Lente wurde zu — drei Tagen Mittelarrest, der Angeklagte Kurz zu acht Tagen Mittelarrest verurteilt.

Unterschlagung. Der frühere Prokurist der Diskonto-Gesellschaft, Panse, der Unterschlagungen in Höhe von ℳ 81 500 begangen hat, wurde von der Strafkammer in Frankfurt a. M., nachdem er ein volles Geständnis abgelegt hatte, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein schweres Unglück ereignete sich am 5. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, in London durch den Einsturz eines Teils des von riesigen Eisenbogen gestützten Glasdaches über dem Bahnhof Charing Croß. Etwa 60 oben beschäftigte Arbeiter wurden mit dem Dach in die Tiefe geschleudert. Ein Eisenbahnzug wurde mitten entzweigeschnitten, Pferde und Wagen zerschmettert. Bis jetzt hat man 8 Tote und 30 Verwundete festgestellt. Ein Festlandszug hielt glücklich außerhalb des Bahnhofs, da man ihm noch rechtzeitig das Zeichen zum Halten geben konnte. Das Unglück entstand durch Einsturz einer Scheidemauer zwischen dem Bahnhof und dem Avenue-Theater. Von anderer Seite wird noch gemeldet: Von den bei dem Einsturz auf dem Bahnhof Charing Croß Verunglückten sind 28 Personen ins Hospital geschafft. Bisher sind vier Tote ermittelt worden, vermißt werden sieben Personen. Es ist aber unmöglich, die Anzahl der Toten und Verletzten festzustellen, die sich noch unter der großen Trümmermasse befinden. Es sind auch einige der vor dem Bahnhof haltenden Droschken zertrümmert sowie mehrere Droschkenkutscher verletzt und zwei Droschkengäule getötet. Herabfallende Dachsparren haben ferner das Dach des Avenue-Theater beschädigt.

Sie werden nicht alle. Der 26 Jahre alte Sohn eines Landwirtes in der Umgegend von Sulingen lag seit längerer Zeit krank darnieder, er wurde ärztlich behandelt, ohne daß eine nennenswerte Besserung eintrat. Da besann sich der besorgte Vater, daß in der Nähe von Bremen eine „kluge Frau" lebt, die heilkräftige Mixturen für Menschen und Tiere mischt. Flugs schickte er einen Boten nach der Hellseherin in der Not. Treuherzig erzählte er der Wunderdoktorin die Krankheitsgeschichte und wie er sie aufgefaßt hatte und die „kluge Frau" war auch schnell mit der Diagnose bei der Hand. Sie konstatierte, daß der Kranke an „Afgunst und Legheit" leide. Sie mischte zwei Flaschen Mixturen, die der Kranke einzunehmen hatte, und ließ sich hierfür sage und schreibe ℳ 15 bezahlen. Natürlich half die Wundermedizin nichts. Anstatt nun durch Schaden klug zu werden, schickte der Vater den Boten zum zweiten Male zu der Kurpfuscherin und wiederum erhielt er gegen Bezahlung von ℳ 12 eine Flasche mit Flüssigkeit zum Einnehmen. (?) Es dauerte denn auch nicht lange, da war der Kranke von seinem Leiden erlöst, nämlich er — starb. Die Sache kam zur Anzeige und die „kluge Frau" wurde — Undank ist ja der Welt Lohn — in Bremen gerichtlich bestraft.

Landgericht.

6. Dezember.

Strafkammer III. Vorsitzender: Direktor Dr. Schrader. Staatsanwalt: Dr. Thomsen.

Auf Unterschlagung und Untreue lautet die Anklage gegen den früheren Geschäftsführer Adolf Friedrich Wilhelm P. In den Jahren 1901 bis 1903 war P. Geschäftsführer in der hiesigen Buchdruckerei von Hollmann Wwe., in welcher Eigenschaft er über ℳ 1200 zum Nachteil seiner Prinzipalin im eigenen Interesse verfügt und ferner ℳ 2700, die er für das Geschäft in Händen hatte, für sich verbraucht haben soll. Als sich die Unredlichkeiten herausstellten, leistete der Angeklagte, der sich inzwischen selbständig gemacht hatte, vollen Ersatz. Aus der Sache wäre nichts gemacht worden, wenn der Angeklagte nicht in Verdacht gekommen wäre, in das Kundschaftsgebiet seiner früheren Prinzipalin eingebrochen zu sein. Daher wurde etwas sehr post festum eine Anzeige gegen ihn erstattet. Der Angeklagte ist zum Teil geständig, doch behauptet er, es sei ihm unerklärlich, wie einzelne Differenzen entstanden seien. Nach längerer Beweisaufnahme beantragt der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen Unterschlagung einer nicht genau zu ermittelnden Summe eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten, während er die Anklage wegen Untreue fallen läßt. Der Verteidiger, Dr. Seelemann, ist hinsichtlich des letzteren Punktes derselben Meinung wie der Staatsanwalt, dagegen ersucht er hinsichtlich der Unterschlagung, gegen den bisher noch unbestraften Angeklagten nur auf eine Geldstrafe zu erkennen. Das Gericht erkennt wegen Unterschlagung auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Aus den Schöffengerichten.

6. Dezember.

Die Flucht im Boote. Um sich einer ihm wegen Hehlerei drohenden Unannehmlichkeit zu entziehen, eignete sich ein neunzehnjähriger Dienstknecht N. das Segelboot eines Finkenwärder Fischers an, kaufte sich eine Flinte, einen Revolver, Munition, Proviant 2c. und segelte mit dem Boote elbabwärts, um ins Ausland zu flüchten. In Brunsbüttel ging er vor Anker, segelte am nächsten Tage nach Cuxhaven und steuerte dann kühn in die Nordsee, ging bei Neuwerk abermals vor Anker, geriet infolge der Ebbe aufs Trockene, wurde aber wieder flott und hielt dann auf Helgoland zu. Unterwegs wurde der unternehmungslustige Reisende, der sich vorgenommen hatte, ein Land zu erreichen, in dem er vor den Häschern sicher war, von einem Sturm überrascht, der ihn nach Wangeroog verschlug. Er wurde von der Besatzung des Feuerschiffes III aufgenommen und dann nach Hamburg befördert. Heute hat er sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls des Bootes zu verantworten. Das Gericht erkennt gegen den Ausreißer auf 14 Tage Gefängnis, die durch die Untersuchung als verbüßt erklärt werden.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

Mehr Bauarbeiterschutz!

Seit Jahren ist von der unterzeichneten Kommission schon darauf hingewiesen worden, daß die gesetzlichen Bestimmungen für Bauarbeiterschutz hierorts recht minimale sind, daß aber auch diese minimalen Bestimmungen in recht vielen Fällen von den Unternehmern, aber auch leider teilweise von Arbeitern des Baugewerbes vollständig umgangen und vernachlässigt werden. Daß die Kontrolle der Baupolizei, sowie der technischen Aufsichtsbeamten der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sektion I, eine ungenügende, ist ebenfalls schon zu wiederholten Malen nachgewiesen worden. Eine in den zwei letzten Wochen im November vorgenommene Kontrolle in Hamburg und Altona erbrachte wieder den Beweis, daß die erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, betreffend Bauarbeiterschutz, für viele Unternehmer nur auf dem Papier stehen. Kontrolliert wurden insgesamt 314 Bauten resp. Baustellen, davon 301 Neubauten und 13 Durch- und Umbauten. 18 Neubauten entfallen auf Altona.

Die Unfallverhütungsvorschriften wurden auf 219 Baustellen in den Baubuden vorgefunden, während sie auf 57 Baustellen fehlten. Von letzteren werden 18 Bauten von Innungsmeistern ausgeführt. Auf zwei Baustellen wurden die die Kontrolle ausübenden Personen von der Baustelle verwiesen, und konnte das Vorhandensein der Vorschriften nicht festgestellt werden, und zwar auf dem Bau des Unternehmers Andersen, Goebenstraße, wo der Maurerpolier Pieper, Mitglied der Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs, unsere Leute von der Baustelle wies mit dem Bemerken, sie kontrollierten selbst. Der andere Bau wird von dem Unternehmer John in der Missundestraße, Altona, ausgeführt. Hier erklärte der Sohn des Unternehmers, er dulde keine Nachseher auf seinem Bau. Es wird ohne weiteres angenommen, daß diese Herren eine Kontrolle ihrer Bauten scheuen mußten.

Auf 11 Bauten wurden die Gerüste in recht mangelhaftem Zustande vorgefunden. Die äußerst notwendigen Schutzdächer fehlten an 21 Bauten, an 22 waren diese recht mangelhaft. An 3 Bauten waren die Leitergänge mangelhaft hergestellt, auf 1 Bau waren sie nicht verschalt. Leitergänge an den Außengerüsten wurden auf 41 Bauten ermittelt, während auf 53 solche nicht vorhanden waren. Auf 183 Bauten wurde das Material (Steine, Mörtel) auf dem Gerüst abgeworfen; ferner wurden auf 185 Bauten die Steine trocken vermauert. An 15 Bauten machte das fertiggestellte Mauerwerk einen schlechten Eindruck.

Für die bei Dacharbeiten beschäftigten Arbeiter (Dachdecker, Klempner) waren auf 3 Bauten Schutz- resp. Fanggeräte angebracht, während auf 22 Bauten, wo solche Arbeiten verrichtet wurden, diese Schutzgerüste fehlten. Die Baubuden (Unterkunftsräume, § 120d der Reichsgewerbeordnung) waren auf 29 Baustellen recht mangelhaft, auf 2 Bauten waren keine Baubuden vorhanden. Bei 10 Baubuden fehlte der Fußboden, an 1 Baubude war keine verschließbare Tür und an 228 Baubuden waren die Fenster nicht zum Oeffnen eingerichtet. 289 Baubuden wurden im Laufe der Woche gereinigt, davon 50 einmal, 214 zweimal, 10 dreimal und 15 sechsmal wöchentlich.

Abortanlagen wurden auf 293 Baustellen vorgefunden; auf 2 Bauten fehlte solche. Von diesen Abortanlagen waren 89 mit Spülung versehen resp. an die Kanalisation angeschlossen, 2 hatten keine Spülung; bei 195 Aborten waren Kübel, Tonnen der städtischen Abfuhr verwendet und bei 7 Abortanlagen wurden Gruben benutzt. Gereinigt wurden 281 Aborte, nicht gereinigt 12. 58 Abortanlagen wurden einmal, 195 zweimal, 4 dreimal und 24 täglich im Laufe der Woche gereinigt. Auf 159 Baustellen war eine Pissoiranlage vorhanden, dagegen fehlte solche auf 134 Baustellen. Desinfiziert wurden 96 Aborte und Pissoiranlagen, davon 6 einmal und 90 zweimal wöchentlich.

Verbandskasten mit Verbandsmaterial wurde auf 203 Baustellen ermittelt, während auf 125 Bauten solche Verbandskasten nicht vorhanden waren. Auf folgenden 4 Bauten befanden sich offene Koksfeuer, trotzdem wurde im Innern gearbeitet bei Hernke, Bullerdeich; Käselau, Löhrsweg; Michel, Sechslingspforte; Wahls, Loogestieg. Bei letzterem kommen die Koksfeuer nur Nachts zur Anwendung.

Auf 82 putzfertigen Bauten waren die Fenster gedichtet, dagegen auf 45 Bauten nicht, 13 Bauten waren teilweise gedichtet. Auf 25 Bauten, in welchen die inneren Arbeiten ausgeführt wurden, waren die Fenster- und Türöffnungen nicht, resp. nur teilweise gedichtet. Die verschiedenen Berufe, welche bei den Innenarbeiten an nicht gedichteten Bauten beteiligt sind, sind folgende: Bauarbeiter, Gipser, Glaser, Maler, Maurer, Mechaniker, Monteure, Plattenansetzer, Schlosser, Stukkateure, Tischler, Töpfer und Zimmerer.

Auf Wunsch der Plattenansetzer wurde festgestellt, daß an 28 Bauten Plattenansetzer beschäftigt waren. Auf 15 Bauten hatten diese eine Baubude für sich allein zur Verfügung, auf 9 Bauten gemeinsam mit den Maurern, auf 1 Bau mit den Bautischlern, auf 3 Bauten war keine Baubude für sie vorhanden, und sie mußten darum in den Pausen eine Wirtschaft benutzen.

Die Unternehmer, deren Bauten nicht oder nur teilweise gedichtet, sind folgende: Amelung, Boitzenweg; Bascher u. Louis, Grindelhof; Benecke u. von Minden, Innocentiastraße; Biesterfeld, Ericastraße; Fahrenkrug, Odenfelderstraße; Fink, Rönnhaidstraße; Frank, Sachsenstraße; Guthardt, Stresowstraße; Hatje, Wagnerstraße (Bahrenfeld); Herrlein, Brahms-Allee; Hinrichsen, Hoheluft-Chaussee; Jäger, Tarpenbeckstraße; Kaufert, Burgstraße; Käselau, Löhrsweg; Kindler, Rellingerstraße; Koch, Bornplatz; Lüders, Jungfrauental; Plath, Werderstraße; Peters, Oberstraße; „Produktion", Lohkoppelstraße; Siems, Bullerdeich; Scholle, Desenißstraße; Schütt, Stresowstraße; Stege, Methfesselstraße; Strauß, Voigtstraße.

Bei folgenden Unternehmern resp. auf deren Arbeitsstellen hingen die Unfallverhütungsvorschriften nicht aus: Bascher u. Louis, Grindelhof; Böckmann, Sonninstraße; Benecke u. v. Minden, Ericastraße; Berlin, Steinhauermeister, Bornstraße; Benecke u. v. Minden, Eilbeckerweg; Corty, Eidelstedterweg; Ehrich, Stresowstraße; Glißmann, Am Weiher und Brahms-Allee; Hempel, Dorotheenstraße; Harries, H., Isestraße; Heilmann, Düppelstraße; Hesse u. Steinbach, Schumannstraße; Kreth, Eppendorfer Marktplatz; Kaune, Schäferkamps-Allee; Köhnke, Kremperstraße; Köpcke, Eiffestraße; Krüger, Tischlermeister, Collaustraße; Lindtner, Werderstraße; Lüders, Jungfrauental; Mandix, Goebenstraße; Maudrich, Falkenried; Magens, Betongeschäft, Süderstraße; Meß, Jarrestraße; Nikelsen, Oberstraße; Nieland, Ericastraße; Opel u. Schröder, Koldingstraße; Patz, Lübeckerstraße; Poppe, Nonnenstieg; Rönmann, Gertigstraße; Ruppert, Baumkamp und Ludolfstraße; Radtke Gebrüder, Langenfelderdamm; Radel, Harvestehuderweg; Reuter, Stubkamp; Scheffler, Bei dem Strohhaus; Scholle, Desenißstraße und Heinrich-Hertzstraße; Schäfer, Weidestraße; Schäfer (Steinbeck), Hammerdeich; Schütt, Stresowstraße; Schacht (Lokstedt), Ericastraße; Schröder, Architekt, Wagnerstraße; Schröder (Harburg), Eiffestraße; J. C. Schulz, Park-Allee; Schulz, An der Alster; Schmidt u. Hauel, Fuhlsbüttelerstraße; Stege, Methfesselstraße; Strauß, Voigtstraße; Studtka, Grundstraße und Voigtstraße; Thiemann, Slomansplatz; Theßen, Eppendorferweg; Wulf u. Iden, Eppendorferlandstraße; Weiß, Hoch-Allee; Wolhorn, Alter Teichweg; Zeidler, Treskowstraße.

Am Bau Schultz, Hoherade, ist die Abortanlage sehr primitiv hergestellt; statt eines Sitzbrettes war nur eine Latte angebracht. Das Gleiche wurde auf dem Bau Gruwe, Fuhlsbüttelerstraße, Bau Kiene, Sierichstraße, Bau Meß, Jarrestraße, vorgefunden. Am Bau Probst, Schumannstraße, war der Weg zum Klosett vollständig dunkel; es liegt allerlei Schutt im Wege. Der gleiche Mißstand wurde am Bau Brümmer, Beneckestraße, ermittelt. Ueber die Reinigung des Abortes konnten der Maurer- und Zimmerpolier sich nicht verständigen; infolgedessen wird der Abort nicht gereinigt. Für 35 dort beschäftigte Arbeiter ist nur ein Sitz vorhanden. Am Bau Käselau, Löhrsweg, ist der Zugang zum Abort ebenfalls total dunkel. Die Abortanlage am Bau der Unternehmer Hesse und Steinbach, Döhnerstraße, wurde in ekelerregendem Zustande vorgefunden; eine Reinigung soll noch niemals vorgenommen sein. Am Bau Ariens, Düppelstraße, spotten die Abortanlagen jeder Beschreibung; ein anständiger Mensch kann sie nicht benutzen. Am Bau Harries, Quickbornstraße, ist die Abortanlage zu klein. Für 80 dort Beschäftigte waren nur 2 Sitze vorhanden.

An den Bauten der Unternehmer Töpper, Borstelmannsweg, und Schröder aus Harburg, Eiffestraße, fehlten die Baubuden. Die Baubude am Bau Köpke, Eiffestraße, ist viel zu klein; die dort Beschäftigten finden nicht alle darin Unterkunft. Am Bau Rackwitz, Kreuzbrook, stand die Baubude voll Wasser.

Betreffs der Zustände an den Gerüsten und sonstigen Mißständen seien folgende Bauten erwähnt: Am Bau Walter, Löhrsweg, wurden teilweise gespaltene Gerüstdielen als Reihplanken verwendet. Bei der Badeanstalt, Hohe Weide, stellten die Monteure für ihre Arbeiten selbst das Gerüst her, es ist jedoch ziemlich fahrlässig aufgeführt. Im Bau des Unternehmers Schwarz, Collaustraße, fehlte im Treppenplatz das Geländer. Im Bau Fink, Rönnhaidstraße, war der Treppenplatz ungenügend abgedeckt. Am Bau Reichardt u. Sohn, Klärchenstraße, wurden Reihplanken und Gerüstbretter in sehr mangelhaftem Zustande vorgefunden; ebenfalls auf dem Bau Ruppert, Eppendorferlandstraße. Am Bau des Zimmermeisters Sauerberg, Heilwigstraße, fehlt das Schutzdach, obgleich ständig dort Arbeiter beim Aufwinden der Steine beschäftigt sind. Am Bau des Unternehmers Lindigkeit, Grädenerstraße, mußte wegen mangelhafter Abdeckung die Arbeit eingestellt werden. Die Balken vom Giebel bis zum Treppenhaus waren nicht verankert, die gestoßenen Balken teilweise nicht durch Klammern verbunden. Die Abschwertung am Außengerüst ist hier sehr mangelhaft ausgeführt. Als Reihplanken waren teilweise alte Gerüstdielen benutzt. Am Bau Heilmann, Düppelstraße, war die Dachbalkenlage nur mangelhaft mit Schaldielen abgedeckt. Die Steine wurden darauf abgeworfen, trotzdem in der darunterliegenden Etage Leute beschäftigt waren. Die Schutzdächer waren auch hier mangelhaft. Am Bau Harries, Quickbornstraße, war der Richtbaum gegen alle Regeln der hier üblichen Methode beim Gerüstbau angeschärft und abgeschwertet; dadurch hätte leicht ein Unglück entstehen können. Der Zimmerpolier, von der Kommission hierauf hingewiesen, fühlte sich trotzdem nicht veranlaßt, Abhülfe zu schaffen. Die Kommission wandte sich daraufhin direkt an den Meister und dieser verfügte dann die Abstellung des Mißstandes.

In der Bornstraße wird von dem Steinmetzmeister Berlin eine Werkstelle erbaut. Das Fundament an der Hinterfront resp. den Seiten ist altes Mauerwerk. Dies ist abgesteift, und darauf wird das frische Mauerwerk ohne Verband aufgemauert. An der Vorderfront wird das Fundament direkt auf den Mutterboden aufgemauert. Als Gerüstholz wird altes Abbruchsholz benutzt; zur Befestigung der Reihplanken werden Drahtnägel verwendet. An dem Neubau des Unternehmers Hinrichsen, Stubkamp, wird der Sand zur Bereitung des Mörtels und so weiter an der Hinterfront ausgegraben. Diese Ausgrabung ist bereits bis zur Tiefe von einem Meter unter der Rollschicht des Fundaments der Hinterfront gediehen. An einer ganzen Anzahl Bauten waren die Türöffnungen zu den Balkonen nicht abgesperrt.

Aus dem hier Angeführten geht wohl zur Evidenz hervor, daß die Wünsche und Forderungen der baugewerblichen Arbeiter hierorts, bezugnehmend auf einen besseren Bauarbeiterschutz, voll und ganz berechtigt sind. Die Unfälle im Baugewerbe mehren sich ständig, sowohl im ganzen Baugewerbe in Deutschland, als auch hier. Die Statistiken der Berufsgenossenschaften beweisen dies unwiderleglich; sie konstatieren, daß die Zahl der Unfälle im Baugewerbe ständig eine Zunahme erfährt. Eine Zusammenstellung der Unfälle im Baugewerbe für 1903 und 1904 ergibt folgendes Resultat:

	Gemeldete Unfälle	Entschädigte Unfälle	Tödlich Verletzte
1903	59 747	13 347	1081
1904	64 791	13 360	1104

Hierbei ist zu beachten, daß die Zahl der Unfälle für 1904 noch nicht vollständig ist und daß hier noch mit höheren Unfallziffern zu rechnen ist.

Bei der Sektion I der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft wurden bis Ende Oktober d. J. nicht mehr als 1333 Unfallanzeigen erstattet; hiervon waren 20 Unfälle tödlich, und für 201 Unfälle mußte entschädigt werden. Die Steigerung der Unternehmerprofite steht in engem Zusammenhange mit den sich steigernden Unfällen. Darum muß es Aufgabe der baugewerblichen Arbeiter Hamburgs und Umgegend sein, durch den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisationen mehr Bauarbeiterschutz zu erkämpfen.

Von den Behörden und maßgebenden Körperschaften haben wir hier in absehbarer Zeit nichts zu erwarten, und an eine Verbesserung der baupolizeilichen Vorschriften ist vorläufig nicht zu denken. Erst kürzlich beschloß der Senat in Uebereinstimmung mit der Bürgerschaft, daß die Novelle zum Baupolizeigesetz vom 28. April 1893 bis zum 31. Dezember 1906 verlängert werde.

Bauarbeiterschutz-Kommission, Hamburg-Altona.

Achtung! Malergehülfen von Altona-Ottensen und Umgegend inkl. Blankenese.

Die Gehülfen dieses Gebiets werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Dienstag, 12. Dezember, Abends 7½ Uhr, im Lokale „Tonhalle", Langestraße, Altona, die Gehülfenausschußwahl stattfindet. Wahlberechtigt sind die bei einem Innungsmeister in Arbeit stehenden Kollegen, sowie auch die arbeitslosen Kollegen, welche bei einem solchen innerhalb der letzten zwei Monate in Arbeit waren. Doch haben sich auch letztere mit einer Bescheinigung von ihrem letzten Arbeitgeber zu versehen. Um eine rege Beteiligung an der Wahl ersucht

W. Liebig.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Guido Oskar Seiler mit Louise Catharina Helene Thöl. — Friedrich Johannes Schledt mit Eva Emilie Redard. — Valentin Thomas mit Minna Elisabet Eggerstedt. — Heinrich Gustav Müller mit Elsabe Schultz. — Johann Tibold mit Bertha Meyer. — Johann Julius Robert Schröter mit Emma Marie Horst. — Emerich Ecker mit Anna Marie Friederike Füllgraf. — Friedrich Heinrich Franz Franck mit Emma Ernestine Elise Wettig. — Hermann Emil Rudolf Friede mit Emilie, geb. Czelinski, gesch. Drews.

Standesamt Nr. 2.

Emil Lorenz mit Bertha Busch. — Gustav Ferdinand Klein mit Berta Louise Kröger. — Bernhard Gerigk mit Auguste Anna Marie Lemke. — Ernst Alfred Bochmann mit Emma Caroline Amalie Ehmcke. — Georg Heinrich Theodor Ochtendung mit Alwine Margaretha Magdalena Denker. — Heinrich Gompf mit Ida Bertha Marqwardt. — Emil August Friedrich Scriba mit Elsa Friederike Henriette Behrens.

Standesamt Nr. 3.

Emil Friedrich Heinrich Heineck mit Kathinka Klara Paula Schmidt.

Standesamt Nr. 20.

Heinrich Wilhelm Dibbern mit Emma Johanna Christine Stark. — Karl Friedrich August Hausmann mit Emmi Johanne Fromm. — Christian Schröder mit Anna Elisabeth Tschiche.

Hamburg, den 5. Dezember 1905.

Standesamt Nr. 22.

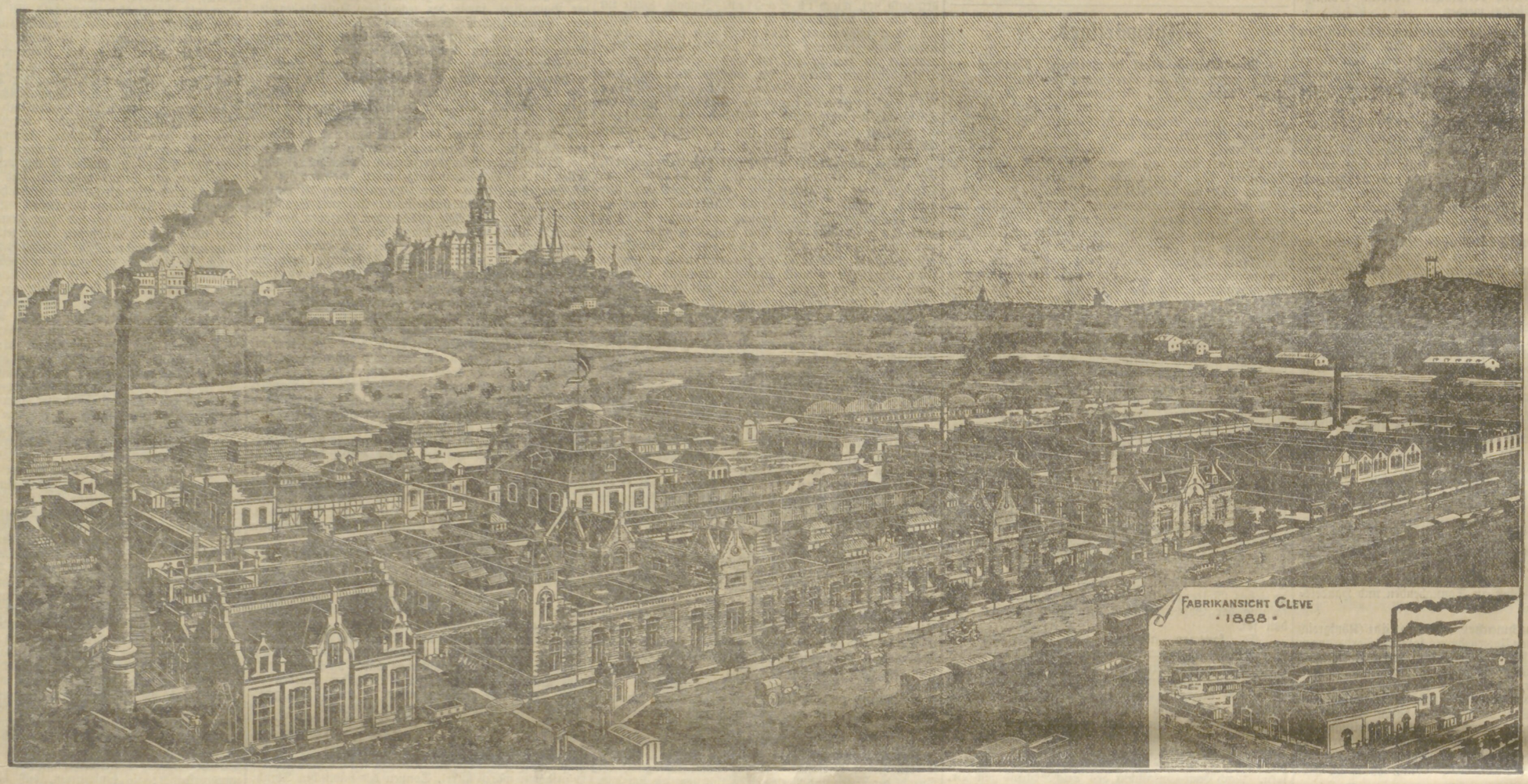
Peter Hinrich Sievers mit Maria Magdalena Henriette verw. Kay, geb. Schröder. — Carl Johann Richard Gabriel mit Anna Elsa Küchler. — Johann Ernst Friedrich August Heller mit Erna Georgine Therese Gerlach. — Detlef Friedrich Stammer mit Susanna Louise Eisel. — Friedrich Jochim Johann Finck mit Dorothea Sophie Wilhelmine verw. Beier, geb. Wegener. — Johannes Friedrich Wilhelm Polster mit Elisabeth Maria Richter. — Ernst Paul Ebert mit Auguste Marie Ida Eisser. — Heinrich Carl August Ungefroren mit Sophie Maria Elise Ochs. — Eduard Brehm mit Martha Johanna Louise Schmidt. — Hans Waldemar Hansen mit Frida Sophie Torp.

Hamburg, den 4. Dezember 1905.

Van den Vitello-



Bergh's Werke.



Cleve 1905

stellen in ihrer Vollendung das größte und umfassendste Werk der gesamten Margarine-Branche nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern der ganzen Welt dar. — Bedingt wurden die gewaltigen baulichen und maschinellen Erweiterungen durch die beispiellos günstige Aufnahme, welche die

Marke „VITELLO“

in allen Schichten der Bevölkerung gefunden hat.

Marke Vitello wird unter dem **Schutze des Deutschen Reichspatents No. 97057** aus **rein landwirtschaftlichen Produkten, feinstem geläutertem Rinderfett** und **Speiseöl, Milch, süßer Sahne und frischem Eigelb** hergestellt und besitzt infolge dieser uns allein gesetzlich geschützten Zusammensetzung alle Eigenschaften guter Butter, daher für alle Verwendungsarten gleich vorzüglich geeignet.

Den sparsamen Hausfrauen empfehlen obige Werke **zur Herstellung von Weihnachtsgebäck** ihr neues Margarine-Erzeugnis unter der Marke

Back-Vitello

als gediegenster Ersatz für Butter.

Man verlange bei Einkauf von **Back-Vitello** unsere neueste Ausgabe von

Back-Rezepten,

welche für jeden Hausstand unentbehrlich sind und gratis verabfolgt werden.



Back-Vitello ist vom 7. Dezember 1905 ab in allen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften zum Preise von 80 Pfg. per Karton à 1 Pfd. in nebenstehender Verpackung zu haben.

Van den Bergh's Margarine
Gesellschaft m. b. H.